

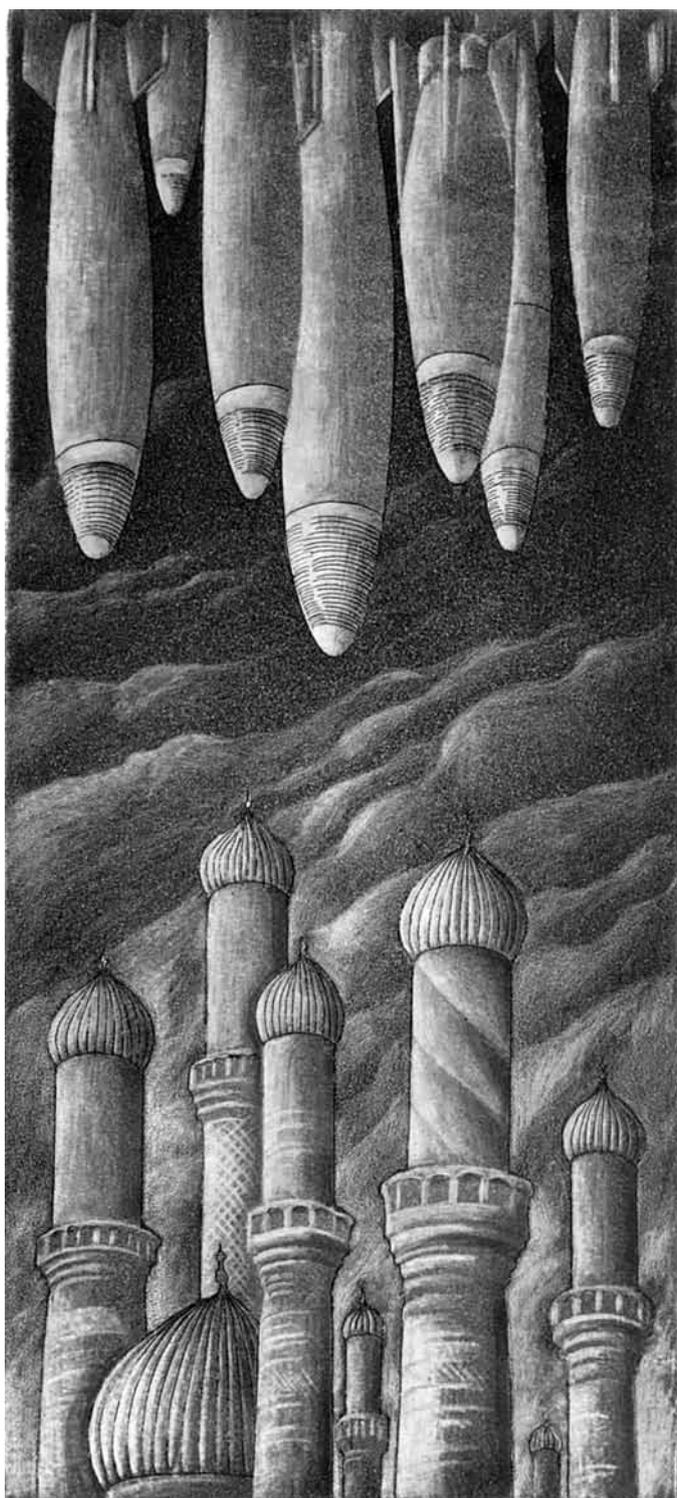
ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Bush nach Den Haag!

Einst grölten die Nazis ihr „... heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“. Sie haben Nachahmer in Washington gefunden. Der politische Amokläufer und Weltterrorist Nr. 1 George Dabbelju Bush steht an ihrer Spitze. Er gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag! Und in die Zwangsjacke! Im Geiste Hitlers hat er den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Irak propagiert, vorbereitet und vom Zaun gebrochen. Die zynische Mißachtung des UN-Sicherheitsrates, in dem für die USA kein Durchkommen war, erinnert an den 1933 erfolgten Austritt Nazi-Deutschlands aus dem Völkerbund. Heute erweist sich das Fehlen eines so mächtigen Friedensfaktors wie der sozialistischen Staatengemeinschaft als tödliche Bedrohung für die Menschheit. Obwohl sie unvergleichlich schwächer sind, müssen wir die Vereinten Nationen und das von ihnen geschaffene Völkerrechtssystem durch eine weltweite Koalition der Vernünftigen und Besonnenen mit aller Kraft verteidigen. Der Faschismus darf nicht durchkommen!

Klaus Steiniger



Grafik: Klaus Parche



INHALT

Der Ultimator	S. 2
Übrigens ...	S. 2
Ein proletarischer Zeichner	S. 3
Bushs ölige Connection	S. 4
Faule Äpfel	S. 4
Küchenmeisters „Installation“	S. 5
Die Deutsche Post und der 17. Juni	S. 5
Was Herr Flierl bedenken sollte	S. 6
Zeitzeugen-Protokoll	S. 6
Antwort an Putschisten	S. 7
Bersarin wieder Ehrenbürger	S. 8
Zum PDS-Programmentwurf	S. 9
Ein radikaler Schnitt	S.10
Schlechter Tausch	S.10
Der Kanzler und der Krieg	S. 11
Schröders Seehofer-Plan	S. 11
Die NPD-Farce	S. 11
Das Hindenburg-Votum	S. 11
Angela Merkels „Leidensweg“	S. 12
Die Brücke von Varvarin	S. 13
Das berühmte „Blitzgesetz“	S. 14
Nazibestrafung in Ost und West	S. 15
Als Bauer in der DDR (5)	S. 16
Mehdorns Peitsche	S. 17
Umschwung nach München	S. 18
Tod eines Agenten	S. 18
Der Warschauer Ghettoaufstand	S. 19
Das Tschetschenien-Problem	S. 20
Antiterrorist René González	S. 21
RF im Kuratorium	S. 21
Zur USA-„Friedenspolitik“	S. 22
Wahrheit als Waffe	S. 22
China: Landesverteidigung und Abrüstung	S. 23
Türkei „amnestierte“ Stiftungen	S. 23
Folter im „Ausnahmefall“?	S. 24
„Hotel California“	S. 25
Tod eines Bibliothekars	S. 26
Nachkriegserlebnisse in Barmen	S. 27
¡Presente!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Termine & Anzeigen	S. 32

Zur Kriegserklärung des USA-Präsidenten an die Welt

Der Ultimator

Völker, hört die Sirenen ... muß es jetzt heißen. Denn Bagdad brennt. Der Ultimator hat's verfügt. Spitzt die Ohren, möchte man schreien. Hört, wer und was uns und den Frieden bedroht. Es ist die amerikanische Kriegserklärung an die Welt, in der offen gesagt wird: „Allein die Vereinigten Staaten haben das souveräne Recht auf Gewalt!“ So wird das Feuer am Tigris zum Fanal. Es warnt die Völker unseres Erdballs: Habt acht, der Ultimator geht um! Ihn schert kein Recht, nicht Weib und Kind, nicht das beschwörende Wort selbst der UNO-Inspektoren, die Waffen ruhen zu lassen, nicht die Entscheidung der Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Gewaltverzicht und noch immer nicht der Millionenprotest gegen den derzeitigen Überfall und künftige Eroberungskriege der USA.

Der Ultimator will die Welt regieren. Um jeden Preis. Man sieht es ihm an. Das unruhig nur hinter Sehschlitzen fast geschlossener Lider irrende Augenpaar und die zu einem Strich verkniffenen Lippen verraten Hinterhalt, wenn er sagt: „Die Sache des Friedens zwingt alle freien Nationen dazu, neue und unbestreitbare Realitäten anzuerkennen.“ Auch den Krieg! Wer sich dazu aber nicht zwingen lassen will, dem droht er, die Washingtoner Sicht auf die Welt von B-52-Bombern per Luftpost überbringen zu lassen. Frei nach dem Dichter: „... und bist du nicht willig, dann brauch ich Gewalt.“

Die Geschichtslüge wird zur zusätzlichen Waffe selbst gegen jene, die dem amerikanischen Ultimator – aus welchen Gründen auch immer – nicht bedingungslos zu folgen bereit sind. Darunter das „alte Europa“. Natürlich sei es nicht der Bush-Clan, der mit seinen fast wie die Fortsetzung

einer Privatfehde um Höchstprofit und politische Herrschaft in Nahost anmutenden Kriegen gegen Irak über Jahre das Menschenrecht grausam verletzt; ebensowenig seien es die Regierungen der USA, die seit dem Zweiten Weltkrieg mit mehr als 100 Militärinterventionen den Völkermord an einzelnen Nationen längst zu einem Krieg um ihre globale Herrschaft ausgeweitet haben. Der Ultimator schießt sich nur den Weg frei auf der Suche nach jenen imaginären „bösen Männern“, die nach dem noch immer im Nebel liegenden Anschlag vom 11. September nun, der Kriegserklärung folgend, angeblich „chemischen, biologischen und nuklearen Terror“ planen.

In Wirklichkeit sind es die Weltherrschaftsansprüche der USA-Administration, die das Leben auf unserem Planeten unsicher machen. Der Ultimator ist es, der wider besseres Wissen die Weltgemeinschaft, den Sicherheitsrat bezichtigt, ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden zu sein, was die Vereinigten Staaten moralisch ermächtigt, ihrerseits Gewalt einzusetzen. Er war es, der entgegen der Kenntnis der UNO-Inspektoren und ohne Gegenbeweis in seiner Kriegserklärung gegen Bagdad unterstellte, keine Nation könne behaupten, daß Irak abgerüstet habe oder auch nur zur Abrüstung bereit gewesen sei, solange sich Saddam Hussein an der Macht befinde. Sein Ultimatum, Iraks Präsident und dessen Söhne hätten ihr eigenes Land binnen 48 Stunden zu verlassen oder der Krieg beginne, verrät nicht nur imperiales, sondern auch koloniales Politikverständnis nach dem Motto: „Alles hört auf mein Kommando!“ Überall soll, dem Ultimator folgend, der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln als Kriegsverbrechen geahndet und

Fritze Schröder meint

Übrigens ...

Übrigens: Zwei texanische Backen sind noch kein Gesicht.

Übrigens: Wenn alle US-Schurken ultimativ aufgefordert würden, ihr Land zu verlassen, gäbe es eine Völkerwanderung.

Übrigens: „Wir haben alle Anstrengungen unternommen“ – so Kriegsminister Donald Rumsfeld wörtlich – „einen Krieg zu vermeiden.“ NS-Lügendoktor Goebbels läßt postum grüßen!

Übrigens: Ein Nachrichtensprecher des ORB am ersten Kriegstag: „Ab heute früh gegen 4.00 Uhr sprechen die Waffen!“

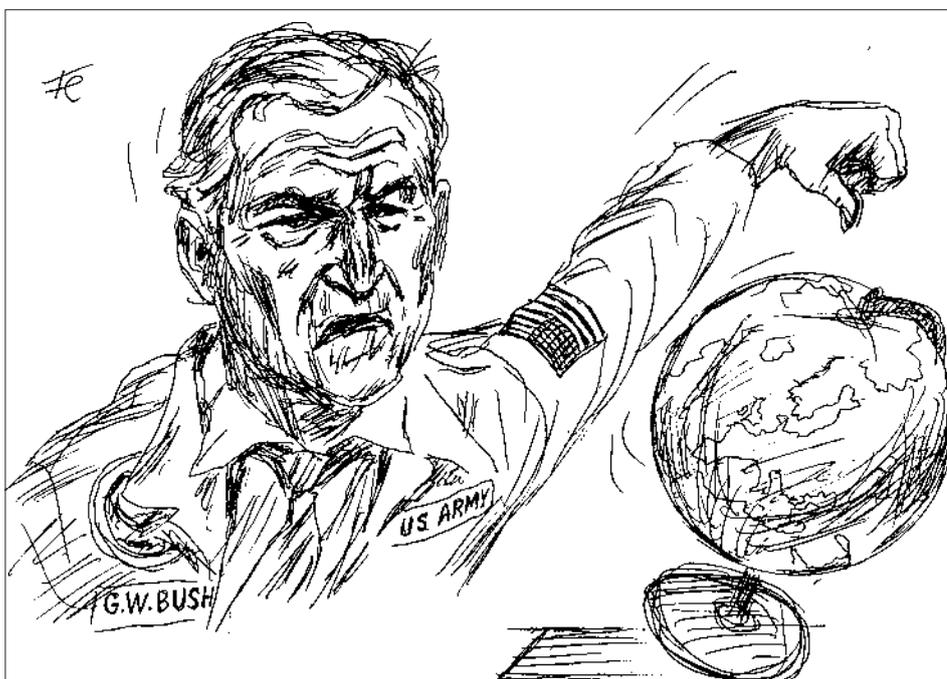
Wie sagte doch der „Gröfaz“ (der größte Führer aller Zeiten) am 1. September 1939?: „Seit heute früh 5.30 Uhr wird zurückgeschossen. Jetzt sprechen die Waffen!“

Welche Analogie!

Kriegsverbrechern nicht gestattet werden, sich unter Bezug auf einen angeblichen Befehlsnotstand der Strafe zu entziehen. Aber rund um den Erdball fragt man sich, warum gerade das für die USA in der Gegenwart nicht gelten soll. Weil es darauf keine Antwort gibt, wächst der Widerstand nicht nur im Nahen Osten, fürchten die Völker und ihre Regierungen in der ganzen Welt, als nächster „Schurkenstaat“ ins Fadenkreuz amerikanischer Großmachtinteressen zu geraten.

Die Tatsache, daß es dem Pentagon nicht gelang, den an Hitler orientierten „Blitzkrieg“ nach seinen Drehbüchern umzusetzen, hat in allen Ländern Genugtuung hervorgerufen.

Es verriet die Moral des Ultimaturs, daß er in den ersten Kriegstagen, weit weg vom Schuß und ungeachtet der schweren Opfer auf beiden Seiten, seinen präsidentialen Gewohnheiten nachging. Vom Landsitz Camp David aus ließ er zynisch verlauten, er könne mit dem Krieg in Frieden leben. Na denn: „Gute Nacht, Amerika!“ Der vom Ultimator erbetene Segen Gottes wird angesichts der neuen Realitäten wohl ausbleiben und dem Ruf an die Völker weichen müssen: Wacht auf, Verdammte dieser Erde!



„Nicht Amerika ist in Gefahr – Bush ist die Gefahr!“

Grafik: Arno Fleischer

Hans-Dieter Krüger

Gratulation an Heinz Herresbach zum 65. am 26. April 2003!

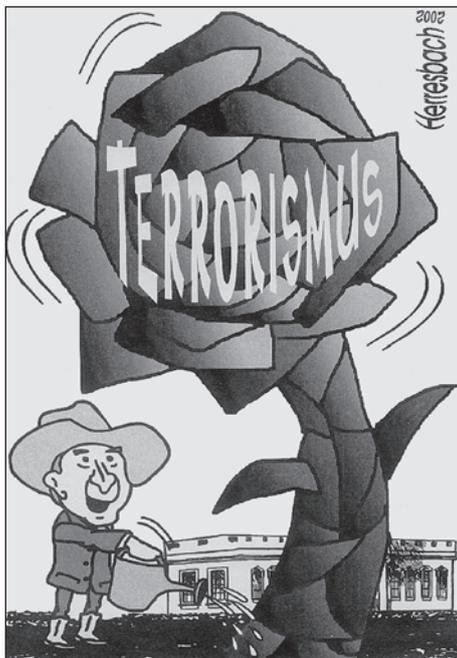
Ein proletarischer Zeichner



Wenn man Heinz Herresbach aus Treuenbrietzen fragen würde, als was er sich vor allem betrachtet, würde er mit Gewißheit antworten: als Arbeiter. Das ist er immer gewesen. Als Autodidakt kam er mit der Kunst in Berührung und entwickelte für seine Karikaturen einen unverwechselba-

ren Strich. Von Beginn an unterstützte er den „RotFuchs“ nach besten Kräften. Die von uns veröffentlichten Zeichnungen mit seinem Signum sind Legion. Der Kommunist Heinz Herresbach erweist sich immer wieder als ein proletarischer Klassenkämpfer mit sicherem Gespür

für Freund und Feind. Die Sprechblasen seiner Figuren sind einfach und für jedermann nachvollziehbar. In letzter Zeit hat sich der Arbeiter-Künstler vor allem mit Bushs verbrecherischem Krieg gegen Irak und die ganze Welt beschäftigt. Diese Seite zeugt davon.



Um was es geht: Wiederherstellung des Kolonialsystems

Bushs ölige Connection

„Wir führen Krieg für unsere Art zu leben“ (our way of life), so war von George W. Bush nach den vermutlich durch einschlägige Kreise der USA selbst veranlaßten Ereignissen des 11. September 2001 zu hören. Daß es dabei um die Kontrolle der Ölreserven unseres Planeten geht, weiß inzwischen fast jeder. Ebensowenig ist es noch ein Geheimnis, daß es nie zuvor eine US-Administration gegeben hat, die so von der Öllobby gesponsert wird und in der hochrangige Vertreter der Ölkonzerne in solcher Konzentration plaziert sind.

„Kein Blut für Öl!“ war deshalb von Beginn an eine Hauptlosung der weltweiten Antikriegsbewegung. Denn seit über einem Jahrhundert, als das Erdöl zum Lebenssaft der kapitalistischen Wirtschaft zu werden begann, ist Blut in seinem Preis inbegriffen. Als der deutsche Kaiser Wilhelm II. im August 1914 den ersten Krieg um die Neuaufteilung der Welt anzettelte, zielte er auf die britischen und französischen Petroleumbesitzungen in Rumänien sowie im Nahen und Mittleren Osten. Die Tatsache, daß ihnen die Oktoberrevolution die kaukasischen Ölquellen zu nehmen drohte, stachelte die imperialistischen Mächte schon 1918 zum Interventionskrieg gegen die russische Arbeitermacht an. Unmittelbar vor dem Überfall auf die Sowjetunion schuf der Nazi-Staat im Frühjahr 1941 unter Führung der Deutschen Bank eine „Kontinentale Erdöl AG“. Ihr wurde für 99 Jahre (!) das Monopol zur Förderung und Verarbeitung des ins Visier genommenen sowjetischen Öls zugesichert. Auch Transport und Vermarktung sollten in Händen dieses Konsortiums liegen. Zur gleichen Zeit operierten Diversionsspezialisten der Wehrmachtsabwehr in Irak, um Sabotageakte gegen die britische Ölförderung sowie deren Raffinerien und Pipelines vorzubereiten.

1953 floß Blut für Öl beim Putsch der CIA gegen Irans gewählten bürgerlich-demokratischen Ministerpräsidenten Mossadegh, und – nach dessen Sturz – noch viel mehr während der zweieinhalb Jahrzehnte bestehende Terrorherrschaft des USA-gestützten Schahregimes. Israels

Aufpäppeln zum nahöstlichen Statthalter der Vereinigten Staaten, die grausame Unterjochung des palästinensischen Volkes, die Stützung proamerikanischer Kräfte in Saudi-Arabien und Jordanien – all das diente nur zur Kontrolle der Ölressourcen einer ganzen Region. Von Venezuela, das über die fünfgrößten Ölreserven der Welt verfügt, sagte Fidel Castro einst, seine damals USA-hörigen Machthaber hätten mehr Kommunisten ermordet als die Regierenden jedes anderen Landes in Lateinamerika. Die seit über einem Jahr anhaltenden Versuche, den demokratisch gewählten linkspatriotischen Präsidenten Hugo Chávez zu stürzen, zeigen, daß sich die USA-Monopole im Kampf um diese Ölquellen nicht geschlagen geben. Jetzt ist die Mordmaschine des Pentagons über Irak hergefallen. Einziges Motiv: dauerhafte Ergatterung der enormen Petrolvorräte des nahöstlichen Landes.

Warum sind die Imperialisten für Öl auch zum blutigsten Verbrechen bereit? Der Benzinpreis an den Tankstellen für Abermillionen Kfz, die gutgeheizten Wohnungen, Eigenheime und Büros, der Luft-, Schiffs- und Schienenverkehr werfen gewaltige Profite ab. Das aber ist keineswegs alles: Ein Blick auf die Kleidung und die Einrichtung der Häuser in den Metropolen macht klar, daß Erdöl Bestandteil unzähliger Produkte ist – von der Plaste bis zum Medikament, vom Schmiermittel der Maschinen bis zur Kosmetik. Westlicher „Lifestyle“, ganz anders als in der Dritten Welt, wo oft ein paar Späne fehlen, um eine karge Mahlzeit zu bereiten.

Und wie steht es mit der angeblichen Begrenztheit der Reserven, die meist nur vorgeschützt wird, um sich anderswo bedienen zu können und die eigenen Ressourcen zu schonen? Die „Knappheit“ der „bisher erkundeten“ Ölreserven ist vor allem eine Kostenfrage. Ihre Förderung muß lukrativ sein. Wo nur durchschnittlicher Profit winkt, sinkt das Interesse der Konzerne. Allein in Nordamerika gibt es gewaltige Lager an Ölsand und Ölschiefer, die während der Ölkrise der 70er Jahre erkundet wurden. Riesige Ölvorräte sind in

tieferen Meereslagen bekannt. Vorhanden ist die Technologie auf höchstem Niveau zur Verflüssigung von Kohle ... Aber das Öl Tonne für Tonne aus der Erde der USA und Kanadas kratzen? Teure Bohrtechnik für größere Meerestiefen entwickeln? Oder gar die Kohlevorkommen des Ruhrpotts, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten wieder ausbeuten? Die Arbeiter in Bergwerken und auf Bohrinnseln müßten für niedrigere Löhne als bolivianische Mineros in die Flöze oder auf die See, um den gegenwärtigen Stand des Ölpreises zu halten. Aber warum auch – solange in Irak und Saudi-Arabien Quellen sprudeln zu Förderkosten unter 10 US-Cent pro Barrel? Und die Brunnen in der ganzen Region sowie im Kaukasus ähnlich billig sind? Allerdings will man in Washington, daß die Besitzer wechseln: Die Quellen müssen abermals eigenen Konzernen gehören. Es geht um die durchgängige Wiederherstellung kolonialer Zustände. Deshalb haben die USA auf dem Balkan, in Afghanistan und in Irak zugeschlagen. Und damit hat es noch kein Ende.

Niemals seit dem gescheiterten Griff des deutschen Faschismus nach der Weltherrschaft war eine Tatsache so deutlich zu erkennen: Die imperialistischen Großmächte streben, wie Lenin feststellte, nicht einfach nur nach billigen Rohstofflagern; es geht ihnen um den Raub der Ressourcen und zugleich darum, sie den Konkurrenten wegzunehmen, monopolistische Herrschaft über sie zu erlangen und auf diese Weise sogar „höchstentwickelte Industriegebiete zu annektieren ...“

Die Beseitigung jedweder nationalen Verfügung über Öl und andere Bodenschätze, die Abschaffung der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität – darauf zielt letztlich die „neue Weltordnung“, die das USA-Finanzkapital durchsetzen will. An Irak mit seiner nationalisierten Erdölwirtschaft soll das beispielhaft exekutiert werden. Ist es da so unbegreiflich, daß sich Frankreich, die BRD und Rußland, die eigene Interessen verfolgen, so nachdrücklich gegen den massiven Zugriff der USA auf das Nahostöl gewandt haben? Natürlich wurde das hinter diplomatischen Floskeln, Friedensbeteuerungen und anderen Manövern versteckt. Doch in Wirklichkeit standen und stehen sich hier knallharte Rohstoff-, Markt- und Einflußinteressen gegenüber.

Übrigens, nach einem USA-Sieg über Saddam Hussein könnte der Ölpreis auf 10 bis 12 Dollar je Barrel fallen. Das würde den öllexportabhängigen russischen Staatshaushalt endgültig ruinieren ...

Ohne Zweifel wird es noch viele Opfer kosten, bis auf der Welt kein Blut mehr für Öl fließt, die Reichtümer den imperialistischen Räubern entrissen sind und in den Händen befreiter Völker liegen, die auf UNSERE Art leben.

Werner Hoppe

Faule Äpfel

„Anscheinend haben es viele ‚Wessis‘ immer noch nicht begriffen, daß diejenigen, die uns damals an der Grenze und im Transitverkehr schikaniert, bedroht und klassenfeindlich behandelt haben, jetzt mitten unter uns leben ...“

Laßt uns eine Interessengemeinschaft gründen, damit endlich etwas getan wird!

Stellen Sie sich einmal folgende Fragen:

Wie würde unser Rentensystem aussehen, wenn die Altlasten aus der DDR nicht dabei wären?

Wie finanzstark wären unsere Krankenkassen, wenn die ‚Ossis‘ nicht dazu gekommen wären?

Wieviel Prozent von den derzeit fast fünf Millionen Arbeitslosen sind Ostdeutsche?

Wenn man in einen Korb Äpfel einen Teil fauliger Äpfel dazulegt, was passiert dann?

Anscheinend haben diese einfachen Dinge nicht einmal die Politiker gewußt.“

(Anonym)

Diesen infamen Brief, dessen Verfasser wohlweislich darauf verzichtete, seinen Namen bekanntzugeben, erhielt „RotFuchs“-Layouter Egon Schanser mit der Tagespost.

Wie die PDS in eine üble Kampagne hineingezogen werden soll

Küchenmeisters kalter Kaffee

Hier soll von Daniel Küchenmeister – Menschen gleichen Nachnamens haben sich bekanntlich um die Kultur der DDR verdient gemacht – berichtet werden, der für den Museumsverbund Berlin-Pankow ein „Projekt zum 17. Juni 1953/2002“ entwickelt hat. Dessen Infamie ist kaum zu überbieten. Er hat sich, wie man erfährt, an die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus mit der Bitte gewandt, die von ihm ernannte „Installation ‚Ort der (Ohn)Macht‘ nach Kräften zu unterstützen“. Zur Begründung seines Projekts entwickelte Küchenmeister eine mit gedanklichen Abfällen aller Art gespickte Konzeption. Sein Vorhaben sei „weit preiswerter“ als andere Überlegungen, was allerdings nicht den Verzicht auf Honorare und sonstige Ausgaben bedeuten sollte.

„Der 17. Juni 1953 steht für zivilen Ungehorsam, Courage und Willen zur Selbstbestimmung“, fabuliert der Projektant. Deshalb gehe es ihm um eine „öffentliche, zum Nachdenken anregende Provokation“. Ein „Denkmal oder eine zeitweilige Installation im Stadtraum“ erreichten dann ihren Zweck, wenn bei Betrachtern oder Zuhörern ein „bleibender emotionaler und intellektueller Reiz“ ausgelöst werde, meint Küchenmeister. Er wolle den „Unpolitischen“, den „Bürger auf der Straße“ ansprechen. Deshalb beabsichtige er, seine Idee am „konkreten Ort des historischen Geschehens“ zu verwirklichen.

Hier könnte man dem „Künstler“ empfehlen, sich direkten Weges in das RIAS-Sendestudio zu begeben und jene Räume als Lokal zu wählen, aus denen der große „Entspannungsmeister“, Brandt-Intimus und spätere ND-Autor Egon Bahr am 17. Juni 1953 seine unablässigen Appelle zum Sturz der DDR-Volksmacht in den Äther entließ. Doch nein, Küchenmeister hat etwas Besseres im Sinne: Im heutigen Bezirk Pankow, der den Prenzlauer Berg verschluckte, befand sich von 1946 bis 1959 im einstigen Kaufhaus Jonas der Sitz des Parteivorstandes und dann des ZK der SED. Anschließend siedelte sich hier das Institut für Marxismus-Leninismus an. Dieses Gebäude in der Torstraße 1 will unser Meister zum Spielort einer Monsterinszenierung machen, da „beide Institutionen in der Geschichte und Bewertung des 17. Juni eine unvergleichbar herausragende Rolle“ gespielt hätten. Hier sei die Repression beschlossen worden. Nach dem Auszug der Parteiführung hätten die nachfolgenden Nutzer die „Interpretationen vom konterrevolutionären Putschversuch“ erfunden bzw. nachgebetet. Daher gebe es im Pankowschen „keinen historischen Ort von vergleichbarer Bedeutung, wenn es um den Arbeiteraufstand geht“. Er, Küchenmeister, wolle das seit langer Zeit leerstehende Haus zwischen dem 11. und dem 18. Juni 2003 als „Ort der Erinnerung“ nutzen – als „Ort der Macht und der Ohnmacht“.

Der ambitionierte Geschichtsgestalter, der die PDS für seine Installation einspannen möchte, hat tausend Einfälle für eine zweckmäßige Umgestaltung. Während im Inneren des Hauses der „Staub der Jahre“ belassen werden solle, will er Halterungen für Transparente und „drei Fahnenmasten aus SED-Zeit“ genutzt sehen. Die Fassade des Hauses werde mit Spruchbändern – authentischen Losungen jener Tage – verkleidet. An den Fenstern würden Fahnen angebracht. Das Foyer öffne man Besuchern. Es werde in „die 50er Jahre zurückversetzt“. Besonders wichtig sei die Beschallung aus sichtbaren Lautsprechern, die „monoton damalige Reden und offizielle Kommentare“ übertrügen. Küchenmeister steigert sich noch: „Die Installationen erinnern nahezu gespenstisch an die Vergangenheit.“ Ihr Aufbau und Abbau solle in verkehrsrühigen Stunden erfolgen, „damit das Gespenstische“ noch verstärkt wird. Auch Pressegespräche und Podiumsdebatten gehörten zum angesagten Spuk. Ganz entscheidend sei, daß die Knete stimme. Deshalb schein ein Antrag bei der

Lotto-Stiftung sinnvoll. Außerdem gehe es um Sponsoren. Gedacht sei an die OBI-Baumarktkette, an TSE bzw. Saturn oder MediaMarkt und die Allianzversicherung. Wobei wir wieder bei den Hintermännern der Ereignisse des 17. Juni 1953 wären – den Spitzen des deutschen Kapitals, die schon vor 50 Jahren in den ihnen entrisenen Osten expandieren wollten.

Eines steht fest: Küchenmeisters Delikatessen, bei der einem der kalte Kaffee hochkommen kann, ist nicht nur ein geschmackloser Fraß, sondern in der Tat eine massive Provokation der Berliner Öffentlichkeit. Man sollte das den Kommunisten und Sozialisten teure Haus, in dem einst die Architekten der Arbeitereinheit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wirkten, fest im Auge behalten und den Provokateuren keine Chance lassen.

Der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, der das Küchenmeister-Projekt zur Begutachtung und Unterstützung vorliegt, ist eine deutliche und baldige Distanzierung dringend zu empfehlen. **S. R.**

Die Deutsche Post AG im „Kampf um Freiheit

Propagandazentrale

Man sollte annehmen, daß sich ein seriöses Unternehmen wie die Deutsche Post AG ausschließlich mit postalischen Dingen befaßt. Doch weit gefehlt. Bei der Post handelt es sich offenbar, folgt man ihren Vorstellungen, um eine Art Propagandazentrale in Sachen Antikommunismus. Sie betrachtet postalische Wertzeichen – nicht ohne Grund – als politische Waffe. So erhielten Zehntausende Sammler ein unter dem Datum des 10. März 2003 versandtes Schreiben des Abteilungsleiters Philatelie, Jörg Meißner, in dem sie als „Freund der Deutschen Post und der Briefmarke“ mit einer „ganz besonderen philatelistischen Dokumentation“ vertraut gemacht werden. Wer seinem Hobby als Briefmarkensammler nachgehen möchte, wird in eine Schlammschlacht ersten Ranges hineingezogen. „Die neue, exklusive Loseblattsammlung ‚Kampf um Freiheit – 17. Juni 1953‘ beleuchtet die historischen Ereignisse rund um den Volksaufstand in der DDR und präsentiert damit ein wichtiges Kapitel der deutsch-deutschen Geschichte“, erfährt der Markenfreund. Natürlich muß er annehmen, daß ein Schreiben solchen Inhalts von einer staatstragenden politischen Partei an ihn gerichtet wird, die ihm ihre Sicht auf die Ereignisse jener Zeit aufdrängen will. Das um so mehr, als das Traktat mit einem „ganz persönlichen“ Vorwort des Ex-Bundespräsidenten Walter Scheel geschmückt wird. Es geht um 57 Original-Briefmarken

aus den drei Sammelgebieten BRD, DDR und Berlin (West), die „überwiegend in postfrischer Qualität“ und in schützenden Klemmtaschen „die Geschichte Deutschlands“ dokumentieren sollen.

Wie man sieht, handelt es sich um eine Teilinszenierung im Rahmen jenes großen Spektakels, das die Einpeitscher des 17. Juni 1953 ein halbes Jahrhundert später über die Bühne gehen lassen. **R. F.**



Provokateure verbrennen am 17. Juni 1953 eine rote Fahne

Welche Rolle spielte die Sowjetarmee bei der „Niederschlagung des Arbeiteraufstandes“?

Was Herr Flierl bedenken sollte

Gegenwärtig ist eine dubiose Prominenten-Kommission, der auch Berlins PDS-Senator Thomas Flierl angehört, mit der „würdigen Vorbereitung“ der „Feierlichkeiten“ zum 50. Jahrestag des konterrevolutionären Putschversuchs vom 17. Juni 1953 befaßt. Auch die bürgerlichen Medien beginnen bereits, die Sache hochzukochen. Schon am 24. Januar 2003 „dokumentierte“ die „Berliner Zeitung“ angebliche Hintergründe des sogenannten Arbeiteraufstandes. Unter anderem brachte sie ein aufschlußreiches Foto. Es zeigte einen sowjetischen Panzer und einen steinerwerfenden Jugendlichen in kurzen Hosen. Dazu erfand man als Text: „Aufgebrachte Demonstranten bewarfen sowjetische Panzer mit Steinen“. Das Kettenfahrzeug stand auf dem Leipziger Platz an der Ebertstraße, also in unmittelbarer Nähe der Sektorengrenze zu Westberlin. Die Menge auf dem dahinter befindlichen Trümmerberg demonstrierte nicht und war keineswegs „aufgebracht“, sondern stellte lediglich eine Kulisse neugieriger Zuschauer dar. Sie befand sich auf Westberliner Seite.

„600 Panzer sind im Stadtgebiet aufgefahren“, hieß es weiter in der Bildunterschrift. Verschwiegen wurde, daß fast sämtliche eingesetzten sowjetischen Panzer an der Sektorengrenze stationiert wurden. So sahen wir allein etwa 30 von ihnen in der Wilhelmstraße und ca. 20 in der Leipziger Straße, also im direkten Grenzbereich. Auch früher abgedruckte Bilder von Panzern zeigten diese stets auf dem Weg zur Sektorengrenze. Das trifft auch auf die Unter den Linden eingesetzten sowjetischen Einheiten zu. Daraus ist mehr als deutlich zu erkennen, worin die Aufgabe dieser Formationen bestand: in der Abriegelung Westberlins!

Und dazu gab es reichlich Grund. Am Vormittag hatte sich ein breiter Menschenstrom in die Leipziger Straße ergossen. Er kam ohne Umwege aus dem Westen! Mitten unter den „Demonstranten“ erblickte ich einen Jeep mit amerikanischen Offizieren. Er wurde erst an der Kreuzung Wilhelmstraße von einer Volkspolizistenkette gestoppt. Die Krawallmacher hatten zuvor das Columbia-Haus (in Westberlin) und die Reste des Kaufhauses Hertie in der Leipziger Straße angezündet. Das war also kein „Arbeiteraufstand“, sondern die organisierte Zerstörungswut eines Mobs. Jugendliche Randalierer drangen auf das Gelände des Hauses der Ministerien vor. Dort wurden sie festgenommen. Sie trugen keine Personalpapiere bei sich, aber ihre Taschen waren voller Westgeld und West-Zigaretten, weit über einen Tagesbedarf hinaus. Während der ganzen Zeit, in der ich mich auf der Leipziger Straße befand, habe ich nicht gesehen, daß sich auch nur ein einziger Sowjetsoldat der Bevölkerung gegenüber in irgendeiner Weise feindselig verhalten oder in das Geschehen eingegriffen hätte. Im Gegenteil, der Zug auf einem LKW aufgefressener Infanteristen mitten

auf dem Leipziger Platz schaute zu, als ob ihn der ganze Krawall nichts angehe.

Nachdem die Westsektoren am Nachmittag vollständig abgeriegelt worden waren, trat eine wesentliche Beruhigung ein, so daß ich mich am späten Nachmittag auf den Heimweg (26 km zu Fuß quer durch Berlin) machen konnte. Meine bei dem Tumult lädierte FDJ-Kleidung stach einigen jungen Leuten in der Stalinallee ins Auge. Sie pöbelten mich an, aber bevor es zu Tätlichkeiten kam, bildete sich ein kleiner Ring mir völlig unbekannter Personen schützend um mich. Bei dem für sie überraschend veränderten Kräfteverhältnis trollten sich die Provokateure. Dabei war in der Stalinallee, die ja der Ausgangspunkt des „Aufstands“ gewesen sein soll, kein einziger Panzer und kein Sowjetsoldat in der Nähe.

Am zweiten oder dritten Tag danach fuhr ich zu einer Großbaustelle im Norden Berlins. Dort lief die Arbeit normal, und ich weiß nicht, ob sie überhaupt unterbrochen worden war. Natürlich fanden noch hitzige Diskussionen statt. Doch das Bemerkenswerte daran schien mir zu sein, daß bei aller

zum Ausdruck gebrachten Unzufriedenheit mit den vorangegangenen Beschlüssen über Preise und Normen sowie mit der schlechten Versorgungslage, bei allem Geschimpfe keine prinzipielle Feindschaft der meisten gegen die Regierung oder die SED bestand. Ja, es gab Verdruß, begangene Fehler hatten das Klima mit aufgeheizt, aber dem Gegner war es nicht gelungen, die Unruhen in einen Aufstand eskalieren zu lassen. Dank des Auftretens vieler besonnener Arbeiter wurden die Demonstrationen und Ausschreitungen schnell beendet; in den Randbezirken Berlins merkten die Bürger kaum oder gar nicht, daß da „etwas los gewesen war“.

Unverkennbar zeigte sich die Schwäche vieler Parteiorganisationen der noch jungen SED, so auch unserer. Die meinte, mit „Gegendemonstrationen“ der Lage Herr zu werden. Wir hatten es nicht rechtzeitig verstanden, die Rädelsführer der Provokationen von den Arbeitern zu trennen. Das besorgte dann nicht zuletzt die Sowjetarmee, indem sie den Zustrom gewisser „Demonstranten“ über die Berliner Sektorengrenzen unterband.

Norbert Pauligk

Wie Offiziersschüler das Gewerkschaftshaus verteidigten

Eine lebende Mauer

17. Juni 1953. Politschule der Kasernierten Volkspolizei in Berlin-Treptow. Wie jeden Tag verkündete eine angenehme Frauenstimme: „Guten Morgen, Genossen! Es ist sechs Uhr, bitte die Nachtruhe beenden!“ Anschließend dudelte aus den Lautsprechern die gewohnte Musik, allerdings ohne Wortsendung, was wir zunächst nicht bemerkten. Der Appell fiel aus, wir sollten in den Unterküften bleiben. Vermutungen machten sich breit und Spekulationen. Keine Nachrichten!

Befehl: Die „schweren Maschinengewehre“ (SMG) zum Schutz der Kaserne in Stellung bringen! Was sollten wir UNS schützen, wenn draußen dem Lande Gefahr droht? Um das Kasernengeviert zog ein großes Häufchen: „Nieder mit SED und KVP! Butter statt Kanonen!“ Gegen den Willen der diensthabenden Wache trat der damalige Generalmajor Friedrich Dickel als Dienststellenleiter vor das Tor, um mit den Schreihälsen zu diskutieren. Sie aber verbrannten die niedergefetzten Fahnen unseres Staates vor seinen Füßen.

Erst am frühen Nachmittag empfingen wir Waffen und fuhren über Strausberg in die mit sowjetischen Panzern vollgestopfte Leipziger Straße. Das Zentrum Berlins war bereits ein Heerlager beider Seiten. Ungeduldig, besorgt rasteten wir im Hof des Hauses der Ministerien, nun wissend, daß die DDR weggeputscht werden sollte! Dann Einsatz am Michael-Kirch-Platz: Hier hatten sich Hunderte versammelt,

um den Hetztiraden Westberliner Scharfmacher zu folgen. Steinwürfe und haßerfüllte Pfuirufe empfingen uns. Untergetakt bildeten wir eine lebende Mauer und verdrängten die, die bleiben wollten, dorthin, wo sie hingehörten: in den Westen. Da standen wir nun, Gewehr bei Fuß, Mann an Mann, bis in den neuen Tag.

Jedoch vom Trümmerberg, dem unmittelbar an der Sektorengrenze gelegenen Gebäude des FDGB-Bundesvorstandes direkt gegenüber, gingen die Provokationen weiter. Tatenlos mußten wir zusehen, wie vom westlichen Territorium aus die Fensterfronten des Gewerkschaftshauses hinter unserem Rücken sinnlos, aber unter frenetischem Beifall zertrümmert wurden. Bei einbrechender Dunkelheit gingen die Steinerwerfer gegen die Straßenbeleuchtung vor, um uns als Silhouetten unter direktem Steinhagel zu legen. Unsere Sanitäter waren voll beschäftigt. Wir wehrten uns mit „Gewehr zur Hand!“ und geschlossenem Vorrücken bis zum Sektorenschild. Die Angst der Randalierer war groß, und es wurden ihrer immer weniger. Nach Mitternacht suchten schließlich die Letzten Händel mit der eigenen Polizei im Westteil der Stadt.

Anderntags berichteten Westberliner Gazetten: „Pankow setzte Elitetruppen ein – Politoffiziere mit Gewehr und Kochgeschirr machten dicht!“ Die Rede war von einem „Volksaufstand“. Wer aber ist DAS VOLK? **Karlheinz Effenberger**

Warum in der DDR Kampfgruppen der Arbeiterklasse geschaffen wurden

Antwort an Putschisten

Ernst Heinz hat in seinem Beitrag „1953 – ein schwieriges Jahr“ die Entwicklung vor und nach dem 17. Juni geschildert. Ich will hier darüber berichten, was ich selbst in jener Zeit erlebte.

Bei uns, in den Vereinigten Ingenieurschulen Berlin-Lichtenberg, deren Student ich war, fand der Unterricht wie an anderen Tagen planmäßig statt. Aus den Fenstern konnten wir während der Pausen beobachten, daß Demonstranten ins Stadtzentrum zogen. Menschenmassen aus den Betrieben von Oberschöneweide oder Lichtenberg sahen wir allerdings nicht. Kein Wunder, denn später wurde ermittelt, daß nur etwa 6 % der arbeitsfähigen DDR-Bevölkerung dem vom RIAS immer wieder verbreiteten „Streikaufruf“ der Einpeitscher des 17. Juni um Egon Bahr gefolgt waren.

In den Tagen danach wurden auch unter uns Studenten Überlegungen angestellt, wie wir in Zukunft Versuche, die DDR zu kippen und den weiteren Aufbau zu stören, würden verhindern können. Die DDR war unser Staat, und wir fühlten uns als Genossen in der Parteioorganisation auch daran mitschuldig, daß sich ernste politische Pannen ereignet hatten, durch die die Unzufriedenheit der Massen geschürt werden konnte.

Der Vandalismus, die Brandstiftungen und Plünderungen des 17. Juni, die nichts mit einem Streik für die Verbesserung der Lebensbedingungen und höhere Löhne zu tun hatten, sondern allein auf den Sturz des DDR-Regimes abzielten, hatten dem Land erhebliche materielle Schäden zugefügt. Auf beiden Seiten waren Tote zu beklagen gewesen. Vor uns stand die Frage, wie wir die Bevölkerung vor einer Wiederholung solcher Ereignisse schützen und abermalige Übergriffe gegenrevolutionärer Kräfte auf unsere Errungenschaften, auf volkseigene Betriebe und Banken, das Verkehrswesen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen verhindern könnten. Eine organisierte Gegenwehr mußte aufgebaut werden, jeder, der daran interessiert war, sollte mitmachen dürfen. In Auswertung der Ereignisse am und um den 17. Juni beschloß die SED-Führung in Übereinstimmung mit den Blockparteien, einen dem Thälmannschen Rotfrontkämpferbund ähnlichen militärischen Arm zu schaffen. Dabei ging es um die Bildung von Kampfgruppen der Arbeiterklasse in Stadt und Land. Sie sollten so qualifiziert werden, daß sie bei Bedarf Schutzfunktionen im jeweiligen Territorium übernehmen konnten. Ihre Reihen standen nicht nur SED-Mitgliedern, sondern auch anderen klassenbewußten, dem Sozialismus ergebenen Menschen offen.

Wie beginnen? Wir trafen uns nach dem Unterricht auf dem Schulhof und diskutierten über die ersten Schritte. Nur einige Ältere besaßen militärische Erfahrungen aus dem faschistischen Krieg, die für uns jedoch nahezu wertlos waren. Man mußte zuerst Abspermaßnahmen oder

die Sicherung von Objekten üben, wurde vorgeschlagen. Also alle untergehakt und eine Reihe gebildet, Sperrkette hieß es später in den Dienstvorschriften. Die ersten „Waffen“ waren einfache Stöcke, um die Reihe sicherer zu machen. Es dauerte nicht lange, und erfahrene Volkspolizisten leiteten uns an. Etwa ein Jahr später gehörte dann für jeden ein blauer Overall mit roter Armbinde und eine Skimütze dazu. So „uniformiert“ und im 100er Block marschierte ich am 1. Mai 1955 erstmals in einer Kampfgruppenformation über den Alex, wo damals noch die Schienen der Berliner Trümmerbahn verliefen. Etwas später erhielt jeder einen alten Karabiner – von jenem Typ K 98, der schon 1898 in der kaiserlich-deutschen Armee eingeführt worden war. Er hatte in zwei Angriffskriegen Deutschlands zu Siegen führen sollen, war aber auch gegen proletarische Demonstranten gerichtet worden, z. B. am 1. Mai 1929, als die Büttel des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel mehr als 120 Berliner erschossen. Der große Unterschied: Wir nutzten diese Waffe erstmals im Dienste der Arbeiterklasse. So ausgerüstet, konnten wir schon eine wirksame Sperrkette bilden. Die Unterweisungen fanden dann etwa sechs Mal im Jahr auf entsprechenden Übungsplätzen statt. Die für uns in den Polizeieinspektionen bereitstehenden Karabiner – später kam andere Ausrüstung hinzu – holten wir dort ab und gaben sie anschließend am gleichen Ort zurück.

Die gemeinsamen Ausbildungen am Wochenende festigten die betrieblichen Kollektive, man lernte sich näher kennen, diskutierte miteinander über die verschiedensten Probleme und teilte auch manchen Spaß. Um die Wartezeiten beim Waffenempfang abzukürzen, zückten einige Genossen mitgebrachte schöngeistige Literatur und lasen versunken, selbst noch auf den LKW-Fahrten zum Ausbildungsgebiet. Ich habe einmal zum Ausfüllen von Leerlauf mein Steck-Schach mitgenommen und in Fritz einen perfekten Spielpartner gefunden. Wir waren so in den Kampf vertieft, daß wir die befohlene Suche im Gelände nicht genügend ernst nahmen und die Zeit zum Sammeln verpaßten. Der LKW war bereits weggefahren, so machten wir uns mit geschultertem K 98 zu Fuß und per S-Bahn auf den Weg, um die Waffen bei der Inspektion abzuliefern. Wir erwarteten ein Donnerwetter. Aber glücklicherweise war die Warteschlange noch lang und unser Fehlen nicht aufgefallen.

Eine echte Bewährungsprobe hatten die Kampfgruppen am 13. August 1961 zu bestehen. Es ging um die Schließung und Sicherung der 158 km langen Staatsgrenze der DDR zu Westberlin, wo damals 100 000 Menschen aus dem Osten arbeiteten. Sie passierten täglich zweimal die offene Grenze und konnten ihren DM-Verdienst zum Kurs von 1:4 bis 1:6 in Mark der DDR

umtauschen. Bei den niedrigen Fahrpreisen, billigen Grundnahrungsmitteln, Dienstleistungen und Wohnungsmieten hatten sie enorme persönliche Vorteile. Das führte allmählich zum Ausverkauf der DDR. Aber auch neue Pläne zum „Zurückrollen“ des Sozialismus, die den Frieden in Europa gefährdeten, wurden bekannt und mußten durchkreuzt werden. Die Mobilisierung für den 13. August – mitten in der Urlaubszeit und noch dazu an einem Wochenende – war recht kompliziert, da ja Geheimhaltung bis zum letzten Augenblick herrschte. Nicht überall klappte das auf Anhieb. So war z. B. mein Kommandeur als Leiter eines Betriebskinderferienlagers gar nicht in Berlin erreichbar und sein Stellvertreter hatte gerade einen Urlaubsplatz an der Ostsee. Dennoch gelang es uns nach einigen Anlaufschwierigkeiten, die Einsatzbereitschaft herzustellen. Zugleich mußte gewährleistet werden, daß die Produktion in den Betrieben am nächsten Morgen wieder rollte.

Überdies galt es, für die vielen Grenzgänger, die nun nicht mehr nach Westberlin fahren konnten, neue Arbeitsplätze in der DDR-Hauptstadt bereitzustellen. Mein Schwiegervater, der seit 40 Jahren bei Siemens beschäftigt gewesen war und im Ostberliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg wohnte, kam in unserem Betrieb für die letzten sechs Jahre seines Berufslebens gut unter.

Die Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 trafen viele Berliner persönlich und wurden begreiflicherweise nicht überall freudig zur Kenntnis genommen, zumal sie Familien und Freunde plötzlich auseinanderrissen. Andererseits fand die Ausplünderung der DDR ein Ende, und der Wirtschaftsaufschwung setzte für viele Jahre wieder ein. Das Wichtigste aber: Die den Frieden in Europa bedrohende Sprengladung war entschärft worden.

Mein Dienst an der Berliner Grenze dauerte eine reichliche Woche, dann waren die ersten Befestigungsanlagen wie Grenzzaun und Absperungen errichtet, so daß wir unser Strohlager in einer Schule räumen konnten.

Wie aber sollte es in Berlin weitergehen? Etwa 3 Millionen Westberliner waren in ihrer „Frontstadt“ eingegrenzt worden und wurden dann regelrecht eingemauert. Das stellte bei aller politischen Notwendigkeit natürlich keinen Fall der Normalität dar. So hegten wir die Hoffnung, daß nun deutsche und internationale Verhandlungen unter Anerkennung der völkerrechtlichen Realitäten auch zum Status Westberlins beginnen würden. Deshalb setzten wir darauf, daß die Grenzbefestigung in dieser Form nur für eine relativ kurze Zeitspanne notwendig wäre. Aber es kam bekanntlich anders; sie stand 28 Jahre.

Gerd Rossignol, ehemaliger Kommandeur der Kampfgruppenhunderttschaft „Werner Prochnow“, VEB Steromat

Nikolai Bersarin ist wieder Ehrenbürger von Berlin

Der Stadtkommandant

Für den 5. April 1945 hat Marschall der Sowjetunion Shukow, der Frontoberbefehlshaber, die Oberbefehlshaber der Armeen, die Stabschefs und die Mitglieder der Kriegsräte der 1. Belorussischen Front nach Birnbaum (heute Miedzychod), einem kleinen Ort östlich der Oder, befohlen, um die bevorstehende Berliner Operation zu besprechen. Dabei teilt er auch den Entschluß mit, daß der Oberbefehlshaber derjenigen Armee, die den Angriff auf die letzte Stellung der Faschisten am erfolgreichsten führt, Stadtkommandant und Chef der sowjetischen Garnison von Berlin werden wird ...

Am 31. Januar ist es der 5. Stoßarmee, die bei Küstrin (heute Kostrzyn) steht, gelungen, auf dem Westufer der Oder einen Brückenkopf zu bilden, den sie nicht nur halten, sondern sogar erweitern kann. Von hier aus soll nun die Armee zum Sturm auf Berlin antreten, im Zentrum der Hauptgruppierung der Front und in deren erster Staffel. Sie hat den Auftrag, in die Berliner Innenstadt vorzustoßen und das Regierungsviertel einzunehmen.

Seit dem Juni 1944 wird diese Armee von dem 41jährigen Generalleutnant Nikolai Erastowitsch Bersarin befehligt, Sohn eines Leningrader Putilow-Arbeiters. Am 1. April 1904 geboren, beginnt er mit elf in einer Buchbinderei zu arbeiten. Mit 15 tritt er in die Rote Armee ein, nimmt am Bürgerkrieg teil und besucht danach Offizierslehrgänge in Petershof und im Smolny, wird mit neunzehn als Kommandeur in den Fernen Osten versetzt. „In Leningrad vermittelte man mir das Rüstzeug für das Leben in der Armee, der Ferne Osten mit seiner eigenartigen Natur half mir, wirklich selbständig zu werden“, schrieb er später. 1926, inzwischen Mitglied der KPdSU (B) geworden, besucht er einen Kommandeurslehrgang an der Infanterieschule in Irkutsk, wird hier Dozent, dann Regiments- und Divisionskommandeur in Chabarowsk und Ussurijsk. Seine Feuertaufe erhält er 1938 als Kommandeur der 32. Schützendivision in den Kämpfen gegen die japanischen Aggressoren am Chassansee. Unmittelbar danach erfolgt die Ernennung zum Korpskommandeur.

Im Mai 1941 wird ihm das Kommando über eine Armee übertragen; er ist mit 37 der jüngste Armeeeoberbefehlshaber der UdSSR. Mit seinen Truppen ist er ein Jahr später dem Hauptstoß der auf Leningrad, seine Vaterstadt, vorrückenden deutschen Wehrmacht ausgesetzt. 1943 wird er schwer verwundet, dreizehn Granatsplitter müssen aus seinem Körper entfernt werden. Nach halbjährigem Lazarettaufenthalt übernimmt er erst die 39. Armee, dann die 5. Stoßarmee, die sich bei der Iasi-Kischinjower-Operation auszeichnet; ihr zu Ehren schießt Moskau am 24. August 1944 Salut. Und für ihr heldenhaftes Vorgehen bei der Weichsel-Oder-Operation zu Beginn des Jahres 1945 wird sie im

Befehl 300 des Obersten Befehlshabers lobend erwähnt.

Der Sturm auf Berlin beginnt am 16. April 1945 um 6 Uhr Moskauer Zeit. Schon fünf Tage später, am 21. April, dringen Vorausschwärme in die östlichen Vororte der Hauptstadt ein. Am selben Tag wird Nikolai Bersarin zum Generaloberst befördert. Über Marzahn bewegen sich die Truppenteile der 5. Stoßarmee in Richtung Stadtzentrum. Sie befreien Friedrichsfelde, Karlshorst, Lichtenberg, besetzen das Kraftwerk Klingenberg, retten es vor der Sprengung. Sie dringen weiter über Stralau, den Schlesischen Bahnhof (heute Ostbahnhof), über den Alexanderplatz bis Unter die Linden und zum Potsdamer Platz vor. Am 2. Mai nimmt das 9. Schützenkorps die Reichskanzlei. Schon am 24. April aber hatte Marschall Shukow den Befehl erteilt, den der Schriftsteller Wsewolod Wischnewski in seinem Tagebuch so festhält: „Zum Stadtkommandanten ist der Oberbefehlshaber Generaloberst Bersarin ernannt worden. Er ist einer der gebildetsten Generale der Roten Armee. Er ist ein Mann von Format.“

Noch während er seine Truppen im Kampf führt, macht sich Nikolai Bersarin Gedanken über die Stadt und ihre Bewohner. Die Frauen, Kinder und Greise, die in Kellern und Bunkern hocken, brauchen jetzt schon spürbare Hilfe. Die Hauptarbeit jedoch beginnt erst, als die Waffen schweigen. Berlin bietet ein trostloses Bild. 75 Millionen Kubikmeter Trümmerschutt sind zu räumen. 48 Prozent der Gebäude sind total zerstört, weitere 16 Prozent schwer beschädigt, keine Elektrizität, kein Wasser, kein Gas. Busse, Straßenbahnen, U- und S-Bahnen fahren nicht. Brücken liegen gesprengt in Spree und Havel. Doch vor allem müssen in kürzester Zeit Lebensmittel für die zweieinhalb Millionen Berliner beschafft werden, da alle Vorräte verbraucht oder vernichtet sind. General Antonow berichtete: „Tagsüber war er in Berlin unterwegs, informierte sich über den Wiederaufbau und die Räumung

von Trümmern. Dabei besuchte er seine Truppenteile. Am späten Nachmittag hielt er Sprechstunden für die Bevölkerung ab ... Seine stärkste Waffe hieß überzeugen, nicht nur die Deutschen, sondern auch unsere Leute. Denn – vergessen wir das nicht – es gab für manchen sowjetischen Soldaten damals Grund genug zu fragen: Was? Ich soll den Deutschen helfen? Bersarin hielt fast jeden Tag Expertenkonferenzen ab: mit Bürgermeistern, mit Technikern, mit Ärzten ...“

Generaloberst Bersarin, für seine Verdienste beim Sturm auf Berlin als „Held der Sowjetunion“ ausgezeichnet, betrachtet es als eine der entscheidenden Aufgaben zur Normalisierung des Lebens der Stadt, Verwaltungen aus deutschen Antifaschisten und Demokraten zu schaffen. Schon am 13. Mai, fünf Tage nach Kriegsende, tritt der neue Berliner Magistrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Am 15. Juni lädt der Stadtkommandant zu einer Pressekonferenz ein und legt Rechenschaft über die Leistungen der ersten fünf Friedenswochen ab: 17 Wasserwerke fördern täglich wieder 146 500 Kubikmeter Wasser und versorgen 80 000 Gebäude; bis 20. Juni wird das Leitungsnetz völlig intakt sein. Straßenbahnen befahren eine Strecke von 52 Kilometern, 20 Buslinien 50 Kilometer. Die U-Bahn verkehrt zwischen 27 Stationen. 47 000 Telefonanschlüsse funktionieren. Vier Gaswerke produzieren

76 000 Kubikmeter Gas pro Tag. 27 000 Wohnungen sind wieder bewohnbar. 3 000 Geschäfte haben geöffnet. Kinos und Varietés spielen wieder. Zwei Zeitungen erscheinen, der Rundfunk strahlt ein Programm aus. Ein Fußballspiel wurde schon wieder angepfiffen. Der Schulunterricht wird vorbereitet. Der Fernverkehr von und nach Berlin ist auf einigen Eisenbahnstrecken bereits wieder aufgenommen.

Am nächsten Morgen gegen 7 Uhr verunglückt Nikolai Bersarin auf dem Weg zur Kommandantur mit seinem Motorrad tödlich.

Günter Freyer

Stadtkommandant Generaloberst Nikolai Bersarin (Dritter von links). Stehend: der parteilose Oberbürgermeister Dr. Werner, rechts der spätere DDR-Innenminister Karl Maron



Kritische Sicht auf den „neuen“ Programmentwurf der PDS

Sozialismus als Schimäre

Nach Gabriele Zimmer sagt der neue Entwurf „klarer, was wir unter demokratischem Sozialismus verstehen“. (ND 25. 2. 03) Das bürgerliche Blatt „Die Welt“ meint zum Entwurf lakonisch: „Good bye, Marx“ (26. 2. 03). Ja! Die Grundkonzeption, wie sie bereits im ersten Entwurf angelegt ist, hat sich nicht verändert, obwohl der Begriff der „Moderne“ nicht mehr auftaucht. Korrekturen und auch Richtiges verbleiben in dieser Substanz:

1. Kontinuität zeigt sich darin, Marx und Engels und mit ihnen die materialistisch-dialektische Geschichtsbetrachtung und den wissenschaftlichen Sozialismus als tote Hunde zu entsorgen. Was



Abbitte leisten wir bei

Genossen Joachim Thel

aus Halle, der schon am **22. März 2003** sein **70. Lebensjahr** vollendete.

Wir gratulieren unserem verdienten Genossen, der an verantwortlicher Stelle in der DDR wirkte – zuletzt als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Bitterfeld – und der heute die Regionalgruppe Halle des Fördervereins umsichtig leitet, von ganzem Herzen.

Solidarische Grüße und gute Wünsche gehen nach Rostock, wo

Genosse Gerhard Griese

am **17. Mai 2003**

seinen **75. Geburtstag** begeht.

Er hat sich besonders um die Hafenvirtschaft der DDR verdient gemacht und für seinen sozialistischen Staat treu gewirkt.

In Taucha bei Leipzig rückt

Genosse Günter Werzlau

von Anfang an eng mit dem

„RotFuchs“ verbunden,

am **1. Mai 2003**

in die Gruppe der 65er ein,

und in Hoyerswerda feiert

der bekannte Wissenschaftler

Dr. rer. nat. **Ernst-Jürgen Langrock**

am **28. April 2003**

seinen **60. Geburtstag**.

Allen Jubilaren übermittelt
der „RotFuchs“ seine
aufrichtigen Glückwünsche!

bleibt, sind Selektion und Verfälschung. So erscheint das von Marx und Engels im Manifest für eine kommunistische Gesellschaft formulierte Ziel einer „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist“, woran der Entwurf anknüpft, als Reflex der gegenwärtigen kapitalistischen Welt. Aber vorher schrieben Marx und Engels, daß „die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums zusammenfassen“ können. Die Hauptbedingungen auf dem Weg zu diesem Ziel (Abschaffung der Klassen u. a. m.) werden unterschlagen. Hier gilt wohl die Sentenz: „Eine halbe Wahrheit ist häufig eine große Lüge.“ (Benjamin Franklin)

2. Wen wundert es da, daß die grundlegende Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen und die Überwindung des Kapitalismus im Wunschdenken abstrakter Möglichkeiten verbleiben. Der Sozialismus wird als eine solche idealistisch-metaphysische Erfindung konstruiert, die völlig von seiner Verankerung in der Geschichte und der Marxschen Denktradition absieht. Im Entwurf wird er deshalb durchaus „folgerichtig“ nirgendwo als Gesellschaftsordnung bezeichnet. Er soll vielmehr Ziel, Weg und Wertgefüge sein, welches Freiheit, Gleichheit und Solidarität verbindet. Das von der SPD weitgehend über Bord geworfene Berliner Programm läßt grüßen; es stellt den demokratischen Sozialismus gleichfalls als Symbiose von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vor – abstrakte Benennungen, die jetzt durch den neoliberalen Kurs der SPD ad absurdum geführt werden. Eine Schimäre – phantastisch, trügerisch, ungewiß. Dies trifft auf die „Sozialismus-Vision“ des Entwurfs zu, der „logisch“ dazu führt, nicht antikapitalistisch zu sein; er bekennt sich de facto zum kapitalistischen Privateigentum und zu freiem Unternehmertum. Nicht die Dominanz dieses Eigentums soll beseitigt werden, sondern lediglich die Dominanz des Profits. Plädiert wird also in Wirklichkeit für einen kapitalistischen „Sozialismus“, der bereits in gewissem Maße gegenwärtig sein soll. In der Zeit des „neoliberalen“ Generalangriffs auf den Sozialstaat steht für André Brie deshalb „Sozialismus als Tagesaufgabe“ auf der Agenda der PDS. Sie zeigt sich als umfangreiches Paket „emanzipatorischer Anliegen“ und Forderungen zu Demokratie, Frieden, Umweltbewahrung, Beschäftigung u. a. m., das mit Visionen und Fiktionen des Sozialdemokraten Oskar Lafontaine, des Papstes, des Zukunftsprogramms der CDU verwoben ist. Durchaus Wünschenswertes hat allerdings mit einer wirklichen Reformalternative unter den

gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen, die zunächst Widerstand stärkt und den Ausbruch aus dem derzeitigen System als Fernziel nicht aus dem Auge verliert, nichts zu tun. Deshalb werden auch Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde usw. als Kaugummibegriffe verwandt, die sich durch hohle Breite und leere Tiefe auszeichnen. Marxistisches ist hier nicht zu entdecken.

3. Daß aus dieser Sicht die Diffamierung der DDR und des realen Sozialismus fortgesetzt wird – und das an nicht weniger als an sechs Stellen –, überrascht keineswegs. Die DDR wird faktisch als „Unrechtsstaat“ verunglimpft. Zugleich versuchen die Autoren, den Kampfbegriff „Totalitarismus“ einzuführen, der dazu dient, Sozialismus und Faschismus gleichzusetzen und insofern die DDR mit der Nazi-Diktatur. Diese schändliche „Abrechnung“ belegt, daß hier Pervertisten am Werke waren, obwohl nicht verschwiegen werden konnte, daß zur Geschichte der DDR „wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der Bevölkerung, um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden“ gehören. Doch die historische Tatsache, daß sich Millionen Menschen in der DDR für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung einsetzten, scheint sich im Verständnis der Programmautoren gegen die SED – sozusagen im leeren Geschichtsraum – vollzogen zu haben. Aber auch hier gilt: Wer den Sozialismus als Gesellschaftsordnung will, darf den Sozialismus in der DDR, den es ohne das Wirken der SED überhaupt nie gegeben hätte, nicht verächtlich behandeln.

Prof. Dr. Ingo Wagner

Am 25. März 2003 starb in Trutnov ein lieber Mensch, der standhafte Kommunist und proletarische Internationalist

Genosse Bruno Fišer

Wir gedenken unseres treuen Lesers und übermitteln seiner Lebensgefährtin Marketa Jakubcova das aufrichtige Mitgefühl der ganzen RF-Familie.

Es wird kein sanftes Entschlafen des Kapitalismus geben

Ein radikaler Schnitt

Es steht außer Frage, daß die Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums politische Macht voraussetzt und einen revolutionären Akt darstellt. Umstritten ist allerdings die Frage, in welchen Formen sich der Vergesellschaftungsprozeß zu vollziehen habe. Hier bieten sich zunächst zwei Wege an, die bei näherer Betrachtung politisch unterschiedlich motiviert sind.

1. Die Vergesellschaftung im Sinne der Beschränkung der Verfügungsmacht der Kapitaleigner über das Eigentum.
2. Die Vergesellschaftung durch Gemeineigentum, die die radikal-weitergehende Methode zur Schaffung sozialistischer Eigentumsverhältnisse ist und die Entzerrung der Kapitalisten voraussetzt.

Die Vergesellschaftung auf die eingeschränkte Verfügungsmacht des Kapitals zu reduzieren, wird von Teilen der Sozialdemokratie und von den sogenannten

Reformern der PDS vertreten. Gegen diese Position hat bereits Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“ polemisiert und betont, daß das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln nur dort überwunden werde, wo die politische Macht der Ausgebeuteten im Zuge einer sozialistischen Revolution erkämpft und diese auch genutzt werde. Eine Fundamentalposition, die von der Sozialdemokratie und den Reformern verschwiegen wird.

Zu vertreten wäre die erste Variante der Vergesellschaftung nur als Schrittfolge im Rahmen eines Minimal- und Maximalprogramms und in Abhängigkeit von den politischen Machtverhältnissen. Was die Einschränkung der Verfügungsmacht des Kapitals betrifft, so muß von dem Grundsatz ausgegangen werden, daß das Eigentumsrecht der Kapitaleigner

in seiner Kernsubstanz unangetastet bleibt. Es handelt sich lediglich um die Einschränkung von Eigentumsbefugnissen durch Rechtsvorschriften und staatliche Regulierungsmaßnahmen im verwaltungsrechtlichen Bereich auf der Grundlage spezialgesetzlicher Ermächtigungen. Dabei wären zu nennen: Auflagen, Zulassungen, Genehmigungen, Verbote. Möglich wären juristische Mechanismen, die abzielen auf Steuern, Abgaben, mögliche Wertschöpfungsabgaben normative, Abschreibungen, Gewinnverwendung, Zulassungen z. B. von Erzeugnissen der Lebensmittel- und der Pharmaindustrie, Verbote zur Herstellung und zum Vertrieb lebens-, gesundheits- sowie sachengefährdender Produkte und Verfahren, Einschränkung der Vertragsfreiheit (z. B. in bezug auf den Export von Rüstungsgütern). Berührt durch solche Maßnahmen werden vornehmlich Nutzungs- und Verfügungsbefugnisse der Kapitalisten. Die Einschränkung der Verfügungsmacht des Kapitals muß natürlich einer wirtschafts- und sozialpolitischen Zielstellung untergeordnet sein, andernfalls wäre ihr Zweck verfehlt. Als Prüfmaßstäbe sollten gelten: die Neuverteilung der Arbeit und des Reichtums von oben nach unten, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnabzug, Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Förderung von Innovationspotentialen, insbesondere mit ökologischem Bezug, Verbraucherschutz in extensiver Auslegung.

Die angeführten Maßnahmen können nur als erster Schritt auf dem Wege der Vergesellschaftung des Eigentums gewertet werden. Denn ohne das Ziel, Gemeineigentum zu schaffen, werden die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit und eine demokratisch-humanistische Gesellschaftsordnung nicht erreichbar sein. Nun ist allgemein bekannt, daß der Kapitalismus nicht sanft entschlafen wird, auch gibt er sein Eigentum als Existenzgrundlage nicht freiwillig her. Die Konsequenz aus dieser Tatsache kann nur sein, eine radikale Zäsur in den politischen Macht- und den Eigentumsverhältnissen vorzunehmen. Marx und Engels wiesen darauf hin, daß es sich „nicht um die Veränderung des Privateigentums handeln (kann), sondern nur um eine Vernichtung, nicht um Vertuschung der Klassengegensätze, sondern um die Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen“. Erst durch das Gemeineigentum können die aus dem Kapitalverhältnis resultierenden Widersprüche, kann die Ausbeutung als Quelle für Mehrwert und Profit beseitigt werden. Deshalb ist es nur folgerichtig, die Großbanken, große Versicherungsgesellschaften, große Industrieunternehmen zu enteignen sowie entscheidende Wirtschaftszweige, Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Prof. Dr. Werner Roß



Aus „Proletären“, Göteborg

Schlechter Tausch

Es war einmal ein Schäfer, der in einer einsamen Gegend seine Tiere hütete. Plötzlich tauchte in einer großen Staubwolke ein nagelneuer grauer Audi TT auf und hielt direkt neben ihm. Der Fahrer – ein junger Mann im Armani-Anzug, Gucci-Loafers, Ray-Ban-Sonnenbrille und einer YSL-Krawatte – stieg aus und fragte ihn: „Wenn ich errate, wieviele Schaf Sie haben, bekomme ich dann eins?“ Der Schäfer schaute den jungen Mann an, blickte dann auf seine friedlich grasenden Schafe und sagte ruhig: „In Ordnung.“

Der junge Mann parkte den TT, verband sein Notebook mit dem Handy, ging im Internet auf eine NASA-Seite, scannte die Gegend mit Hilfe seines GPS-Satelliten-Navigationssystems, öffnete eine Datenbank mit 60 Excel-Tabellen mit einer Unmenge Formeln. Schließlich druckte er einen 150 Seiten langen Bericht auf seinem Hi-Tech-Minidrucker, drehte sich zum Schäfer um und sagte: „Sie haben hier exakt 1586 Schafe.“

Der Schäfer erwiderte: „Das ist richtig, suchen Sie sich ein Schaf aus.“ Der junge Mann nahm sich ein Tier und lud es in den Kofferraum des TT ein. Der Schäfer schaute ihm zu und sprach: „Wenn ich Ihren Beruf errate, geben Sie mir dann das Schaf zurück?“ Der junge Mann antwortete: „Klar, warum denn nicht?“

Der Schäfer darauf: „Sie sind Unternehmensberater.“ „Das ist richtig, woher wissen Sie das?“, wollte der junge Mann wissen.

„Sehr einfach“, sagte der Schäfer. „Erstens kommen Sie hierher, obwohl Sie niemand gerufen hat. Zweitens wollen Sie ein Entgelt dafür, daß Sie mir etwas berichten, was ich ohnehin schon wußte. Und drittens haben Sie keine Ahnung von dem, was ich hier mache. Und nun geben Sie mir meinen Hund wieder!“

Eingesandt von Karlheinz Effenberger (Autor unbekannt)

Der Kanzler und der Krieg

Schröder, der Hartz und Rürup auf uns losgelassen hat und offenbar zu jeder sozialen Grausamkeit bereit ist, hat sich der USA-Aggression gegen Irak nicht angeschlossen. Deutschland stand im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf seiten jener von Frankreich angeführten Staatenkoalition, die Washingtons Politik eine Abfuhr erteilte. Ohne Zweifel hatte man in Berlin von den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes der USA abweichende eigene Ziele im Auge. Vielleicht war auch die von Washington ausgehende Zumutung zu groß und der Druck zu plump und brutal, um bei einer Mittelmacht auf Gegenliebe zu stoßen. Wir haben die besondere Haltung der Schröder-Regierung zur Kenntnis genommen und begrüßt. Wären Schäuble und Merkel am Ruder, hätte sich die BRD-Luftwaffe an der Bombardierung Bagdads beteiligt.

Doch: Ist das SPD-regierte Deutschland in diesem Krieg etwa neutral? Oder gar eine Friedensmacht?

Davon kann leider keine Rede sein: Während der Außenminister auf ausdrückliches Verlangen der USA irakische Diplomaten kurz vor dem Angriff „wegen Spionage“ (!) auswies, setzte Deutschlands Verteidigungsminister Tausende Soldaten zur Bewachung sämtlicher Militärobjekte des Aggressors in der BRD ein, gewährte die Schröder-Regierung den USA-Streitkräften pauschale Überflug- und Hafennutzungsrechte, wurden AWACS-Maschinen mit deutscher Teilbesatzung in der Türkei stationiert, Bundeswehr-Spürpanzer in Kuwait und aus der BRD gelieferte Patriot-Raketen in Israel gegen Irak in Stellung gebracht. Das sind mehr als unfreundliche Akte.

Friedensliebe steht hier also nicht zur Debatte. Die Bundesrepublik ist bei der Aggression zwar nicht der Täter, was Schäuble und Merkel sehr bedauern, aber sie zählt immerhin zu dessen Komplizen. Beihilfe nennt man so etwas im Strafrecht. Da beißt die Maus keinen Faden ab. **S. R.**

Schröders Seehofer-Plan

Der Bundeskanzler hatte das Bündel seiner als „Reformen“ verkauften sozialen Scheußlichkeiten gerade erst aufgeschnürt, da setzten sich bereits die Schmeißfliegen der Konkurrenz auf den frischen Käse. Während sich Frau Merkel deutlich zurücknahm, die üblichen Breitsseiten unterließ und in einigen Fragen sogar Gemeinsamkeiten von SPD und „Union“ konstatierte, ging der schöne Herr Seehofer noch einen Schritt weiter. Er, dem die Urheberrechte für das Unwort „Reform“ gebühren, pochte aufs Erstlingsrecht. Der Kanzler habe gedanklichen Raub betrieben, ließ er wissen, und sich alles zu eigen gemacht, was durch ihn schon unter Kohl und auch danach immer vertreten worden sei. Er betrachte sich gewissermaßen als Koautor und geistigen Miteigentümer des jetzt nur neu eingewickelten „Reform“-Pakets. Der Schröder-Plan sei im Grunde sein Werk.

Daß die sozialpolitischen Schubladen von CDU und SPD inzwischen so dicht beieinanderliegen, daß sich die Instrumente zur Demontage des einst als Sozialstaat gepriesenen und von der DDR mit „verschuldeten“ Leistungsstandards beliebig austauschen lassen, zeigt nur, in welcher illustren Gesellschaft Schröder mittlerweile angekommen ist. Hartz, Rürup, Seehofer – das einstmals sozialdemokratische Ufer ist sehr weit nach rechts gerückt. **R. F.**

Die NPD-Farce

In Krisenzeiten pflegt das Kapital seine politische Reserve anzuwerfen: die Nazis. Kräfte, die in ruhigeren Phasen nur im Hintergrund agieren dürfen, werden nun in Bereitschaft versetzt. Für alle Fälle. Wir kennen das aus der Geschichte.

Ein Verbot der faschistischen NPD, das die Regierung einst auf ihre Fahnen schrieb, hätte den Herrschenden jetzt nicht in den Streifen gepaßt. Im Gegenteil: Aufwertung ist angezeigt.

Dem hat das Bundesverfassungsgericht am 18. März 2003 mit der Entscheidung entsprochen, das lästig gewordene Verbotsverfahren endgültig einzustellen. Aufgrund von „Formfehlern“, versteht sich. Innenminister Schily war offensichtlich erleichtert und verzichtete auf Widerworte.

Um den Freispruch der triumphierenden Braunen zu begründen, bemühte man einen Eklat: Die aufgeflogene Einschleusung von Geheimagenten in Führungspositionen der NPD habe die Rechte der ins Visier geratenen Partei geschmälert und einer objektiven Bewertung ihres Handelns Abbruch getan. Eine rührende Story. Die BRD wird als illustrierter Polizeistaat vorgeführt, um den Nazis aus der Patsche zu helfen. Die ganze Hohlheit der bürgerlichen Demokratie offenbart sich in einer Nußschale! Schlimmer geht's nimmer!

G. A.

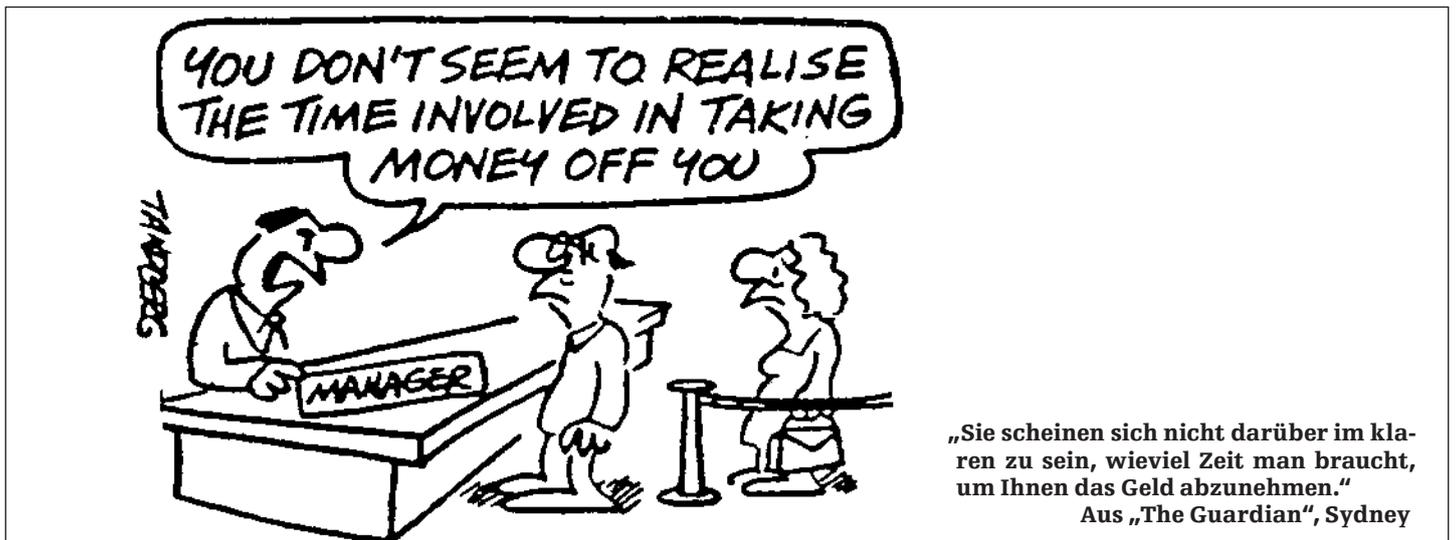
Das Hindenburg-Votum

Paul von Hindenburg war nicht nur einer der übelsten Soldatenverweizer im Ersten Weltkrieg, sondern auch jener letzte Reichspräsident der Weimarer Republik, der Hitler die Schlüssel zur Macht übergab. Er war ein geradezu klassischer Repräsentant der reaktionärsten Kräfte des deutschen Militarismus und des Junkertums. Thälmanns KPD hatte nicht ohne Grund die Losung ausgegeben: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!“

Doch all das störte die PDS-Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zunächst nicht. Um ihre Vasallentreue zum Koalitionspartner SPD zu bekunden, enthielten sie sich der Stimme, als es um die von den Grünen begehrte Aufhebung der Berliner Ehrenbürgerschaft für den 1935 verblichenen Generalfeldmarschall ging. Erst später deuteten sie an, die SPD habe sie aus der Koalitionspflicht entlassen, so daß sie bei einer zweiten Entscheidung anders votieren könnten.

Die Wähler der Hauptstadt werden sich diesen Hickhack sicher merken.

E. R. J.



„Sie scheinen sich nicht darüber im klaren zu sein, wieviel Zeit man braucht, um Ihnen das Geld abzunehmen.“
Aus „The Guardian“, Sydney

Der DDR-Leidensweg der „FDJ-Agitorin“ Angela Merkel

„Falsch Zeugnis . . .“

Prof. Hans Heinz Holz schrieb im RF Nr. 60: „Die CDU ist keine andere geworden, weil die ehemalige FDJlerin Angela Merkel ihr vorsteht.“

Dazu möchte ich gerne einige Bemerkungen machen. Ich gehörte 1946/47 zur ersten FDJ-Generation, die, mit ewig knurrendem Nachkriegsmagen und faktisch in Lumpen gehüllt, daran ging, die Trümmer aus den Ruinen Berlins und den nazistischen Ungeist aus den Köpfen der Überlebenden zu beseitigen. Nur wenig später kämpften wir mit den bescheidenen Mitteln, die uns zur Verfügung standen, wie überall in Deutschland gegen die Spaltungs- und Wiederaufrüstungspolitik Adenauers, wofür wir in Westberlin von den Schlägerkommandos des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Stumm mit Gummiknüppeln verprügelt wurden. In Essen ermordete die Polizei den unvergessenen Philipp Müller.

Mal angenommen, Frau M. war tatsächlich Mitglied und, wie es heißt, sogar Funktionär für Agitation und Propaganda in der Freien Deutschen Jugend, dann kann es ja, von ihrem Geburtsjahr 1954 her, nur zu einem Zeitpunkt gewesen sein, zu dem die FDJ bereits „DDR-Staatsjugend“ und „Kampfpreserve der Partei“ war.

Wenn dem aber so ist, muß Frau M. im Marxismus-Leninismus besonders gut geschult gewesen sein. Wer sonst kam für eine Funktion in Frage, an der doch immerhin die Anleitung anderer Agitatoren und Propagandisten hing? Daher habe ich versucht, den Dingen auf den Grund zu gehen. Das ist ja in der Ära des Internets kein Problem mehr. Das dort präsentierte Material reicht aus, um sich ein etwas klareres Bild über Frau Dr. Merkel zu verschaffen.

Von ihr selbst erfährt man folgendes: „In Hamburg geboren, habe ich den größten Teil meiner Jugend in Templin (Brandenburg) verbracht. Zum Studium der Physik, das ich von 1973 bis 1978 absolvierte, zog ich nach Leipzig. Nach dessen Abschluß bin ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentralinstitut für Physikalische Chemie an der Akademie der Wissenschaften in Berlin tätig gewesen. Insbesondere die Quantenchemie war mein Forschungsfeld. Mit einer Arbeit zur Berechnung von Geschwindigkeitskonstanten von Reaktionen einfacher Kohlenwasserstoffe promovierte ich 1986 zum Dr. rer. nat.“, schildert Frau M. ihren Leidensweg in der DDR. „Ende 1981 bin ich dem Demokratischen Aufbruch beigetreten, dessen Pressesprecherin ich ab Februar 1990 war. Nach den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 wurde ich zur stellvertretenden Regierungssprecherin der Regierung ernannt. Im August 1990 erfolgte mein Beitritt zur CDU. Als Direktkandidatin im Dezember 1990 in den Bundestag gewählt, vertrate ich seitdem den wunderschönen Wahlkreis

15 (Stralsund, Nordvorpommern, Rügen). Darüber hinaus bin ich von 1991 bis 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend und von 1994 bis 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gewesen ... Im April 2000 wurde ich zur Vorsitzenden der CDU gewählt und im November 2002 für weitere zwei Jahre bestätigt. Am 24. September 2002 wählten mich die Abgeordneten von CDU und CSU überdies zur Vorsitzenden ihrer Bundestagsfraktion.“

Weitere Details erfährt man aus der Berliner Morgenpost vom 10. 5. 1998: „Die Ministerin hat ihren letzten Arbeitstag noch gut vor Augen. Am 1. Februar 1990 ließ sie sich für sechs Wochen vom Dienst befreien: ‚Mein damaliger Chef und ich wollten unbedingt in die Politik, und so machten wir uns zusammen auf die Suche nach einer Partei (!). Er blieb gleich bei der SPD hängen. Aber die haben so komische Lieder gesungen wie ‚Brüder zur Sonne, zur Freiheit‘.“

Sie suchte weiter. ‚Ich wollte aufbauen helfen. Beim Demokratischen Aufbruch (DA) standen drei unausgepackte Computerkisten, da packte ich an.‘ Ein eigentlich banaler Einstieg in die Politik, doch die ehrgeizige und mit einem sicheren Machtinstinkt ausgestattete Wissenschaftlerin hatte klare Ziele vor Augen: ‚Für mich waren nach der Wiedervereinigung sofort drei Dinge klar: Ich wollte in den Bundestag, eine schnelle deutsche Einheit und die soziale Marktwirtschaft ...“

Ein ehemaliger „Forscherkollege“, Herr Michael Schindhelm, wird in der Berliner Morgenpost vom 8. 3. 2000 folgendermaßen zitiert: „Gut kenne ich Angela Merkel nur aus einer anderen Zeit, den letzten fünf Jahren der sterbenden DDR, also nicht nur aus einer anderen Zeit, sondern auch aus einer anderen Welt. Wir waren gemeinsam

an der Akademie der Wissenschaften in Ostberlin in einer Abteilung tätig, die sich mit Theoretischer Chemie beschäftigte. Diese Chemie war in der Tat sehr theoretisch ... Die Chemie zwischen Angela und mir war sehr praktisch, sie hatte weniger mit Chemie, Physik und Mathematik zu tun, sondern eher damit, daß die Kollegin aus dem Nachbarbüro jeden Tag zweimal ein Tablett mit türkisch gebrühtem Kaffee auf meinem Schreibtisch abstellte, wir diese Welt aus Computerlistings, Lochkarten und Reviews beiseite legten und uns mit den fantastischen Entwicklungen im Perestroikaland beschäftigten ... Als ich 1983 diese Welt betrat, forschte Angela Merkel schon seit einigen Jahren unbekümmert vor sich hin. Sie hielt dann – im Gegensatz zu mir – bis zum Ende aus. In der Zeit der politischen Wende schloß sie sich einer Bürgerbewegung an, deren Oberhaupt Wolfgang Schnur bald seiner Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR wegen abtreten mußte. Er blieb nicht der einzige, dessen abruptes politisches Finale Angela Merkel Auftrieb verschaffte.“

Ebenfalls im Internet ist aus der Süddeutschen Zeitung vom 5. 1. 2000 über Frau Merkels Martyrium in der DDR zu erfahren: „Berlin-Adlershof 1984, die Akademie der Wissenschaften. Eine trostlose Baracke zwischen den Stacheldrahtzäunen des Wachregiments Feliks Dzierzynski und denen des Fernsehfunks. Eine junge Physikerin erscheint wie jeden Morgen um 7.15 Uhr, trinkt Kaffee, liest ‚Neues Deutschland‘, diskutiert mit dem Kollegen Schindhelm die Lage in der Sowjetunion, im eigenen traurigen Staat und drüben im Zauber-Gegenland ... Drüben hinter der Mauer war die andere Möglichkeit. Und in der DDR fühlte sie sich zu nichts verpflichtet, schließlich war Angelika Dorothea Merkel in Hamburg geboren. Schließlich hatte die Mutter sie als Baby nur in den Osten verschleppt, weil der Vater aus Brandenburg stammte und dort nach seinem Studium in Hamburg Pfarrer werden wollte ... Sie hat immer nur Westkleider angezogen. Sie wußte die Namen aller Kabinettsmitglieder in Westdeutschland auswendig. Und auch dieses rätselhaft unschuldige Pokergesicht der Angela Merkel, das im Fernsehen immer ein bißchen doof und arglos aussieht, muß sie sich schon als Kind zugelegt haben. Man durfte ja dem Lehrer auf keinen Fall erzählen, daß bei Pfarrers zu Hause Westfernsehen geschaut und auf Honecker geschimpft wurde, und auch nicht, was für Witze man kannte.“

So viel aus dem Internet.

Wenn Angela Merkel FDJ-Funktionärin gewesen sein sollte, stellt sich die Frage: Tat sie damals oder tut sie heute als Tochter aus Pfarrers Haus „falsch Zeugnis reden wider (ihren) deinen Nächsten“? (Martin Luther, Der kleine Katechismus)



Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen

Die Brücke von Varvarin

Zwischen Milenkovic u. a., die die jugoslawische Stadt Varvarin vertreten, und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen Rechtsstreit. Er wird unter dem Aktenzeichen 1 O 361/02 vor dem Landgericht Bonn ausgetragen. Infolge der Veröffentlichung der Stellungnahme der Bundesregierung vom 19. Dezember 2002 (junge Welt 8./9. 3. 2003) ist es möglich, deren Haltung zur NATO-Aggression und ihren Folgen zu überprüfen. Die Fakten sind bekannt. Die BRD hat von April bis Juni 1999 am völkerrechtswidrigen Überfall der NATO auf Jugoslawien teilgenommen. Am 30. Mai 1999 zerstörten NATO-Flugzeuge die Brücke in Varvarin und töteten Zivilisten. Vertreter der Opfer reichten eine Schadensersatzklage ein. Auf diese reagierten Bevollmächtigte der Bundesregierung. Aber wie?

1. Sie behaupten, „daß nach gefestigter Rechtssprechung deutscher und anderer Gerichte im Krieg entstandene Schäden nicht individuell entschädigt werden können“. Das bedeutet also nach „deutscher Rechtsauffassung“: Aggressoren können in fremden Ländern ungestraft töten und zerstören, aber die Opfer dürfen sich nicht beklagen oder obendrein noch Schadensersatz fordern.
2. Die Vertreter Varvarins werden beschuldigt, „verlogene Propaganda-Begründungen“ in Umlauf gebracht zu haben. Die Beklagten könnten es nicht hinnehmen, „daß 60 Jahre nach 1939“ deutsche Politiker (Schröder, Fischer und Scharping) als Kriegsanstifter und Verfassungsbrecher bezeichnet werden. Aus der Argumentation der Bevollmächtigten der Bundesregierung folgt: Nicht die NATO-Aggressoren erfanden „verlogene Propaganda-Begründungen“ zur

Rechtfertigung ihrer Kriegsverbrechen, sondern die Opfer von Varvarin, die sich beklagen.

3. Die Vertreter der attackierten Stadt stellten fest, daß die „Zerstörung der Brücke von Varvarin ebenso wie andere Luftoperationen“ Kriegshandlungen gewesen sind, die zivile Objekte vernichteten und Zivilisten töteten. Die Fakten konnten von jedermann geprüft werden. (Zum Zeitpunkt, da ich diesen Text schreibe, gibt es eine Fotoausstellung im Sächsischen Landtag.) Die Vertreter der Bundesregierung behaupten indes: Die Bombardements waren keine völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen, die unschuldige Opfer forderten, sondern „der NATO-Einsatz (erfolgte) zur Abwendung einer drohenden humanitären Katastrophe“. (Zur Logik dieser Argumentation: Wer Verbrechen begeht, verhindert damit potentielle Verbrechen.)
4. Die Vertreter der Bundesregierung bestreiten zivile Opfer nicht: „So beklagenswert jedes zivile Opfer auch ist: der Umstand, daß es nur in 0,4 bis maximal 0,9 % der Einsatzfälle zu zivilen Opfern kam, belegt, daß die NATO alles ihr Mögliche getan hat, um bei ihren völkerrechtskonformen Operationen zivile Opfer zu vermeiden.“ (Bundespräsident Roman Herzog nannte so etwas am 13. Februar 1995 in Dresden die „Ziffersprache des Ungeheuerlichen“.) Merke: Für Bevollmächtigte der Bundesregierung haben die Opfer der Aggression nicht Namen und Gesicht (im Talmud heißt es: Wer einen Menschen zerstört, zerstört eine Welt), sondern sind Prozentzahlen, die nicht beunruhigen. Eine Zahl von unter einem Prozent

scheint bei „völkerrechtskonformen Operationen“ für Juristen der Regierung akzeptabel zu sein.

5. Die Flugzeuge der Bundeswehr waren, wie die Bevollmächtigten der Regierung versichern, nicht am Abwurf der Bomben beteiligt, sondern mit „der Luftaufklärung einerseits und dem Begleitschutz andererseits“ beschäftigt. Außerdem gilt in der NATO der „Grundsatz des sogenannten need to know“, weshalb einer nicht weiß, was der andere tut. Die beteiligten deutschen Flieger konnten und durften gar nicht wissen, was ihre NATO-Freunde gerade anstellten. Das ist, wie sich zeigt, äußerst praktisch.

Die Vertreter der Bundesregierung erinnern außerdem an den Grundsatz, „wonach kein Staat über ein anderes souveränes Völkerrechtssubjekt zu Gericht sitzen darf“. Denken wir nur an die Behandlung Iraks!

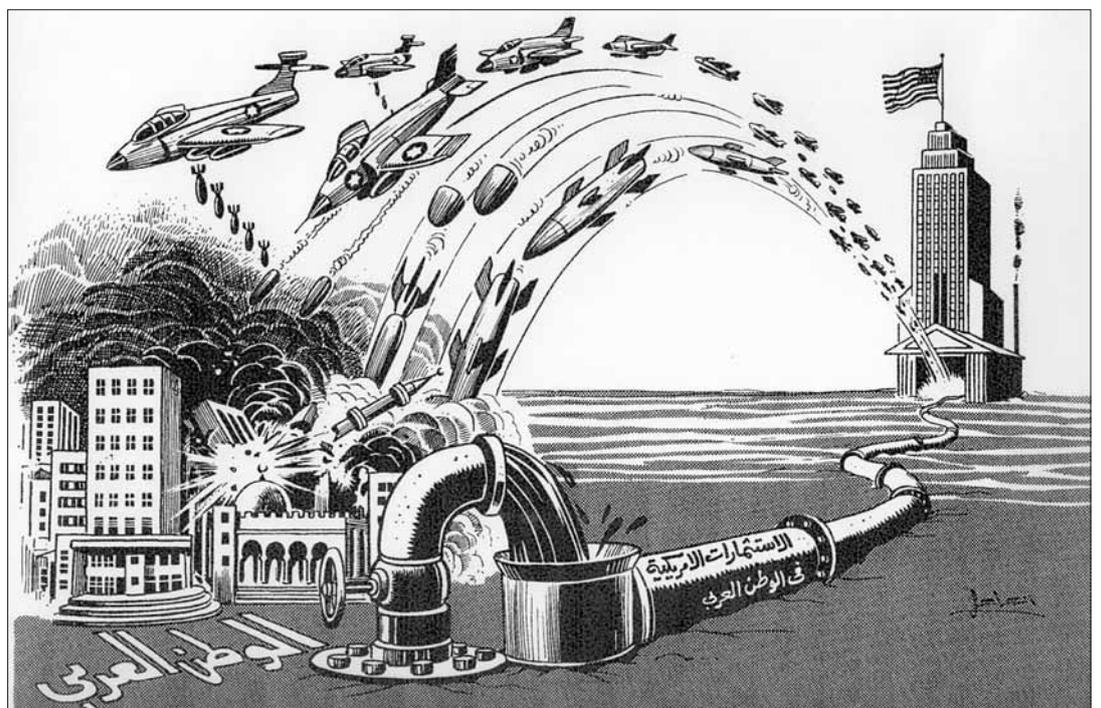
Der Leser darf also folgern: Das Rechtsprinzip „Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen“ oder „Der Fehler ist so schlimm wie der Stehler“ gilt für die deutsche Beteiligung an verbrecherischen NATO-Kriegen nicht.

Nicht wenige große Geister haben sich zum Mißbrauch des Rechts im Dienste einer kriminellen Politik geäußert. Ich gebe John Locke das letzte Wort: „... derjenige, welcher die bekannten natürlichen Maßstäbe für Recht und Unrecht durcheinanderwirft, kann nur als der ausgesprochene Feind des Friedens und des Glücks der Menschheit angesehen werden.“ (Über den menschlichen Verstand, Bd. 1, Berlin 1968, S. 63)

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Wie Washington gegen Massenvernichtungswaffen kämpft

Grafik:
Mohammed Az-Zawawi
At-Terhuni (Libyen)



Wie die Bundesrepublik das berüchtigte „Blitzgesetz“ einführt

Gesinnungsstrafrecht

Zu den ersten Strafgesetzen der Bundesrepublik gehörte das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. 8. 1951. Mit ihm wurden neue Staatsschutzbestimmungen geschaffen, nachdem die alten faschistischen durch den Alliierten Kontrollrat aufgehoben worden waren. Dieses in aller Eile durchgepeitschte Gesetz wurde in der Folgezeit unter der Bezeichnung „Blitzgesetz“ bekannt. Erklärtermaßen war es aus „Angst vor den Russen“ gegen Kommunisten und mit ihnen Sympathisierende gerichtet. Auf seiner Grundlage wurden in der Zeit von 1951 bis 1968 insgesamt 138 000 Ermittlungsverfahren wegen im „Blitzgesetz“ aufgelisteter Straftaten eingeleitet. Nahezu 7000 endeten mit Verurteilungen, wobei z. T. ganz erhebliche Freiheitsstrafen verhängt wurden. An der Ausarbeitung des Gesetzes hatte der hierfür zuständige Ministerialrat im Bundesjustizministerium Dr. Josef Schafheutle entscheidenden Anteil. Vor 1945 war er im nazistischen Reichsjustizministerium auf dem Gebiet des politischen Strafrechts tätig gewesen. Seine Erkenntnisse und Erfahrungen aus der NS-Gesetzgebungsarbeit dürften daher beim „Blitzgesetz“ zum Tragen gekommen sein.



Es ist allgemein gut bekannt und wird auch nicht bestritten, daß mehr als 80 % der in Westdeutschland nach 1945 tätig gewesenen Richter und Staatsanwälte bereits unter Hitler im Justizdienst gestanden hatten. Dabei handelte es sich häufig um ausgesprochene Verfechter der Nazi-Ideologie und Beteiligte an NS-Verbrechen. So war der Vorsitzende der für Staatsschutzsachen zuständigen Strafkammer des Landgerichts Lüneburg, Dr. Konrad Lenski, vor 1945 nicht nur Mitglied der NSDAP, sondern auch als Anklagevertreter beim Reichsgericht an zahlreichen Todesurteilen gegen Widerstandskämpfer und Deserteure beteiligt gewesen. Auch Karl-Heinz Ottersbach, seit 1950 Staatsanwalt in Lüneburg und insbesondere Anklagevertreter in Staatsschutzsachen, war beim Sondergericht in Kattowitz in zahlreiche Todesurteile gegen polnische Angeklagte verstrickt.

Der Sozialdemokrat Prof. Dr. Adolf Arndt bezeichnete das „Blitzgesetz“ als ein „Schlangenei“. Andere namhafte Juristen hielten diese Gesetzgebung und die darauf beruhende Praxis ebenfalls für mit dem Rechtsstaat nicht vereinbar. Das „Blitzgesetz“ war, wie der Justizminister des Landes Niedersachsen, Prof. Dr. Christian Pfeiffer, am 13. Februar 2003 erklärte, „letztlich ein Gesinnungsstrafrecht“.

Auch Frau Prof. Dr. Limbach, langjährige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, hatte es bereits am 15. Dezember 1993 als „ein politisches Strafrecht mit weitgefaßten Tatbeständen“ charakterisiert. „Mit der subjektivierten Struktur der Staatsgefährdungsdelikte ... öffnete man ein Einfallstor für richterliche Gesinnungsforschung.“ Im übrigen habe gerade der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs, also das höchste Staatsschutzgericht der Bundesrepublik, diese Normen extensiv ausgelegt. Letztlich lief alles darauf hinaus, wie Alexander von Brüneck in seiner Studie über diese Strafverfolgungspraxis erkannte: „Wer sich als Kommunist betätigte, konnte

bestraft werden“ – ganz gleich, was er getan hatte, also auch, wenn er, etwa durch Meinungsäußerung, sich so verhielt, wie zahlreiche andere Bürger auch.

Ein charakteristischer Zug des „Blitzgesetzes“ bestand in der Einführung einer völlig neuen Kategorie von Staatsverbrechen bzw. Staatsschutzdelikten, nämlich der Staatsgefährdung. Damit sollte der „gewaltlose“, „schleichende“ Hochverrat bekämpft werden. Durch betreffende Straftatbestände, insbesondere auf die „böse Absicht“ des Betroffenen abstellend, wurde zu einem Staatsverbrechen gemacht, was sonst entweder straflos oder eine gewöhnliche andere Straftat war. Die unterstellte „böse Absicht“ aber kann, wie ich später als Strafverteidiger vor bundesdeutschen Gerichten noch viel krasser unmittelbar erlebte, der Richter nach seinem Vorverständnis konstruieren, d. h. erfinden.

Fast noch wichtiger als die neuen Strafbestimmungen war die Einführung faktischer Sondergerichte für solche politischen Straftaten durch einen neuen § 74 a des Gerichtsverfassungsgesetzes. In jedem Bundesland wurden besondere Staatsschutzkammern geschaffen, insgesamt 17. Hinzu kam ein Sondersenat des Bundesgerichtshofs, der in erster und letzter Instanz entschied. Das war damals der 3. Strafsenat. Rechtsmittel gegen seine erstinstanzlichen Entscheidungen waren ausgeschlossen. In diesen Strafkammern wurden aus all den ohnehin aus der NS-Zeit übernommenen Juristen noch ganz besonders zuverlässige Richter ausgewählt.

Dies war die Vorgeschichte für die massenhafte Strafverfolgung von Gegnern der Adenauer-Politik, von Friedenskämpfern, aufrechten Demokraten und Kommunisten, ihnen politisch Nahestehenden und solchen Personen, die für Kommunisten oder deren Sympathisanten gehalten wurden. Man verurteilte sogar westdeutsche Frauen, die im Rahmen der Aktion „Frohe Ferien für frohe Kinder“ in den 50er Jahren Arbeiterkindern aus der Bundesrepublik die Möglichkeit eines Erholungsaufenthalts in der DDR vermittelt hatten.

Soweit Kommunisten bereits von Nazi-Gerichten bestraft worden waren, zählten sie nun vor der Justiz der Bundesrepublik als „unbelehrbare Wiederholungstäter“. Das Strafmaß war entsprechend verschärft. Im Einzelfall kam es übrigens vor, daß der kommunistische Angeklagte den selben Richter erlebte, der ihn bereits unter Hitler, mit dem Hakenkreuz auf der Robe, verurteilt hatte.

Diese „Hexenprozesse“, so Müller-Meinigen in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 22. November 1993, erwiesen sich als Vorbereitung für das spätere Verbot der kommunistischen Partei Deutschlands durch das Bundesverfassungsgericht.

Prof. Dr. Erich Buchholz

Arno Fleischer diffamiert
Weil er bei einer Ausstellung im niedersächsischen Hötter u. a. auch seinen berühmten Gorki-Linolschnitt gezeigt hatte, wurde unser Mitarbeiter Arno Fleischer von der dortigen Lokalpresse als „übler Kommunist“ beschimpft.

Zur Verfolgung von Nazi-Verbrechern in beiden deutschen Staaten

Schwierigkeiten mit der Wahrheit? (2 und Schluß)

Als der niederländische Professor für Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Amsterdam, Christian Frederik Rüter, als federführender Autor und Herausgeber seine Dokumentation „DDR-Justiz und NS-Verbrechen“ am 25. 10. 2002 in einem von der Stiftung Topographie des Terrors veranstalteten Fachgespräch mit leidenschaftlichem Engagement der Öffentlichkeit vorstellte, hatte ich Gelegenheit, daran teilzunehmen.

Eine offizielle Einladung zu einer solchen Veranstaltung ist heutzutage für einen ehemaligen Mitarbeiter des MfS der DDR wohl eher eine bemerkenswerte Ausnahme. Gehört unsereins doch sonst zu dem Personenkreis, der ungeniert und in aller Öffentlichkeit pauschal als „Täter“ im „SED-Unrechtsstaat“ abqualifiziert und diffamiert werden darf, ohne daß dies als sittenwidrig oder gar rechtsstaatswidrig gilt.

Es wird wohl so manchen wie eine schallende Ohrfeige getroffen haben, als Prof. Rüter gleich zu Beginn seiner Darlegungen ausführte, er sei mit dieser Edition nicht angetreten, um die DDR zu rechtfertigen, aber auch nicht, um sie zu verteufeln. Er sei auf der Suche nach der Wahrheit, und die sei nun einmal, daß die Justiz im Osten Nazi- und Kriegsverbrecher erfolgreicher und konsequenter verfolgte und verurteilte, als dies im Westen der Fall war.

Und „wie die Faust aufs Auge“ paßte wohl auch in bezug auf dummdreiste Unterstellungen, daß in der DDR und vor allem durch die „Stasi“ Hunderte von schwerstbelasteten Nazi- und Kriegsverbrechern gedeckt und vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt worden seien, seine Einschätzung, daß nichts davon bewiesen werden könne. Im Gegenteil: „Das, was man der ‚Stasi‘ ohne Beleg vorwirft, passierte im Westen: Ganze Tätergruppen wurden der gerichtlichen Bestrafung entzogen.“

Aus eigener Kenntnis und Praxis kann ich bekunden, daß eine nicht unerhebliche Zahl in der DDR ergangener Urteile zu sogenannten NS-Verbrechen auch und vor allem Resultat der von Mitarbeitern im Untersuchungsorgan und in operativen Dienststeinheiten des MfS geleisteten Arbeit waren. Von der Fahndung nach bis dahin unerkannten Tätern bis zum zweifelsfreien Nachweis des individuellen Tatbeitrages mußte auf der Grundlage des in der DDR geltenden Rechts – übrigens unter Bezug auf gültiges Völkerrecht – engagiert und akribisch gearbeitet werden.

Staatsanwältin Ursula Solf, die nach der sogenannten Wende im Auftrage der „Ludwigsburger Zentrale“ über mehrere Jahre mit der systematischen Auswertung von Untersuchungsvorgängen und anderen Unterlagen des MfS zu Altnazis und Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit befaßt war, kam in ihrem Vortrag über die Ermittlungstätigkeit des

MfS in NS-Verfahren am 25. 10. 2002 zu dem Schluß, „... daß das Ministerium für Staatssicherheit gründlich wie eine Kriminalpolizei die Täter und die Straftaten ermittelt hat ...“. Eine gesetzlich unzulässige Beeinflussung von Beschuldigten habe sie nicht feststellen können.

Auch wenn sich das MfS bei seinen Ermittlungen „geheimdienstlicher Methoden“ bedienen konnte, so legte Frau Solf dazu weiter dar, müsse das nicht zwangsläufig nachteilig gewesen sein, um zentral zusammenzutragen, was über und gegen die betreffende Person an erreichbaren Beweismitteln in be- und entlastender Hinsicht vorlag.

Nochmals zurück zu den im ersten Teil des Artikels (RF 62) zitierten Zahlen:

Bei den vom Justizminister Sachsen-Anhalts, Herrn Becker, genannten etwa 102000 Ermittlungsverfahren im Westen dürfte es sich wohl eher um sogenannte Vorermittlungsverfahren der „Zentralen Stelle“ in Ludwigsburg handeln, die quasi eine Vorstufe zur Prüfung von Anzeigen und Anfangsverdacht waren, aber eben keine Ermittlungsverfahren im strafprozessualen Sinne.

Gewiß haben Staatsanwälte und Mitarbeiter dort ebenso fleißig, engagiert und umsichtig gearbeitet, um NS-Verbrechen aufzuklären und Täter vor Gericht zu bringen, wie ich das für meine ehemaligen Mitarbeiter und für mich persönlich reklamiere. Auch ihnen soll zugebilligt werden, was Dr. Günther Wieland (ehemaliger Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR) zur Vorstellung der Dokumentation von Prof. Rüter schrieb: „Wessen ernste Profession die Aufklärung von Nazi-Verbrechen ist, wer deren oft qualvoll geprüften Opfern begegnete, bleibt davon lebenslang geprägt. Der empfindet es nicht nur als berufliche, sondern auch als ethische Pflicht, zur gerechten Ahndung dieser Kriminalität beizutragen.“

Auf einem ganz anderen Blatt steht aber, wie die für die Einleitung von Strafverfahren zuständigen Staatsanwaltschaften und die Gerichte in der BRD auf die Vorermittlungen aus Ludwigsburg mit

einer massenhaften Einstellungspraxis – teilweise mit skandalösen Begründungen, die internationale Proteste auslösten – reagierten. Es zeugt wohl nicht gerade von einem sonderlich ausgeprägten Strafverfolgungswillen, wenn nicht einmal 6 % der Ermittlungsvorgänge zu Strafverfahren und Urteilen führten. Das dürfte wohl auch daran gelegen haben, daß politische und gesellschaftliche Bestrebungen in der alten BRD mehr an den Bedürfnissen der Täter und Mitläufer als am Völkerrecht, an Rechtsstaatlichkeit und den Belangen der Opfer orientiert waren.

Nachdem selbst der Bundesgerichtshof um ein Eingeständnis von Versäumnissen und Fehlverhalten bei der Verfolgung von NS-Verbrechen in der alten Bundesrepublik nicht umhinkam, wurde als eine der Schlußfolgerungen daraus abgeleitet, daß sich dies bei der „Aufarbeitung“ von „DDR-Unrecht“ nicht wiederholen dürfe. Die Strafverfolgungspraxis gegen ehemalige DDR-Bürger läßt durchaus ein solches „Bemühen“ erkennen.

Wer sich die zu NS-Strafsachen in der DDR nach 1989/90 eingereichten Rehabilitierungsanträge und die dazu durch bundesdeutsche Gerichte nach „Prüfung auf Rechtsstaatswidrigkeit“ ergangenen Entscheide etwas näher ansieht (sie sind bei Prof. Rüter zusammen mit den DDR-Urteilen im Wortlaut veröffentlicht), wird feststellen müssen, daß von einer generell angenommenen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit zumindest nicht viel übrigbleibt. So stellten z. B. aus den seit 1960 durchgeführten 89 Verfahren mit insgesamt 113 Angeklagten in den zurückliegenden Jahren 17 Verurteilte einen Antrag auf Kassation bzw. Rehabilitierung. Dazu sind folgende Entscheidungen bekannt: Elf Anträge wurden zurückgewiesen, zwei Verurteilungen für „teilweise rechtsstaatswidrig“ erklärt (allerdings unter Aufrechterhaltung der im DDR-Urteil ausgesprochen jeweils lebenslänglichen Freiheitsstrafe), in zwei Fällen wurden nur die Schuldsprüche wegen auch nach 1945 begangener Straftaten als rechtsstaatswidrig gesehen, einmal erfolgte die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliche Freiheitsstrafe und nur im Falle des ehemaligen Bundesministers Theodor Oberländer ist die Verurteilung – ohne sich mit dem erhobenen Schuldvorwurf auseinanderzusetzen – aufgehoben worden, weil das Verfahren gegen ihn in Abwesenheit durchgeführt wurde.

Wer der Wahrheit wirklich auf den Grund gehen will, wer an einem an Tatsachen orientierten wahrhaftigen Vergleich der Rechtslage und Spruchpraxis zur strafrechtlichen Verfolgung von Naziverbrechen in den beiden deutschen Staaten sucht, dem kann nur empfohlen werden, was Prof. Rüter so nachhaltig anmahnte: „Lesen Sie erst, ehe Sie urteilen!“

Oberstleutnant a. D. Dieter Skiba

Gratulation!



Der „RotFuchs“ übermittelt den Jubilaren
Prof. Dr. Heinz Wachowitz (75), Berlin,
Karl Grandissa (70), Freiberg, und
Ingo Höhmann (50), Zarentin,

herzliche Glückwünsche zu ihren Geburtstagen.

Diese finden am **20. Mai 2003**, am **3. Mai 2003** und am **24. April 2003** statt.

Allen drei Genossen mögen maximale Gesundheit, Lebensmut und Kraft für den gemeinsamen Kampf beschieden sein. ■ ■ ■

Die FüÙe auf dem Boden, den Kopf in den Büchern

Als Bauer in der DDR (5)

Im Jahre 1961 – ich hatte Schwierigkeiten mit dem damaligen LPG-Vorsitzenden, aber er vielleicht auch mit mir – wollte ich in einen anderen Bereich ausweichen. Die Tierzuchtinspektion suchte Besamungstechniker, die gleichzeitig die Herde ihrer LPG intensiv mitbetreuten. Die LPG war einverstanden, daß ich diese Aufgabe übernehmen sollte. Die praktische Ausbildung machte mir Spaß. Als ich unserem Tierarzt, Dr. Fischer, eines Tages stolz berichten konnte: „Diese sieben Kühe sind durch meine Besamung tragend geworden“, meinte er: „Das ist ja gerade so, als wenn man seinen ersten Bock geschossen hat.“

In einem der entlegensten Winkel des Kreises Sebnitz, im Hinterhermsdorfer Räumicht, lernte ich den Bauern Dreßler kennen. Er war ein Original. Zu dieser Zeit beteiligte er sich an einem Facharbeiterlehrgang für Rinderzüchter in Pillnitz. In seinem Dorf versah er auch das Amt des Totengräbers und wurde deshalb während des Lehrgangs einmal ans Telefon gerufen. Als er wieder in das Klassenzimmer trat, teilte er dem Lehrgangsleiter in bestem Hinterhermsdorfer Deutsch mit: „Bei uns hoat enoar 'n Löffel oabgegham, ich muß sufurt heemfoahrn.“ Sprach's, packte seine Sachen und unterbrach den Lehrgang für zwei Tage. Was sollte er machen, auch ein Toter muß zu seinem Recht kommen. 20 Jahre später hatte ich wieder mit Dreßler zu tun. Er war nun Mitglied der LPG Lichtenhain und auch dort wieder Totengräber. Als wir einen Kollegen auf dem Lichtenhainer Friedhof beerdigt hatten und diesen verließen, stand unser Dreßler am Tor und sagte zu jedem: „Bleib ni su lange.“

Eines Sonntags fütterte ich in einem Altdorfer Stall Jungrinder, als ich aus dem nahen Kuhstall eine laute Männerstimme Kirchenlieder singen hörte. Ich ging den Lauten nach, und siehe da, es war Dreßler, der beim Melken voller Inbrunst sang. Übrigens nicht zum Nachteil der LPG. Wissenschaftliche Versuche hatten inzwischen ergeben, daß Musik beim Melken den Milchfluß befördert.

Meine Tätigkeit als Besamungstechniker endete bald. Der LPG-Vorsitzende stellte mich vor vollendete Tatsachen: „Du sollst wieder zurückkommen und den Produktionsleiter machen. Wenn nicht, lege ich meinen Posten nieder.“ Was sollte ich tun? Ich war doch auch Parteisekretär. Wieder einmal fiel die Verantwortung auf mich zurück. Ein Mitarbeiter der Kreisleitung hielt mit seiner Meinung über mich nicht hinterm Berg: „Bei Deiner Einstellung bist Du dessen gar nicht würdig.“ Seiner Ansicht nach sagte ich zu oft und zu laut meine Meinung.

Nun häuften sich für mich wieder die Aufgaben und Sorgen. Oft hatte ich Streit mit dem MTS-Brigadier. Er verstand etwas von Traktoren, aber nichts von

Pflanzenbau und Tierzucht. Die „Schmal-spurausbildung“ der Leiter machte sich bemerkbar.

Die Herden hatten sich vergrößert, aber die Qualifikation der Viehpfleger war nicht besser geworden. Wie oft mußte Ilse in letzter Not einspringen. Ich verlangte sehr viel von ihr. Als über Weihnachten urplötzlich zwei Melker ausfielen, mußte mir unser Roland, der noch zur Schule ging, helfen. Es gab Zeiten, in denen ich mir wünschte, krank zu sein.

Jahrelang hatten wir gegen die Futternappheit zu kämpfen. Schuld daran war der hohe Getreide-Staatsplan, der den Futterbedarf des Viehs nicht berücksichtigte. Hätte ich nicht die Erkenntnisse der „naturgemäÙen Tierhaltung“ genutzt und die Rinder manchmal bis in den Januar hinein auf der „Waldweide“ gehalten, hätten wir sie nicht durch den Winter gebracht. Unwissende zeigten mich deshalb bei der Polizei an. Angeblich sei ich ein Tierquäler. Trotzdem wuchs unser Bestand an eingetragenen Herdbuchkühen planmäßig. Sie waren mein ganzer Stolz.

Nach dem Abschluß des Fachschulstudiums wurde ich gebeten, vor Bürgermeister einen Vortrag zu aktuellen Fragen der Landwirtschaft zu halten. Das blieb nicht ohne Folgen: Beim Rat des Kreises suchten sie Kader. Die Kaderleiterin nahm mich ins Gebet. Ich solle Bürgermeister werden. Ich wollte aber nicht. „Genosse, warum lehnst Du ab?“ „Wenn ich das mache, muß ich mit den Hunden heulen.“ „Ach so ist das!“ Ich hörte nichts mehr von ihr. Dann machte mir der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises Sebnitz für Landwirtschaft das Angebot, Abteilungsleiter zu werden. Das konnte mich auch nicht reizen. Ich war ein Mann der Praxis.

Der züchterischen Arbeit – auch in unserer Hauswirtschaft – galt mein besonderes Interesse. Nach dem Statut durfte jede Familie eine Kuh mit Nachwuchs halten. Große Freude hatten wir an unserer Rike. Abgesehen von zwei kleinen schwarzen Flecken an Kopf und Schwanzansatz war sie ganz weiß. Ihre Spitzenleistung lag bei 6880 l Milch im Jahr. Das war enorm. Besonders gute Erlöse ließen sich durch die Aufzucht eines Bullen- oder Kuhkalbes erzielen. Wir hatten von unserer Rike eine Färsе aufgezogen. Sie war jetzt tragend. Der Verkauf in Dresden-Reik verzögerte sich wegen Seuchengefahr. Die Färsе kalbte noch bei uns ab und entwickelte ein prächtiges Euter.

Am Tag des Viehmarktes war immer viel los. Jeder Verkäufer lief mit dem mit viel Mühe und Fleiß vorbereiteten Tier auf dem Schaugelände vor den Tribünen seine Runde. Auch ich mit der Färsе. Ich wußte, daß mein Rike-Nachwuchs in den Augen des Tierzuchtleiters Dr. Dillner einen entscheidenden „Fehler“ hatte: Sie war vollkommen weiß. Als ich an Dillner vorbeiging sagte er, der die Tiere bewertete,

leise zu mir: „Aber Herr Döring, ganz weiß?“ Ich war um die Antwort nicht verlegen: „Herr Doktor, die Milch ist auch weiß, und meine Kuh gibt davon 20 Liter.“ Das verblüffte ihn. Er trat ans Mikrophon: „Das Tier soll 20 Liter geben. Das ist möglich, denn Vater und Mutter bringen bereits vorzügliche Leistungen.“ Meine Rechnung ging auf. Ich brauchte um Käufer nicht zu bangen und konnte mit einem schönen Erlös heimfahren.

Die Getreideernte 1960 wurde durch sehr ungünstiges Wetter beeinträchtigt. Die Staatsorgane setzten zeitweilig Verantwortliche für die Ernte ein. Bei uns war das der Abteilungsleiter Landwirtschaft vom Rat des Kreises, Siegfried Köhler. Er gab sich redlich Mühe. Das Wetter vermochte er aber nicht zu ändern, und auch die Kollegen von der MTS waren machtlos. Weil sie den Mähdrusch nicht schafften, ordnete Siegfried Köhler an, auf dem Feld eine Miete aus Roggenarben anzulegen. Wir hatten damit jedoch keine Erfahrung. Als die Arben im nächsten Frühjahr gedroschen wurden, waren sie zum größten Teil ausgewachsen.

In jenen Jahren waren wir sogar Arzneimittelproduzenten. Die Roggenähren wurden mit Mutterkornsporen geimpft. Getrocknet verwendete man sie in der Frauen- und Nervenheilkunde. Der Mutterkornanbau wurde gut bezahlt, und wir halfen der DDR, Devisen einzusparen. Zur Erntezeit war das ein schönes Bild! Die Frauen gingen durch das wogende Kornfeld und pflückten das Mutterkorn von den Ähren.

Freizeit und kulturelle Erlebnisse gab es damals selten. Der Bau des zweiten Offenstalles erforderte alle Kräfte. Es mangelte noch immer an schwerer Technik. Selbst bei Schnee ernteten wir Kartoffeln und Rüben. Freiwillige Helfer wie der Sebnitzer Lehrer Hase waren sehr willkommen. Er fuhr mehrere Sommer auf dem Mähbinder. Ebenso wie der ehemalige Buchenwaldhäftling Walter Schurz aus Lohsdorf. Willy Gierrh baute Futterkrippen in einer ehemaligen Scheune ein. Wenn ihm vor dem Feierabend der Zement ausgegangen war, nahm er sein Fahrrad. Zwischen dem Rahmen hatte er ein Brett montiert. So schaffte er den Sack Zement heran.

Die Philosophen stellten Betrachtungen über „den neuen sozialistischen Menschen“ an. Hier hätten sie ihn bei der Arbeit studieren können.

Werner Döring, Hohnstein

Neues „RotFuchs“-Inhaltsverzeichnis

Wir bieten an: ein Verzeichnis aller in den ersten 60 Nummern des „RotFuchses“ erschienenen Artikel mit einem Namensregister der Autoren und einer bisher nur auf unserer Internet-Seite verfügbaren Liste aktueller empfehlenswerter Bücher, Filme und CDs. Das 68 Seiten starke Heft kann gegen Kostenerstattung von 3 € beim Vertrieb bestellt werden (Telefon 030/6545634).

Von der Staatsbahn zur Privatbahn

Mehdorns Peitsche

„Wenn man die Staatsbahn auslöscht, dann fließt Blut. Aber es wird auch gutes Fleisch auf den Markt gelangen. Alle werden es vermutlich darauf anlegen, dieses gute Fleisch billig in die Hände zu bekommen.“ (Eisenbahnpräsident Isozaki anlässlich der Privatisierung der Japan National Railways)

Auch in Deutschland ist die „Bahnreform“ eine Gewalttat des Kapitals, eine Vernichtungsmaschine, die auf vollen Touren läuft. Ihr erster Maschinist war Heinz Dürr, ihr wahrscheinlich letzter ist Hartmut Mehdorn. Ein Kapitalist vom Typ Marke „Eisenbieger“, wie eine Wochenzeitung schrieb; ein „pffiffiges Kerlchen“, wie er sich selbst sieht. Niemand wird daher verwundert sein, wenn Eisenbahner Widerstand leisten. Nur in der Opposition gegen die ganze jetzige Lebenslage können sie ihre Interessen verwirklichen.

Doch die Gewerkschaften als potentielle Sammelpunkte dieses Widerstands bekämpfen nicht einmal angemessen die Folgen der Bahnprivatisierung. Das Bewußtsein ihrer Führungen bleibt hinter dem Sein der „Deutsche Bahn-Abwicklungsgesellschaft“ zurück. Längst ad acta gelegt ist der Gedanke von Karl Marx, daß die Gewerkschaften Schulen für den Sozialismus seien, weil den Arbeitern da tagtäglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird.

Mit dem Börsengang der DB AG werden die Eisenbahner zur beliebigen Manövriermasse des Rotstiftes gemacht. Streckenstilllegungen, Betriebs- und Standortschließungen betreffen nicht nur die Kunden der Bahn, die Hauptlast haben die Beschäftigten zu tragen, durch: Lohndumping, Personalabbau, Stellenstreichung, anwachsende Überstunden für den seit 1990 halbierten Mitarbeiterbestand, erhöhte Haftungsrisiken für die Eisenbahner, sechs Tage arbeiten – einen Tag frei, Ausreizen der tariflichen Ausnahmeregelungen zur Schichtlänge für das Transportpersonal von 14 Stunden und mehr, Verkürzung der Ruhezeiten (auch durch lange Anmarschwege, hohe Ausbleibezeit). Dies alles führt zu nervlicher Überbelastung, erhöhtem Krankenstand und Zerrüttung der Familien. Das innerbetriebliche Klima wird bestimmt von Unsicherheit in der Betriebsführung sowie im Verkauf, autoritärem Führungspersonal, Wartungsrückständen, Ersatzteilproblemen und Ignoranz gegenüber hochqualifizierten Mitarbeiteranschlägen.

Die bewußte Unterschreitung bzw. der Abbau bereits erkämpfter sozialer Standards sowie die Ausweitung der Leiharbeit insbesondere durch die Tochter der DB AG „DB Arbeit“ drängen die Lohnabhängigen zurück in einen Zustand der Leibeigenschaft. Alles keine Neuheiten. Aber nur vom höchsten Stockwerk der Frankfurter

Bahnzentrale sehen die Eisenbahner wie gefügte Untertanen aus. Erführen sie die ganze Wahrheit, machten sie ihrer Wut möglicherweise Luft. Darauf reagieren die Gewerkschaftsführungen sehr unterschiedlich, je nach Stärke des Drucks der Gewerkschaftsmitglieder. Es hat in der Vergangenheit Demonstrationen, Mahnwachen, Streiks und Warnstreiks gegeben, es gibt ein „Beschäftigungsbündnis“, das betriebsbedingte Kündigungen vorerst untersagt.

Der neue Ergänzungstarifvertrag für die DB Regio (Bahn-Tochter für den Personennahverkehr) bringt für die rund 9000 Lokführer und 5000 „Kundenbetreuer im Nahverkehr“ bzw. Zugbegleiter in diesem Bereich erhebliche Verschlechterungen. Ihnen wird Zeit und Geld geraubt. 1. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werden um 25 % gekürzt. Wer mehr will, muß bestimmte „Leistungskriterien“ erfüllen. 2. Tätigkeitsunterbrechung innerhalb der Schicht (Zeit zwischen zwei Zügen) wird nur noch in den ersten zehn Minuten zu 100 %, ansonsten zu 50 % auf die Arbeitszeit angerechnet. 3. Die Fort- und Weiterbildung soll künftig jährlich an drei Tagen erfolgen, die nicht mehr – wie bisher üblich – auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Der Zusatzurlaub für Mitarbeiter im Schicht- und Wechseldienst – bisher bis zu fünf Tagen jährlich – wird auf zwei Tage reduziert. 4. Je nach Schichtplan müssen die betroffenen Lokführer und Zugbegleiter 10 bis 16 zusätzliche Schichten im Jahr arbeiten, und sie verlieren an Einkünften in der Größenordnung von bis zu einem Monatseinkommen jährlich.

Aus der Sicht des Unternehmens handelt es sich um Vereinbarungen zur „Optimierung der Arbeitszeiten“ oder wie Mehdorn in einem Mitarbeiterbrief vom 12. Dezember 2002 schrieb, „durch zumutbaren Freizeitverzicht zu mehr Produktivität zu kommen“.

Dr. Norbert Benschel – Personalvorstand der DB AG – unternahm es in seiner zynisch-kreidefressenden Art, den „Machern“ der Bahn den Horrortarif zu erläutern. So geschehen in Nr. 12/2002 der Zeitschrift „update“, Information für Führungskräfte der Deutschen Bahn. Die Personalkosten sollen gesenkt werden, damit man „wettbewerbsfähig“ bleibe. Lohndumping sei die Voraussetzung für die Angleichung der Ost- und Westlöhne. Beabsichtigt sei die „regionale und branchenspezifische Ausgestaltung der Einkommen“. Also die Abschaffung des Flächentarifvertrages. Über die Höhe des Lohnes bestimmen die „individuelle Leistung und der Unternehmenserfolg“.

Bei der DB AG (214 000 Beschäftigte) streiten drei Gewerkschaften um die Macht. Die bislang größte ist TRANSNET (ehemals Gewerkschaft der Eisenbahner Deutsch-

lands – GdED). Sie war Gründungsmitglied und eine der stärksten Einzelgewerkschaften des DGB. In ihr organisierten sich 1998 noch etwa 80 % der Eisenbahner. Es folgt die Verkehrsgewerkschaft DGBA, die 1948 als „Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamter und Anwärter“ gegründet wurde. Über eine internationale Organisationsstruktur verfügt die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL). Sie wurde 1867 gegründet und sieht sich als die älteste deutsche Gewerkschaft. Während der Nazi-Diktatur wurde sie von den Faschisten aufgelöst. 1946/47 bildete sie sich neu.

Von diesen Gewerkschaften hat nur die heutige TRANSNET die Bahnreform gleich zu Beginn begrüßt. Heinz Dürr bekräftigte im Juli 1997: „Ohne den konstruktiven Beitrag der Gewerkschaften, und hier muß man an erster Stelle die GdED nennen, wäre die Bahnreform, so wie sie gekommen ist, nie umgesetzt worden.“ Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, Werner Mößinger, würdigte die Bahnreform als eine insgesamt richtige Entscheidung. Verbreitet wurde die Illusion, daß Privatisierung sichere Arbeitsplätze bedeutet.

Kein Wunder, daß sich angesichts der Teilhabe von Gewerkschaftsführern an den „Futterkrippen des Kapitals“ aus kritischen TRANSNET-Mitgliedern (Betriebsräten) im Frühjahr 2000 die Initiative „Bahn von unten“ gebildet hat. Zum Tarifkonflikt veröffentlichte sie einen offenen Brief an alle Eisenbahner, der auch am TRANSNET-Hauptvorstand nicht spurlos vorüberging. Die Initiative wendet sich entschieden gegen die Bahnprivatisierung. Zu ihren Zielen gehören: 1. kämpferische Gewerkschaftspolitik statt Schmusekurs gegenüber Bahn-Management und Bundesregierung! 2. Notbremse für die Bahnreform – keine weiteren direkten oder indirekten Opfer! Stopp der Zerstückelung der DB AG! Stopp der Jagd nach Kapitalmarkt- und Börsenfähigkeit und Rendite auf Kosten der Beschäftigten und sozial Schwachen! 3. Schulteranschlag mit anderen Opfern von Privatisierung und sozialem Kahlschlag! Gemeinsame Aktionen und Kampfmaßnahmen mit den betroffenen Belegschaften und Gewerkschaften!

Dies findet Zuspruch nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland – so bei den Eisenbahnern in England, Frankreich und Österreich. Schwerpunkt dieses organisatorisch ungebundenen Zusammenschlusses ist das Bewußtmachen der verheerenden gesamtgesellschaftlichen Folgen der Zerschlagung der Deutschen Bahn. Im Unterschied zu den Bahngewerkschaften steht die „Bahn von unten“ – die keine gewerkschaftliche Gegenorganisation ist – immer auf der Seite der Betroffenen.

Schild, Berlin (Aus „Arbeiterpolitik“, Sonderausgabe, 22. Februar 2003)

Von der „Dissimilation“ zur „Endlösung der Judenfrage“

Umschwung nach München

Von 1933 bis Oktober 1938 galt in Hitlerdeutschland im Hinblick auf Juden das, was NS-intern „Dissimilation“ (Entähnlichung) genannt wurde: Abschiebung, vornehmlich nach Palästina. Dementsprechend wurden zionistische Organe, offenbar wegen ihrer nationalistischen Ausrichtung und der Ablehnung jeder Angleichung, über nahezu sechs Jahre weiter toleriert. Zwischen NS-Ministerien und zionistischen Stellen kam es sogar zu regelrechten Abkommen. Zugleich verfolgten die Faschisten alle auch nur halbwegs nazikritischen Organisationen und die Masse der als Gegner Betrachteten immer brutaler. Sogar der große liberale und zugleich jüdisch-assimilatorische Centralverein (CV) war frühzeitig verboten worden.

Über den Ausnahmestatus des Zionismus in jenen Jahren wird in der israelischen „Enzyklopädie des Holocaust“ berichtet, die 1993 im Berliner Argon-Verlag auf deutsch erschienen ist. Dort heißt es u. a.: „Haavara-Abkommen, eine Vereinbarung zwischen dem Reichswirtschaftsmini-

sterium, der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) und der Anglo-Palestine Bank: Das hebräische Wort Haavara bedeutet Transfer ... Es ermöglichte jüdischen Einwanderern oder Investoren, Kapital aus Deutschland nach Palästina zu exportieren und erleichterte jüdische Auswanderung aus Deutschland ...“ Der NS-offizielle „Dissimilations“-Kurs wurde bemerkenswerterweise bis kurz nach der Münchener Konferenz zwischen Chamberlain, Hitler, Mussolini und Daladier im Oktober 1938 beibehalten. Plötzlich, nur 40 Tage nach Konferenzende, folgte das als „Kristallnacht“ veredlichte Reichspogrom, mit dem zum einschneidenden Wechsel von „Dissimilation“ zu massenmordender „Endlösung“ übergegangen wurde. Dessenungeachtet durften auf zionistisch geleiteten Landgütern – eines befand sich z. B. nahe Luckenwalde – noch bis annähernd zum Überfall auf die UdSSR im Jahre 1941 jüngere Juden auf landwirtschaftliche oder handwerkliche Tätigkeiten in Palästina vorbereitet werden. Auf diese wenig er-

forschte „Hachschara“ weist Geschichtslehrer Dr. Herbert Fiedler im Rahmen des Heimatvereins Luckenwalde hin.

Wissenschaftliche Forschungen über den Gesamtkomplex Münchener Konferenz, besonders westliches Verständnis für den deutschen Ostdrang betreffend, bleiben ein dringend zu behandelndes weites Feld. In diesem Zusammenhang wäre zu untersuchen, inwieweit London und Paris zugesichert hatten, sich Eingriffen in innere Ostangelegenheiten zu enthalten, auch was jüdische Probleme betreffen würde. Es ist hervorzuheben, daß der Vertreter des Jüdischen Weltkongresses in Genf während des Krieges, Gerhart Riegner, in seiner 2001 bei Bleicher erschienenen Biographie höchsten westalliierten Stellen vorwirft, Juden bewußt preisgegeben zu haben: „Es fehlte der Wille zu retten.“

Wie auch immer, Tatsache ist, daß die Öffentlichkeit weiter im unklaren gelassen wird, weshalb die an der Münchener Konferenz beteiligt gewesenen Regierungen sich in der Folge den NS-Rassenmorden nicht tätig widersetzen. **Fritz Teppich**

Wurde in Pullach eine Kerze angezündet?

Tod eines Agenten

Zoran Djindjic, während des „Volkskampfes gegen das Milosevic-Regime“ und der NATO-Aggression gegen Jugoslawien de facto Mitarbeiter des ZDF und später vom Westen gehätschelter Regierungschef in Belgrad, ist einem Attentat zum Opfer gefallen. Der offenbar auch mit Mafia-Kreisen liiert gewesene Protegé des Imperialismus, der den früheren jugoslawischen Präsidenten seinen Haager NATO-Häschern auslieferte, hatte viele Feinde. Wer von ihnen geschossen hat, dürfte schwer zu klären sein. Jedenfalls wurde der Anschlag genutzt, um sofort

Hunderte „Verdächtige“ aus dem Milosevic-Lager festzunehmen. Die Sache kam also manchem sehr gelegen. Offenbar eine neue Variante des „11. September“! Die Biographie des 50jährig gestorbenen Philosophieprofessors Djindjic ist aufschlußreich genug. Bevor er in der BRD ein finanziell großzügig gepolstertes „postgraduales Studium“ aufnehmen konnte, war er Sekretär des Kommunistischen Studentenverbandes an Jugoslawiens zweitgrößter Universität gewesen. Eine merkwürdige Kontinuität, denn damals wie heute pflegte der imperialistische

deutsche Staat Leuten solcher Provenienz keine besondere Förderung angedeihen zu lassen. Es sei denn, sie leisteten „Besonderes“.

Warum machte man im Falle des smarten jungen Akademikers eine so großzügige Ausnahme? Stand er schon damals in Pullach unter Vertrag, oder wurde er erst später angeworben? Nach Presseberichten ist jedenfalls zu vermuten, daß auch beim BND eine Kerze für Djindjic angezündet worden ist. **R. F.**

Immerdar

Wenn auch tausend Jahre
die Schritte
diesen Ort berührten
sie werden das Blut derer
die hier fielen
nicht tilgen

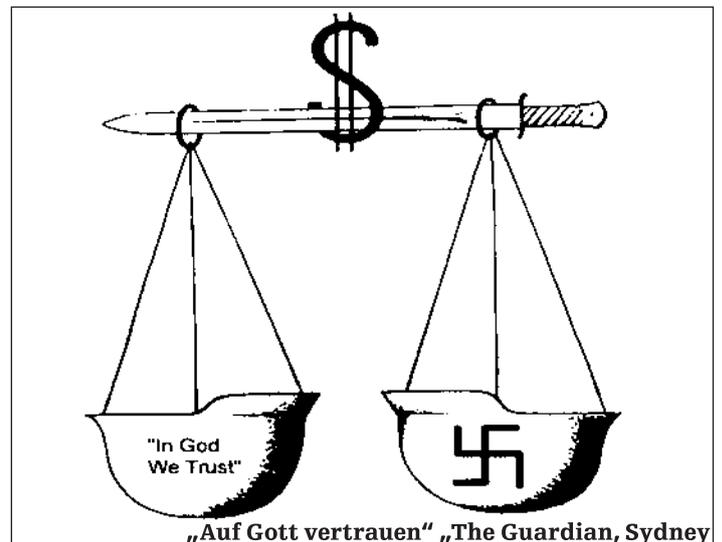
PABLO NERUDA

Der Frühling an der Oder
ruft uns erneut,
die in der letzten Schlacht
zur Befreiung des deutschen Volkes
vom Hitlerfaschismus Gefallenen
zu ehren und ihrer zu gedenken.

Wir ehren die gefallenen Sowjetsoldaten

am Mittwoch, dem 7. Mai 2003,
um 15.00 Uhr, auf dem Soldatenfriedhof und am
sowjetischen Ehrenmal in Bad Freienwalde.
Worte des Gedenkens spricht Prof. Dr. med. habil Moritz Mebel.
Das Ehrenmal befindet sich an der Berliner Straße, B 158,
am Schloßpark.

**Regionale Initiative zur Wahrung des Andenkens der im Kampf
gegen den Hitlerfaschismus gefallenen Sowjetsoldaten**



Zur Rolle der Kommunisten beim Warschauer Ghettoaufstand

Ein heroisches Kapitel

Vor 60 Jahren – im April 1943 – erhoben sich jüdische Widerstandskämpfer aller politischen Richtungen zum Aufstand im Warschauer Ghetto. Sie kämpften nicht, um ihr Leben zu retten, sondern um deutschen Faschisten Verfolgung, Erniedrigung und Völkermord heimzuzahlen, kämpferische Menschenwürde zu demonstrieren und allen von Vernichtung bedrohten Juden in Polen und Europa ein Zeichen dafür zu geben, daß scheinbar Schwache jeden selbsternannten Sieger der Geschichte das Fürchten lehren können.

In Warschau befand sich das größte Ghetto im okkupierten Europa. Hier lebten auf engstem Raum und streng isoliert über eine halbe Million Juden aus ganz Europa, vor allem aber aus Polen. Faktisch ohne geregelte Ernährungsgrundlage, ohne medizinische Betreuung und unter katastrophalen sanitären Bedingungen waren sie dazu verurteilt, an Hunger und Krankheiten zu sterben. Von hier aus gingen regelmäßig Massentransporte in die Todeslager ab.

Die Organisation des Widerstandes im Ghetto erwies sich als außerordentlich schwierig. Überwiegend dem Klein-, Mittel- und Großbürgertum sowie der Intelligenz angehörend, waren die Bewohner nur mit ihrem Überleben befaßt und vom hemmungslosen Naziterror eingeschüchtert. Völlig verängstigt lehnten sie jeden Widerstand ab. Die meisten Juden waren durch Traditionen und Berufe auf Anpassung, nie auf Gegenwehr eingestellt gewesen. Zudem erwiesen sie sich überwiegend als durch Hunger und Krankheiten physisch so geschwächt, daß sie für den Widerstand kaum in Frage kamen. Problematisch waren auch die politischen und weltanschaulichen Gegebenheiten. Die große Mehrheit war konservativ eingestellt und/oder religiös-duldsam. Sie hatte bestimmenden Einfluß auf die jüdischen Selbstverwaltungsorgane und war an reibungslosen Beziehungen zu den Faschisten interessiert. Allein dadurch glaubte sie sich retten zu können. Gegenwehr galt als antideutsche Provokation, die die meisten entschieden ablehnten.

Der jüdische Widerstand konnte daher nur von jenen politischen Kräften geleistet werden, die innerhalb der jüdischen Gesellschaft zukunftsorientiert und kämpferisch waren. Es handelte sich um Zionisten, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Im Gegensatz zum bürgerlichen polnischen Widerstand gab es im Ghetto weniger Berührungspunkte gegenüber der kommunistischen Arbeiterpartei (PPR). Im März 1942 bildeten linke Zionisten und Kommunisten den Antifaschistischen Block unter Führung des PPR-Mitglieds Józef Lewartowski. Zu jener Zeit verfügte die erst im Januar wiedergegründete Partei im Ghetto über eine ihrer mitglieder-

stärksten Organisationen im Lande. Hier befanden sich die meisten Kommunisten Warschaus. Die PPR war auch maßgeblich an der 1942 im Ghetto geschaffenen Jüdischen Kampforganisation (ZOB) beteiligt. ZOB-Kommandeur wurde Mordechej Anielewicz. Zu seinen jüdischen Pfadfindern Haszomer Harcair (HH) stießen seit der Auflösung des KJV viele jüdische Jungkommunisten, so daß sie sich zur größten linkszionistischen Jugendorganisation und zur Kerntruppe des ZOB entwickelte. Der Kommunist Michal Rojzenfeld war einer der fünf ZOB-Führer. Die anderen waren Linkszionisten und Sozialdemokraten. Um die Zusammenarbeit mit dem rechten zionistischen Widerstand (Jüdischer Militärverband ZZW) und die Verhandlungen mit dem dominierenden bürgerlichen polnischen Untergrund nicht zu gefährden, traten die Kommunisten unter der Bezeichnung „Linksbund“ auf. Die ZOB war eine linke Kampforganisation, deren Aktionen innerhalb der jüdischen Gesellschaft Klassencharakter trugen. Von den Reichen wurden Kontributionen erhoben, die mit den Faschisten kollaborierenden Vertreter der jüdischen Bourgeoisie wurden bestraft oder hingerichtet, Spekulanten wurden gezwungen, Lebensmittel und Bekleidung für Arme bereitzustellen. Kapitalkräftige wurden ohne langes Fackeln dazu gebracht, Geld und Wertgegenstände für den Kauf von Waffen herauszugeben. Die dynamische Tätigkeit der ZOB, der Kommunisten und anderer Linker sowie die politisch-konzeptionelle Passivität der jüdischen Konservativen hatten einen Linksruck unter den Ghettobewohnern zur Folge.

Als Anfang 1943 die letzten Ghettojuden in die Vernichtungslager deportiert werden sollten, griff die ZOB die Nazis überraschend an, so daß sie ihre Aktion abbrechen mußten. Wenige Kämpfer hatten gezeigt, daß die Faschisten aufzuhalten waren. Nun zogen diese alle verfügbaren Kräfte zusammen, um das Ghetto zu „räumen“ und den jüdischen Widerstand zu brechen. Nach Stalingrad fürchteten sie, daß dieses Fanal auf Warschau und ganz Polen übergreifen könnte. Am 19. April drangen sie mit einer Übermacht an Kräften und Mitteln ins Ghetto ein. Die ZOB war darauf vorbereitet. Den 3000 Faschisten standen etwa 1000 jüdische Kämpfer gegenüber; jeder besaß eine Pistole mit 10–15 Schuß, 4–5 Handgranaten und Brandflaschen. Darüber hinaus verfügte die ZOB noch über 10 Maschinengewehre, 25 Maschinenpistolen und 20 Karabiner. Fast jeder vierte ZOB-Kämpfer war Kommunist. Die rechten Zionisten nahmen mit etwa 250 Leuten ebenfalls an den Kämpfen teil.

Der Heldenmut der jüdischen Aufständischen ist in die Geschichte eingegangen. Am 8. Mai umstellten die Faschisten den

ZOB-Führungsbunker in der Milej-Straße 18. Bis zum letzten Atemzug kämpfend, fielen ZOB-Führer Anielewicz, der PPR-Ghettogebietssekretär Fondaminski, die kommunistischen Kommandeure Akerman, Rotblat und andere Antifaschisten. Fast alle Aufständischen gaben ihr Leben hin. Die verbliebenen Juden wurden an Ort und Stelle ermordet, das wurde Ghetto zerstört.

Über einen Monat wurde gekämpft. Doch die Aufständischen blieben isoliert, woran die wenigen Einsätze des polnischen linken und bürgerlichen Untergrundes an den Zugängen zur Ghettomauer nichts ändern konnten. Da mit Moskau Funkkontakt bestand, forderte das ZK der PPR Hilfe an. Obwohl die Faschisten zu jener Zeit noch die Luftherrschaft besaßen, führten sowjetische Kampfflugzeuge in der Nacht zum 14. Mai einen Bombenangriff auf faschistische Zentren in Warschau durch. Er wurde kein voller Erfolg, doch gab er den Aufständischen neuen Mut und stärkte auch die politischen Positionen der polnischen Linken.

Nach dem Abflauen der Kämpfe galt es, die überlebenden Aufständischen aus dem Ghetto herauszuführen, auf die andere Seite Warschaus zu bringen und in die Wälder zu leiten. Hierbei waren es in erster Linie Warschauer Kommunisten, wie der bekannte israelische Historiker und ZOB-Kämpfer Israel Gutman betonte, die sich um die Rettung der Übriggebliebenen bleibende Verdienste erwarben. Aus ZOB-Kämpfern, die sich durchgeschlagen hatten, wurde die kommunistische Partisanenabteilung „M. Anielewicz“ gebildet. Andere ZOB-Mitglieder kämpften ein Jahr später während des Warschauer Aufstandes in kommunistischen Abteilungen. Fast alle fielen im Kampf mit den deutschen, aber auch mit polnischen Faschisten.

Durch die Niederschlagung des Aufstandes und die „Liquidierung“ des Ghettos verloren die Kommunisten nicht nur wertvolle Militärkader und einen erheblichen Teil mühsam erworbener Waffen und Ausrüstung, die meisten ihrer Warschauer Mitglieder und Sympathisanten, sondern auch wichtige Bündnispartner. Dadurch wurde die politische Tätigkeit für die Linken in der Hauptstadt noch schwieriger, und es gelang den Kommunisten nicht, hier später ein wirksames linkes Gegengewicht zur dominanten bürgerlichen Widerstandsbewegung zu bilden. Das sollte ein Jahr später beim Warschauer Aufstand katastrophale Folgen zeitigen. Wenn jetzt des 60. Jahrestages des Warschauer Ghettoaufstandes offiziell gedacht wird, dürften – wie seit 1990 üblich – die Verdienste der jüdischen und polnischen Kommunisten verschwiegen werden. Ein Grund mehr, uns ihrer und anderer gefallener Antifaschisten zu erinnern.

Stefan Warynski

Zum Tschetschenienproblem im heutigen Rußland (1)

Historische Wurzeln

Das Geiseldrama in Moskau im Oktober 2002 hat das Thema Tschetschenien erneut nicht nur in die Schlagzeilen gebracht, sondern auf die Frage zugespielt. Was soll weiter werden? In über acht Kriegsjahren wurde fast die gesamte ökonomische und soziale Basis Tschetscheniens zerstört, nahezu ein Fünftel der Bevölkerung geopfert.

Über drei Jahre dauert bereits die jetzige „konterterroristische Operation“. Unter den russischen Soldaten sind über 43000 Tote und 13000 Verwundete als Opfer zu beklagen (nach vorläufigen Angaben aus „Argumenty i fakty“ Nr. 46, 2002, Seite 6). Die ohnehin komplizierte wirtschaftliche Lage Rußlands wird zusätzlich durch Kriegsausgaben in Höhe von monatlich etwa 160 Mio. US-Dollar enorm belastet. Trotz aller Anzeichen dafür, daß „das Volk Tschetscheniens vom Krieg müde ist, daß die Kinder zur Schule und die Menschen zur Arbeit gehen müssen“, wie es in einem Aufruf von namhaften Persönlichkeiten aus gesellschaftlichen, religiösen und Geschäftskreisen heißt, wurde der Weg zum Frieden noch nicht gefunden. Es gibt keine ausreichende Übereinstimmung im Herangehen an dieses Problem. Selbst in „liberalen“ Medien ruft man einerseits zur Gewalt und andererseits zu Verhandlungen auf. Eine Frage ist, ob auch all diejenigen kriegsmüde sind, die gegen die Föderationstruppen kämpfen. Wie können jene Tschetschenen, die tagsüber „friedlich den Ackerboden bearbeiten“ und nachts schießen, für den Frieden gewonnen werden, um auszuschließen, daß alle Einwohner zwischen 10 und 60 Jahren als potentielle Rebellen angesehen werden (so der ehemalige Oberkommandierende der Nordkaukasischen Militärregion, General Kasanzew). Schon heute kann man Zehnbis Zwölfjährige mit der Losung „Rache im Jahr 2013“ antreffen. Die bereits fast zehnjährigen Kriegserfahrungen zeugen davon, daß das Problem militärisch nicht gelöst werden kann. Wie aber dann? Durch Verhandlungen? Mit wem? Ein schneller idealer Weg zeichnet sich nicht ab. Das Limit verschiedener Fehlentscheidungen – vom ersten Krieg über die Vereinbarungen von Chassavjurt (General Lebed mit einer Reihe tschetschenischer Bandenführer) bis zur neuen Militäraktion und demonstrativer Ankündigung Putins, „die Terroristen bis zur Toilette zu verfolgen“ –, ist erschöpft.

In allererster Linie gilt es, viel Unwissen und Fehlurteile über das Entstehen dieses Konflikts, seine tatsächliche Entwicklung und die heutige Situation zu überwinden. Daher zunächst einiges Geschichtliche. Da in den Medien hier und dort auf alte russische Literatur, besonders auf Dosto-

jewskij, z. T. auch auf Tjutschew, verwiesen wird, sollte man im Zusammenhang mit dem Tschetschenienproblem unbedingt Leo Tolstois berühmte Erzählung „Chadshi Murat“ als sehr lehrreiche und z. T. leider auch äußerst aktuelle Abhandlung voller Realismus und von historischem Wert empfehlen.

Die kaukasischen Bergvölker, so auch die Tschetschenen, wurden vom russischen Zarenreich unterworfen. Sie leisteten wiederholt starken Widerstand. Tief verwurzelt waren und bleiben bis in die heutige Zeit mittelalterliche Bräuche und Sitten, die Zugehörigkeit zu Familienklans mit periodisch ausbrechenden Zwistigkeiten, bewaffneten Auseinandersetzungen, Blutrache, Stolz und stark naturbezogenem Freiheitsdrang. Um den Kaukasus entbrannten in der Vergangenheit mehrfach Kriege, hinter denen nicht nur das zaristische Rußland, sondern auch das osmanisch-türkische Reich und England standen. Ein 1817 im Kaukasus ausgebrochener Krieg dauerte 47 Jahre und endete mit einer völligen Niederlage der Bergvölker. Deren Führer, darunter der bekannteste, Imam Schamil, wurden 1859 gefangen genommen. Die Türkei und England unterstützten die aufständischen Kaukasier. „Die türkischen Kanonen von Schamil sind aus englischem Gold hergestellt“, sagte man damals in Sankt Petersburg.

Nach einem Vertrag mit dem Sultan wollten Tschetschenien und Dagestan 1856 – während des Krimkrieges – die russische Armee aus dem Hinterland angreifen. Dies mißlang. Rußland verlor zwar den Krimkrieg, im Friedensvertrag wurde jedoch der Türkei strengstens verboten (bei entsprechender Garantie seitens der Westmächte), den Rebellen im Kaukasus finanzielle Hilfe zu gewähren. Der Widerstand der Bergvölker blieb ohne materielle Unterstützung und erlahmte.

Wem dies als zu viel Geschichtliches, weit Zurückliegendes, heute nicht mehr Relevantes erscheint, der möge daran erinnert werden, daß Tschetschenien nicht das einzige Beispiel dafür liefert, wie der historische Rückschlag Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre viele Probleme, die bereits als überwunden gegolten hatten, erneut aufebrochen hat. Darunter Grenz- und Territorialfragen sowie religiöse und andere Streitigkeiten. Sie wurden und werden von Politikern bewußt und für eigennützige Ziele mißbraucht. Zu diesem Komplex gehört auch die Internationalisierung des Tschetschenienkonflikts. Verschiedene Mächte hegen Ambitionen bezüglich der Kaukasusregion. Es geht um die Sicherung von Erdölquellen, das Interesse am Zerfall Rußlands, wobei terroristische Söldner aus anderen Ländern mit ausländischer

Unterstützung, Bewaffnung und Finanzierung massiv zum Einsatz gelangt sind.

Konfliktreich und nicht ohne Widersprüche und Fehler verlief auch die Errichtung der Sowjetmacht im Kaukasus. Bewaffnete Auseinandersetzungen dauerten z. T. bis zum Ende des II. Weltkrieges an. Die damals erfolgte Aussiedlung von Tschetschenen steht nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Aufstellung einer tschetschenischen Division, die ebenso wie eine Tatarendivision an der Seite der faschistischen Wehrmacht gegen die Sowjetarmee kämpfte. Bekanntlich setzte Hitler ja gerade auf separatistische, nationalistische Tendenzen, die den Zerfall der UdSSR befördern sollten.

In der Sowjetperiode wurde Großes geleistet, um die Rückständigkeit der kaukasischen Völker zu überwinden. Alphabetisierung, kulturelle Umwälzungen, Industrialisierung veränderten das Bild der Region grundlegend. Grosny wurde z. B. zu einem Zentrum der Erdölindustrie und beherbergte entsprechende akademische Institute.

Nicht gerechtfertigt ist es, alle Tschetschenen als antirussisch eingestellt zu betrachten. Tschetschenen gehörten u. a. auch zu den treuesten Leibwächtern von Zaren und russischen Fürsten, waren gefürchtete Krieger auch auf der russischen Seite. Selbst gegenwärtig wird davon ausgegangen, daß von den sieben tschetschenischen Hauptklans zwei für den Erhalt Tschetscheniens im Bestand Rußlands und zwei für absolute Unabhängigkeit (darunter auch der Maschadow-Klan) eintreten, während drei großen Schwankungen unterliegen.

Und schließlich gilt es noch einen, wenn nicht den entscheidenden historischen Faktor zu beachten. Das Tschetschenienproblem ist – wie andere ähnlich gelagerte Fragen auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR – nicht zu trennen von den einschneidenden Konsequenzen des Zerfalls der Sowjetunion und der derzeitigen politischen Schwäche Rußlands. Der Gorbatschowkurs gipfelte faktisch in dem Ruf „Rette sich, wer und wie er kann!“, in einer Flucht vor historischer Verantwortung für das eigene Land, für die Führungsmacht des Sozialismus und deren Verbündete. Dies hat sich folgerichtig als eine für das kollektive Wesen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und das sozialistische Bündnisystem verhängnisvolle Entscheidung erwiesen. Dem fügte Boris Jelzin mit seiner Aufforderung „Nehmt euch so viel Souveränität, wie ihr braucht!“ noch einen weiteren Appell zur Kapitulation hinzu, der nicht nur das Auseinanderbrechen der UdSSR, sondern auch die Gefahr eines Zerfalls der Russischen Föderation heraufbeschwor.

Bruno Mahlow

An der Seite der fünf kubanischen Helden

Antiterrorist René González



Tausende Kubaner haben in den letzten 40 Jahren ihr Leben durch Attentate verloren, die von Miami (USA-Bundesstaat Florida) aus gesteuerte konterrevolutionäre Terroristen verübten. Hinzu kommen die ungezählten Opfer der von den Vereinigten Staaten über die sozialistische Insel verhängten Blockade. Um den Anschlägen des Feindes etwas entgegenzusetzen, riskierten junge Kubaner ihr Leben, indem sie die Terroristenzentralen auf dem Boden der USA infiltrierten. Am 12. September 1998 wurden in Miami zehn Kubaner inhaftiert. Ihnen lastete man Spionage gegen die Vereinigten Staaten an, obwohl den Verdächtigten keine einzige diesbezügliche Handlung nachgewiesen werden konnte. Während fünf Gefangene umfielen und dem Druck der Behörden erlagen, blieben fünf der in Einzelhaft gehaltenen standhafte Patrioten. Sie wurden vor Gericht gestellt und zu hohen Strafen verurteilt. Fidel Castro verlieh ihnen den Ehrentitel „Held der Republik Kuba“. Am 7. April 2003 begann in den USA ihr Revisionsverfahren.

Die in Brüssel erscheinende kommunistische Wochenzeitung „Solidaire“ brachte jetzt ein Interview mit Olga Salanueva, der Frau des zu 15 Jahren Gefängnis verurteilten René González. Die 43jährige ist Industrieingenieurin und lebt mit ihren Töchtern Irmita (18) und Ivette (4) in Havanna.

Im folgenden geben wir einige Antworten Olga Salanuevas wieder:

„René und die anderen sind echte ‚Söhne der Revolution‘. Sie sind einfacher Herkunft, ihre Eltern konnten nicht studieren, sie selbst aber haben sich, dank der kubanischen Revolution, zu Angehörigen der Intelligenz entwickeln können. Da ist es nur natürlich, daß sie sich verantwortlich fühlen. Sie wollten etwas gegen die Terroristen tun, deren Anschläge so viele getötet oder verstümmelt haben ... Sie wußten, daß sie im Falle ihrer Enttarnung durch die Hände der antikubanischen Mafia sterben könnten ... Unter der Tyrannei



Batistas, dessen einstige Anhänger sich in Miami konzentriert haben, waren 20 000 Opfer zu beklagen gewesen. René und die anderen wollten die Rückkehr der Ausbeuter mit allen Mitteln verhindern.“

Auf die Frage, ob sie ihren Mann in der Haft habe besuchen können, erwiderte

Olga, man habe sie bisher daran gehindert. Adriana, die Frau des gleichfalls verurteilten Gerardo Hernández, habe zwar ein Visum erhalten, sei aber nach ihrer Ankunft in Houston isoliert, bedroht und schließlich ausgewiesen worden. Die kubanischen Behörden seien bereit, ihr und den anderen Frauen der politischen Gefangenen ständige Besuche bei ihren Männern zu ermöglichen; doch die USA lehnten das ab.

Der Prozeß gegen die „Miami 5“ sei ein Verfahren mit gezinkten Karten gewesen. Drei Mitglieder der Geschworenenjury habe man Verbindungen zum FBI nachweisen können, zwei andere hätten ebenfalls für gewisse Dienststellen gearbeitet.

Besonders beeindruckt zeigte sich Olga Salanueva von der Tätigkeit der Unterstützungskomitees, die sich in 120 Ländern für die Verteidigung der gefangenen Patrioten gebildet haben. Die Tatsache, daß sich auch in den USA der Widerstand gegen die Verfolgung der kubanischen Antiterroristen verstärkte, sei ermutigend.

R. F., gestützt auf „Solidaire“ vom 5. 3. 2003

Aus dem RF-Förderverein

Im Kuratorium

Aufgrund eines vom Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins gestellten Antrags wurde dieser am 13. März 2003 als Mitglied in das „Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e. V.“ aufgenommen. Es besteht seit 1992 und ist ein netzwerkartiger Zusammenschluß von etwa 30 Verbänden, Vereinen und Organisationen, der sich vor allem der Artikulierung von speziellen Forderungen der ostdeutschen Bevölkerung widmet. Gegenwärtig arbeitet das Kuratorium an einem „Ostdeutschen Memorandum II“, das weitgehend

den „11 Programmatischen Forderungen für Ostdeutschland“ entspricht, die Ende 2001 vom „RotFuchs“ veröffentlicht worden waren. Unser Verein unterstützt daher diese Initiative einschließlich der für Ende Mai in Aussicht genommenen Großveranstaltung in Dessau, mit der dem „Ostdeutschen Memorandum II“ in der Öffentlichkeit Nachdruck verliehen werden soll. Über Einzelheiten der Veranstaltung werden wir in den kommenden Ausgaben informieren.



Aus: „Solidaire“, Brüssel

Zur „Friedenspolitik“ der Vereinigten Staaten von Amerika

Schurkenkurs

Die Abrüstung von Streitkräften und Arsenalen kann den Frieden regional und global sicherer machen sowie die Menschheit vor Gefahren besonders inhumaner Waffen bewahren. Die eingesparten Rüstungsausgaben und materiellen Ressourcen könnten viele soziale und ökologische Probleme lösen helfen. Eine strenge Kontrolle verbotener Waffen würde den Zugriff von Terroristen auf diese einschränken.

Abrüstungsmaßnahmen erfolgten oft erst auf Druck der demokratischen Öffentlichkeit, wie es beim Landminen-Abkommen von Ottawa 1996–1999 geschah. Chancen und Fortschritte bei der Abrüstung wechselten nicht selten mit Rückschlägen durch die Entwicklung von Waffen wie der Neutronenbombe, binären chemischen Kampfstoffen, thermobarischen und Kugelbomben, uranhaltiger Munition usw. Der Abzug von Kernwaffen aus Europa, vor allem aus den ehemaligen Staaten des Warschauer Vertrages, aus Belorussland und der Ukraine nach dem Auseinanderfallen der sozialistischen Staatengemeinschaft schuf gewisse Voraussetzungen für ein kernwaffenfreies Europa. Die USA mit den NATO-Staaten lehnten jedoch Verhandlungen darüber ab. Damit wurde die

Chance für eine den Kontinent umfassende kernwaffenfreie Zone vertan.

Die Großmächte, insbesondere die USA mit ihrem gewaltigen Waffenarsenal, bestimmten wesentlich die Abrüstungsverhandlungen. Ihre diesbezügliche Politik ist sehr eindeutig. Während diese Staaten die Abrüstung anderer fordern, behalten sie selbst ihre Kernwaffen.

Die „Abrüstungspolitik“ der USA ist besonders perfide. Sie verzögerten Gespräche oder ließen diese sogar scheitern. So stagnieren z.B. die 1995 aufgenommenen Verhandlungen zur Abrüstungsverpflichtung bei allen Kernwaffen und zum Abbau von waffenfähigem Spaltmaterial in der UN-Abrüstungskonferenz schon einige Jahre. Die Ablehnung der Ratifizierung des Atomteststoppvertrages durch den US-Senat im Oktober 1999 blockiert diesen. Das ermöglicht es den Vereinigten Staaten und den „alten“ Kernwaffenmächten, aber auch Israel, Indien, Pakistan und anderen Staaten, ihre Kernwaffenprogramme fortzuführen.

Die Bush-Administration wird nicht müde, die Weltgemeinschaft vor den Gefahren biologischer (B-) und chemischer (C-)Waffen zu warnen. Sie droht anderen Staaten, außer

ihren Verbündeten, bei bloßem Verdacht der Entwicklung von ABC-Waffen Sanktionen und „Militärschläge“ wie in Irak an. Gleichzeitig behindern die USA Kontrollen der Organisation für das Verbot von C-Waffen auf ihrem Territorium und lehnen internationale Kontrollen zum Verbot von B-Waffen ab. Die Anthrax-Anschläge aus einem US-Labor 2001 und andere Vorgänge lassen den Schluß zu, daß die Vereinigten Staaten und andere Industrieländer weiter mit verbotenen B- und C-Waffen experimentieren.

Die USA verhinderten auch substantielle Ergebnisse bei der Konferenz zu Kleinwaffen im Juli 2001 und bei der Überprüfungs-konferenz zum Verbot der Begrenzung besonders heimtückischer konventioneller Waffen im Dezember 2002. Sie lehnten dabei Einschränkungen ihrer Entwicklung derartiger Waffen und deren Export ab. Damit wollen die USA ihre militärtechnische Überlegenheit sowie ihren ersten Platz als Waffenexporteur sichern.

Die Kündigung des ABM-Vertrages zur Begrenzung der Raketabwehrsysteme durch Präsident Bush im Jahre 2001 leitete eine neue Etappe des Wettrüstens in den USA ein. Sie stiegen damit aus internationalen Abrüstungsvereinbarungen aus. Gleichzeitig forcierten sie den Aufbau eines weltumspannenden Raketabwehrsystems. Washington will mit Aufklärungs- und Waffensatelliten aus dem Weltraum den Erdball kontrollieren und bei Bedarf ohne Vorwarnung auf unwillige oder „Schurkenstaaten“ Militärschläge führen können. Die versprochene Abrüstung von Kernwaffen nach START III verliert durch die Einlagerung von ca. 2400 Sprengköpfen als Reserve viel an Wert.

Zur Sicherung der absoluten militärtechnischen Überlegenheit erhöhte die Bush-Administration ihre Rüstungsausgaben für 2002 bereits vor dem 11. September 2001 um 18 Mrd. auf 330 Mrd. und nach dem 11. 9. nochmals um 25 Mrd. auf 355 Mrd. Dollar. Für 2003 sind Rüstungsausgaben von 396 Mrd. Dollar vorgesehen. Die US-Bürger zahlen nun rund 40 % der weltweiten Rüstungsausgaben.

Zusammenfassend läßt sich zur „Abrüstungspolitik“ der Vereinigten Staaten feststellen: Die USA lehnen zunehmend internationale Abrüstungsverpflichtungen ab und nahmen statt dessen ein grenzenloses Rüstungsprogramm in Angriff. Sie streben nach der absoluten militärtechnischen Überlegenheit gegenüber allen anderen Staaten auf sämtlichen Gebieten, um die Interessen ihrer Banken und Monopole jederzeit gegen unwillige oder „Schurkenstaaten“ militärisch durchsetzen zu können. Dabei betreiben sie bewußt den Bruch der UN-Charta und des Völkerrechts.

Die regionale und globale Abrüstung von Streitkräften und Arsenalen, auch einzelner Waffensysteme, bleibt deshalb eine vordringliche Aufgabe der demokratischen Kräfte in der Welt.

Regionalgruppe Halle des RF-Fördervereins erweitert ihren Einfluß

Wahrheit als Waffe

„No War!“ – Mit der Waffe der Wahrheit an der weltweiten Antikriegsbewegung gegen die verbrecherische Aggression des faschistoiden Klüngels um Bush teilzunehmen, ist in diesen Wochen das Hauptanliegen der Mitglieder, Sympathisanten und aller auf die im Frühsommer 2002 gegründete Regionalgruppe Halle des „RotFuchs“-Fördervereins Neugierigen. Mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger der Saalestadt waren schon am 21. Februar einer RF-Einladung gefolgt, um aus berufenem Munde Genaueres über die Hintergründe der völkerrechtswidrigen und kriminellen Politik Washingtons zu erfahren. Rainer Rupp, der sich als erfolgreicher DDR-Kundschafter im Brüsseler NATO-Hauptquartier tiefe Einblicke in die Kriegsstrategie und die mehr als 100 Militärinterventionen der USA nach dem Zweiten Weltkrieg verschaffen konnte, war da der richtige Referent und Gesprächspartner. Die Antikriegsdebatte wurde am 27. März – nach dem Beginn des neuen Terrorfeldzugs der Bushisten – mit dem halleischen Politikwissenschaftler Prof. Dr. Eckehard Sauer mann fortgesetzt. Ausgehend von seinem erst kürzlich erschienenen Buch „Die neue Welt-Kriegs-Ordnung“ informierte er die Anwesenden über das Ergebnis seiner jüngsten Recherchen zu Details des imperialen Kurses der USA-Administration.

Knapp ein Jahr nach der Konstituierung einer Regionalgruppe des rasch an Zulauf gewinnenden „RotFuchs“-Fördervereins an der

Saale bewahrheitet sich die Feststellung von Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger auf der 2. Leserkonferenz der Zeitschrift über die dialektische Wechselbeziehung zwischen Blatt und Verein: Letzterer bringt die Zeitung heraus und sichert sie ab, sie aber ist die stärkste Lokomotive für die Verwirklichung seines Anliegens.

Seit Gründung der Regionalgruppe fanden vier größere Veranstaltungen zu wichtigen aktuell-politischen Themen mit einem sich weiter ausdehnenden Teilnehmerkreis statt. In der Praxis wurde die Feststellung der Leserkonferenz unterstrichen, daß der „RotFuchs“ inzwischen einen repräsentativen Ausschnitt der Linken in Deutschland – weit über Parteigrenzen hinaus – erreicht und so einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Zusammenführung aller leistet, die sich für sozialistische Ziele einsetzen oder aktivieren lassen.

Halten wir uns an Bert Brecht, der einmal sinngemäß sagte: Wer die Lüge bekämpfen will, hat zumindest fünf Schwierigkeiten zu überwinden. Er muß den Mut haben, die Wahrheit zu sagen, zu schreiben und zu vertreten, obwohl sie allenthalben unterdrückt wird; er muß die Klugheit besitzen, sie zu erkennen, obwohl sie überall verhüllt wird; er muß die Kunst beherrschen, sie als Waffe handhabbar zu machen; er muß dazu imstande sein, jene auszuwählen, in deren Händen sie wirksam wird; und er muß über die Fähigkeit verfügen, sie unter diesen zu verbreiten.

Hans-Dieter Krüger

Oberst a. D. Joachim Wolf

Was tut China für Landesverteidigung und Abrüstung?

Ein Beispiel für andere

Im Dezember letzten Jahres veröffentlichte die chinesische Regierung ein Weißbuch zur „Landesverteidigung 2002“. In Medien verschiedener Länder wird als besonders charakteristisch bezeichnet, daß der chinesische Verteidigungsetat im letzten Jahr um 17 % angehoben wurde. Das ist zwar eine Tatsache, aber – wie so oft – wird hier eine falsche Fährte gelegt und der Eindruck von Hochrüstung erzeugt. Deshalb seien die Militärausgaben einiger Staaten und ihr Anteil an den jeweiligen Budgets im Jahre 2001 angeführt (Die Summen sind in US-Dollar umgerechnet.): USA 355 Mrd. (16,55 %); Rußland 9,1 Mrd. (18,35 %); BRD 20,7 Mrd. (9,8 %); Japan 40,5 Mrd. (5,98 %); China 20,4 Mrd. (7,65 % – 2002 8,03%). Von den chinesischen Militärausgaben entfallen 31,9 % auf Vergütungen, 34,3 % auf laufende Ausgaben und 33,8 % auf Kosten für Ausrüstungen. Unter Berücksichtigung aller Faktoren liegen die Verteidigungsausgaben Chinas auf einem vergleichbar niedrigen Niveau. Die Stärke der chinesischen Streitkräfte beträgt 2,5 Millionen Mann. Grundmaxime des Weißbuches ist, daß die Militärstrategie des Landes auf die Verteidigung der Sicherheit und Einheit gerichtet ist. Es handelt sich um eine Defensivstrategie. Die Gewährleistung einer hohen Kampffähigkeit der Armee unter Bedingungen der Hochtechnologie muß gesichert sein.

China tritt für das generelle Verbot und die völlige Vernichtung der Kernwaffen ein. Es hat sich verpflichtet, nicht zuerst Kernwaffen einzusetzen und keine Kampfmittel dieser Art gegen kernwaffenfreie Länder und Zonen einzusetzen oder damit zu drohen. China verlangt von allen kernwaffenbesitzenden Ländern, ein solches Versprechen gesetzlich zu verankern. Das chinesische Kernwaffenarsenal ist auf das für die Selbstverteidigung erforderliche niedrigste Niveau beschränkt (in westlichen Materialien wird allgemein davon ausgegangen, daß die chinesischen Kernwaffen 5 % der Weltvorräte ausmachen). China tritt gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägermittel ein. Es erfüllt alle seine Verpflichtungen als Unterzeichnerstaat des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und hat ein innerstaatliches Kontrollsystem für nukleare Exporte eingeführt, das mit den Festlegungen der IAEA übereinstimmt. Die chinesischen Vorschriften über den Export von spaltbarem Material beinhalten, daß eine solche Ausfuhr nur durch von der Regierung bevollmächtigte Spezialfirmen mit entsprechender Lizenz erfolgen darf. Mit ausländischen nuklearen Einrichtungen, die keiner Kontrolle durch die IAEA unterstellt sind, arbeitet China nicht zusammen.

China ist der Auffassung, daß der Vertrag über das allseitige Verbot von Kernwaffentests einen wichtigen Schritt im Prozeß der nuklearen Abrüstung darstellt. Es gehörte

zur ersten Gruppe der Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages und hat alle Vorbereitungen zur Ratifizierung getroffen. China ist bereit, mit der internationalen Gemeinschaft die Inkraftsetzung dieses Vertrages zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt zu sichern. Das Problem dabei ist, daß die USA bisher diesen Vertrag nicht ratifiziert haben, um u. a. die Erprobung der sogenannten Mini Nukes (Minikernwaffen) zu ermöglichen.

China tritt für ein generelles Verbot und die völlige Vernichtung chemischer und biologischer Waffen ein. Es zählt zu den ersten Unterzeichnerstaaten der entsprechenden Konventionen. Die Volksrepublik hat innerstaatliche Regelungen zur Kontrolle der Exporte chemischer und biologischer Produkte getroffen, die die Einhaltung dieser Verträge gewährleisten. Es wurden spezielle staatliche Organe zur Garantie der Einhaltung ihrer Bestimmungen geschaffen. China hat sich entsprechenden internationalen Kontrollen unterstellt.

Auf dem chinesischen Territorium befindet sich bis heute noch eine große Anzahl chemischer Waffen, die von den japanischen Truppen während ihrer Aggression im 2. Weltkrieg hinterlassen wurden. Die chinesische Regierung fordert von Japan, die in einem gemeinsamen Memorandum beider Regierungen vereinbarte Beseitigung dieser Waffen in Übereinstimmung mit den internationalen Verträgen zu realisieren.

China befürwortet seit jeher das generelle Verbot und die völlige Vernichtung biologischer Waffen. Es trat 1984 der Konvention über deren Verbot bei und erstattet jährlich Bericht an die UNO über deren Realisierung.

China hat sein Bedauern darüber erklärt, daß der ABM-Vertrag von den USA 2001 außer Kraft gesetzt wurde. Es ist der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung der globalen strategischen Stabilität sowie des Systems der internationalen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Verhinderung der Weitergabe von Kernwaffen von großer Bedeutung ist und den grundlegenden Interessen aller Länder entspricht. China hat seine ernste Besorgnis darüber geäußert, daß die USA ein Raketenabwehrsystem für Kriegsgebiete (TMD) entwickeln

sowie beabsichtigen, dieses System in der Region Nordostasien zu etablieren. Dies werde zu weiteren Rüstungsschritten führen und die Stabilität in diesem Raum beeinträchtigen. China ist entschieden dagegen, daß Taiwan in irgendeiner Form in das TMD-System einbezogen wird, wie das beabsichtigt ist.

Zur Verhinderung der Militarisation des Weltraumes hat das Land konkrete Vorschläge über das Verbot der Stationierung von Waffen im Kosmos, die Anwendung von oder Drohung mit Waffengewalt gegen Objekte im Weltraum an die Abrüstungskonferenz unterbreitet.

Besondere Beachtung findet das Problem der Verbreitung von Raketen. China ist bereit, an der Schaffung eines internationalen Mechanismus zur Verhinderung der Weitergabe von Raketen mitzuwirken. Es beteiligt sich an den Diskussionen über den Entwurf Internationaler Verhaltensregeln für die Verhütung der Weitergabe ballistischer Raketen und über Vorschläge für einen „globalen Mechanismus zur Raketenkontrolle“. China hilft keinem Land bei der Entwicklung ballistischer Raketen, die als Trägermittel für Kernwaffen dienen können und übt eine strenge Kontrolle über den Export von Raketen sowie von entsprechenden Materialien und Technologien aus. Im August 2002 hat die Regierung Kontrollbestimmungen über den Export von Lenkraketen sowie von entsprechenden Teilen und Technologien erlassen.

Im Juli 2001 nahm China an der UNO-Konferenz über den illegalen Handel mit kleinen Waffen teil und setzt das auf dieser Konferenz angenommene Aktionsprogramm um. 1998 hat China das veränderte Protokoll über Antipersonensplittermitteln ratifiziert. Es hat sich verpflichtet, derartige Waffen nicht zu exportieren. China beteiligt sich aktiv an den internationalen Anstrengungen zur Minenräumung. Es lieferte hierzu Geräte und Materialien an Kambodscha, Äthiopien, Eritrea, Mocambique, Ruanda, Namibia und Angola. Im Jahre 2002 stellte China über 3 Millionen US-Dollar zur Minenräumung vor allem in Eritrea und in Libanon zur Verfügung. Eine chinesische Expertengruppe arbeitet in Eritrea.

Rolf Berthold

Warum die BRD-Stiftungen in der Türkei straffrei ausgingen

Im Gegenzug . . .

Die türkische Justiz hat das auf den Vorwurf der Spionage gestützte Verfahren gegen mehrere deutsche Stiftungen – darunter die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU und die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD – eingestellt. Den Hintergrund zu dieser überraschenden Entscheidung erhellt eine Meldung der Mesopotamischen Nachrichtenagentur MHA. Ihr zufolge

hatte der deutsche Innenminister Schily in Ankara zugesagt, die Bundesrepublik werde die kurdische Organisation Kadek fortan strafrechtlich als terroristische Organisation verfolgen. „Im Gegenzug“ – so die Nachrichtenagentur – „erklärte sich Ankara bereit, das Verfahren gegen die deutschen Stiftungen in der Türkei einzustellen“.

R. F.

Wo ranghohe Richter die Rückkehr zum Mittelalter propagieren

Folter im „Ausnahmefall“?

Eine Tat, so grauenhaft wie bezeichnend für das kapitalistische System: Um von den wohlhabenden Eltern Geld zu erpressen, wird ein Kind entführt. Nach Festnahme eines dringend Tatverdächtigen weist der stellvertretende Polizeipräsident von Frankfurt/M. schriftlich seine Beamten an, den Mann durch Androhung von Gewalt und Zufügung von Schmerzen zur Preisgabe des Verstecks des Jungen zu zwingen, dessen Ermordung zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt ist. Folterung eines Gefangenen. Die Sache kam heraus. In der damit losgetretenen Debatte fanden sich offene Rechtfertiger – von Hessens Koch bis zum Vorsitzenden des Richterbundes Mackenroth –, Verständnisvolle wie Justizministerin Zypries, Relativierer, zaghafte Kritiker ... Droht ein Grundgebot der Verfassung weggeschwemmt zu werden? Ein Sprecher der „Vereinigung kritischer Polizisten“ brachte das Thema auf den Punkt: Die Folterung von Festgenommenen auf Polizeiwachen sei alltäglich, erklärte er.

Berichte der Medien bestätigen das immer wieder. Allerdings, gefoltert wird auch in Gefängnissen auf Anordnung von Staatsanwälten und Richtern. Betroffen sind gewöhnliche Straftäter, Angehörige „sozialer Randgruppen“ wie Obdachlose

und Punks, Menschen mit anderer als weißer Haut oder einem anderen Paß als dem deutschen sowie aus politischen Gründen Verfolgte, seien es Demonstranten oder Mitglieder militanter Gruppen. Die bekanntgewordenen Methoden sind mannigfaltig. Sie reichen von Drohungen über Schläge und Tritte, Knüppelorgien, Ausreißen von Haarbüscheln und brutalste Fesselung, Sprühen von Reizgas in die Zelle, Blindmachen mit Kapuzen, „Spazierfahrten“ an abgelegene Orte bis zu Scheinhinrichtungen.

Auf die international als „weiße Folter“ geächtete Isolationshaft, die jahrelang vor allem gegen Gefangene aus der RAF angewandt wurde, kann hier nur knapp eingegangen werden: Auch für sie sind die Direktiven schriftlich erteilt worden, nicht nur in zahlreichen richterlichen Einzelbeschlüssen, sondern insbesondere in einem von der Bundesanwaltschaft ausgearbeiteten, 24 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog zur systematischen und perfekten Abschottung der Gefangenen von menschlichen Kontakten. Die zerstörerischen Wirkungen dieser von den höchsten Gerichten abgesegneten Sonderhaft sind in vielen medizinischen Gutachten belegt.

Worauf zielen jene ab, die jetzt die Folter offen rechtfertigen und ihre Legalisierung in „Ausnahmesituationen“, per „übergesetzlichem Notstand“ etwa, fordern? Die Krise und der unbegrenzte Krieg gegen „den Terrorismus“ bedeuten de facto die Versetzung der imperialistischen Staaten in den ständigen Ausnahmezustand. Unter diesen Umständen ist die Würde des Menschen auch in nicht vom USA-Bombenterror betroffenen Regionen der Welt nicht mehr unantastbar. Täglich töten israelische Soldaten „verdächtige“ Palästinenser ohne Beweis. Dasselbe geschieht in Afghanistan mit jenen, denen die Häscher der Kommandotruppen Kontakte zu „El Qaida“ oder den Taliban unterstellen oder andichten. Auch in Jugoslawien spricht man inzwischen offen vom „Liquidieren“ der verbliebenen Anhänger Milosevics.

Finstere Erinnerungen an hitlerfaschistische „Bandenbekämpfung“ und den Antiguerillakrieg der USA in Vietnam kommen hoch. Plädoyers fürs Foltern „in Ausnahmefällen“ und den Rückgriff auf die „Search and Destroy“-Moral der US Army vermitteln den Eindruck, daß die in der Welt des Kapitals herrschende Klasse am Ende ihres Lateins angelangt ist.

Werner Hoppe



„Augenscheinlich gibt es nicht genügend Geld für soziale Projekte!“

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Die „Basler Zeitung“ berichtet über brutale Verhörmethoden der Antiterrorkrieger

„Hotel California“

Unsere Schweizer Leserin Louise Stebler-Keller übermittelte uns den nachfolgenden Beitrag von Willi Germund, Bangkok, der in der „Basler Zeitung“ erschien:

Zu sehen ist vom „Hotel California“ herzlich wenig. Ein Kamin aus Blech, aus dem manchmal Rauch quillt und manchmal nicht. Ein graues Dach, das sich nicht von denen anderer Hangars unterscheidet, die in Sichtweite des Presse zentrums auf dem US-Stützpunkt Baghram, 45 Kilometer nördlich der afghanischen Hauptstadt Kabul, liegen. Das „Hotel California“, zynisch benannt nach einem Song der „Eagles“ über eine Stätte, von der man so schnell nicht wieder loskommt, ist ein „Verhörzentrum“ der USA im Kampf gegen den weltweiten Terror. Das wichtigste neben jenem im südafghanischen Kandahar und jenem auf der abgelegenen Insel Diego Garcia im Süden des Indischen Ozeans.

In Baghram wird seit seiner Verhaftung Khalid Sheikh Mohammed, die einstige Nr. 3 im Terrornetzwerk Al Qaida, unter „höchstmöglichem Druck“ in die Mangel genommen. Manchmal sterben auch Gefangene an den Verhörmethoden, von denen Washington steif und fest behauptet, daß es sich nicht um Folter handle. Ein Sprecher des US-Militärs auf Baghram mußte in der vergangenen Woche zugeben, daß der Tod zweier inhaftierter Afghanen Mitte Dezember inzwischen als „Mord“ behandelt wird.

Ein Mann, von dem nur das Alter von 22 Jahren, der Vorname Dilavar und seine Heimatprovinz Khost bekannt sind, starb nicht, wie ursprünglich von den USA behauptet, an einem „Herzschlag“. Bei der Obduktion seiner Leiche fanden Ärzte vielmehr heraus, daß der junge Mann sein Verhör nicht überlebte, weil er „Verletzungen mit einem stumpfen Gegenstand an den unteren Extremitäten“ erlitt, die eine „Arterienkrankheit verschlimmerten“. Der 30jährige Mullah Habibullah – bisherige offizielle Todesursache: „Lungenembolie“ – starb an einem „Blutpfropfen“ in der Lunge, der durch „Verletzungen mit stumpfer Gewalt“ verursacht worden sei. Im Klartext: Die beiden Gefangenen wurden beim Verhör durch US-Personal zu Tode geprügelt. Weshalb sie verhaftet wurden, und ob es überhaupt Anlaß gab, die beiden Männer so zu malträtieren, weiß außer einem kleinen Kreis von Eingeweihten auf dem US-Stützpunkt Baghram niemand. Denn Washington behandelt die Inhaftierten im Anti-Terror-Kampf als „gesetzlose Gefangene“, denen keine einzige internationale Konvention Schutz bietet. Und damit die US-Gesetze nicht in die Quere kommen, werden die Gefangenen absichtlich an Orten wie Baghram festgehalten – oder in Ländern wie Ägypten, die wegen ihrer „aggressiven Vernehmungen“ mehr als berüchtigt sind.

„Wir bekommen längst nicht alle Gefangenen auf Baghram zu sehen“, sagt eine Vertreterin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der einzigen Organisation, die außer CIA und Militärs manchmal Zugang zu den Kerkern der Verhörzentren erhält. Bisher hatte Washington nur zugegeben, daß „Streß und Härte“ bei Verhören eingesetzt würden. Die Gefangenen müssen stundenlang stehen, mit einer schwarzen Haube über dem Gesicht lauten Lärm und plötzliche Lichtblitze erdulden. Manchmal erhält auch eine weibliche Agentin den Auftrag, den männlichen Gefangenen ein paar Tritte zu versetzen – in der Hoffnung, die Demütigung könne sie dazu bringen, auszupacken.

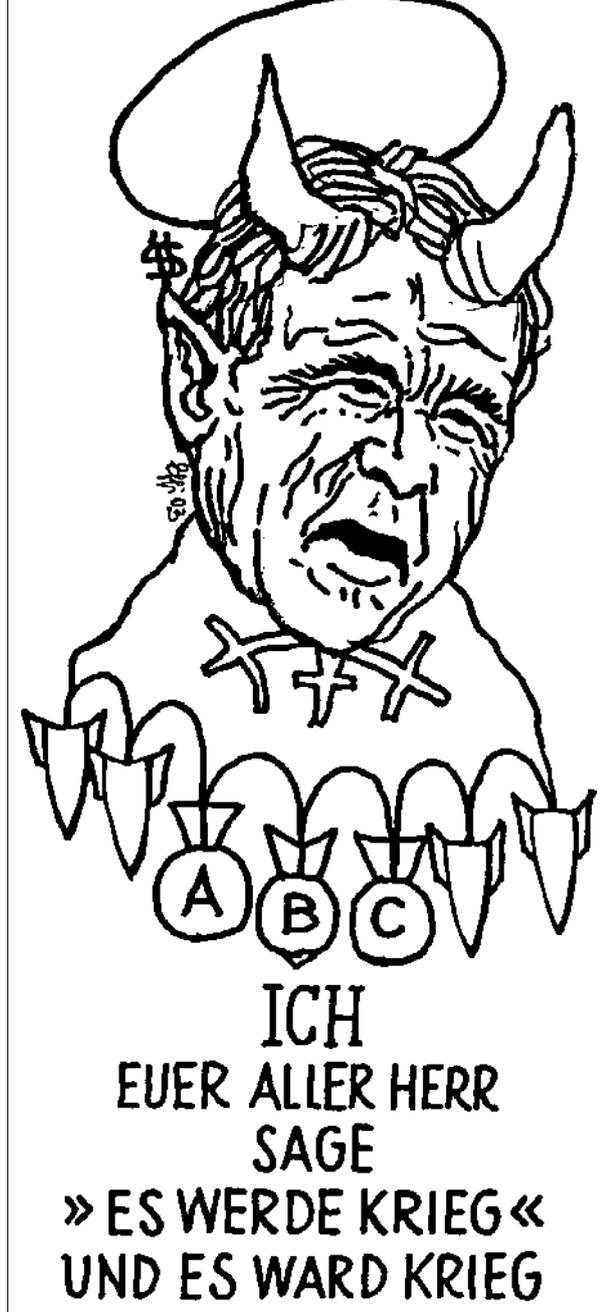
Im Fall von Khalid Sheikh Mohammed, der während der vergangenen zehn Jahre in nahezu alle Terrorattacken verwickelt war, die Al Qaida organisierte, besitzen die Verhörspezialisten noch einen weiteren Hebel, ihren Gefangenen zum Sprechen zu bringen: Zwei kleine Kinder des Terrorplaners sind den US-Agenten und pakistanischen Behörden in die Hände gefallen.

Wie fragwürdig die Methoden sind, die Washington im Kampf gegen den Terror anwendet, zeigt nicht nur der Tod der beiden Afghanen im Dezember vergangenen Jahres. Bei den 650 Gefangenen, die inzwischen im Lager von Guantánamo auf Kuba sitzen, handelt es sich laut US-Eingeständnis ausschließlich um Menschen, die nichts oder fast nichts wissen. Trotzdem werden sie festgehalten – Ende offen. Was aber mit den hochkarätigen Leuten geschieht, die von den USA festgesetzt werden, weiß niemand.

Pakistan allein hat mittlerweile immerhin 480 angebliche Terroristen und ihre Helfer an die USA übergeben. In Afghanistan sind laut Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen rund 3000 Leute durch die USA festgenommen worden. Einige landeten in afghanischen Gefängnissen. Einige wenige wurden freigelassen. Wie viele Häftlinge in den Käfigen einsitzen, die US-Militärs im „Hotel California“ in Baghram für je zehn bis fünfzehn Leute eingerichtet haben, ist unbekannt. Was mit den „wichtigeren“ Gefangenen in einem oberen Stockwerk passiert, wissen selbst die Afghanen nicht, die wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Einen Hinweis gab im Januar US-Präsident George W. Bush: „Ich will es einmal so sagen: Sie sind kein Problem mehr für die USA, unsere Freunde und unsere Alliierten.“

Wer mehr wissen will, stößt auf das große Schweigen. Besucher des Presse zentrums in Baghram werden zuvor auf eine lange Liste von Verhaltensregeln eingeschworen: „Unter keinen Umständen dürfen Aufnahmen oder Interviews über Verhaftete und die Anlagen gemacht werden, in denen Gefangene in Afghanistan festgehalten werden, es sei denn, eine ausdrückliche Genehmigung liegt vor.“ Und die erhält man nie.

Grafik: Karlheinz Effenberger



Wie Archie durch Wilm zum Bibliomanen wurde

Tod eines Bibliothekars

Archie – eine Sammelfigur – ist nicht immer mit dem Autor identisch, trägt aber autobiographische Züge. Wir drucken im folgenden – leicht gekürzt – eine besonders einprägsame Episode.

Unmittelbar nach der Befreiung, aber auch schon vorher, hatte Archie nicht nur ständig bohrenden Hunger, sondern auch gähnende Langeweile. Aber jetzt nur immer anstrengendes Kartoffelstoppeln, mühseliges Ährenlesen, demütigendes Betteln und gefährliches Stehlen, um nicht trostlos zu verhungern, wie es alle armen Flüchtlingskinder tun mußten, ödete ihn heftig an. Und überhaupt hing ihm, dem unruhigen Breslauer Stadtkind, das verregnete, morastige und stupide Dorfleben zum hungrigen und durstigen Halse heraus. Die schamlos blühende Natur nahm er im kaputten April 1946 nicht wahr. Wenn ihm das Dasein in der kahlen wendischen Strohscheuer beim kinderfeindlichen Bauern, wo sie gemeinsam mit vielen anderen Flüchtlingen und noch mehr quietschenden Ratten monatelang hilflos hausten, aufs kriegsgeschädigte kindliche Gemüt schlug, schnappte er sich den von der Mutter noch in Breslau schlecht und recht genähten Rucksack und haute ab. Er wanderte müde 6 Kilometer auf einer öden, kopfsteingepflasterten Landstraße oder deren Sommerweg in die unzerstört gebliebene Kleinstadt Bischofswerda. Manchmal nahm ihn auch ein „Iwan“ mit dem Wagen ein Stück mit; die Kaserne lag auf dem Löwenberg vor den Toren der Stadt, weit draußen. Archie kauderwelschte mit den Soldaten russisch – polnisch – sorbisch und erhielt gelegentlich ein Stück Brot dafür: Gitler kaputt, du gut russisch, molodjez!

In dieser Stadt gab es einen Mann namens Wilm, den Helm habe er für immer abgelegt, so war seine Rede, bei dem man Bücher kostenlos ausleihen konnte. Und man erhielt andere, wenn man die alten abgab. Die Mutter half Wilm gelegentlich beim Ein- und Aussortieren in einem kleinen schäbigen Laden, der aussah wie eine ehemalige Schusterwerkstatt. Als Archie diesmal davorstand, hatte er ein Gefühl der Bedrohung. Die Bücher hatten eben noch auf seinen elfjährigen schmalen Rücken gedrückt, aber jetzt verdrängte ein Gefühl der bösen Vorahnung alle anderen Empfindungen. Die verschlissenen, beschädigten Rolläden waren heruntergelassen, und er konnte Wilm nicht sehen. Zögernd ging er hinein, die Tür stand offen.

Wilm hatte ein Gesicht wie ein Zirkus-Clown, das mußte man schon sagen, ziemlich große, abstehende Ohren, ein fast weißes Gesicht mit großen dunklen Augen, um die braune Ringe waren. Die blasse Farbe stammte vom Zuchthaus, in das ihn die Nazis gesperrt hatten, 12 Jahre, und die dunklen Ringe kamen von seiner schlechten Gesundheit, die er ebenfalls dem Zuchthaus zu verdanken hatte.



Die Mutter saß zwischen den Bücherbergen hilflos und verlassen da. Sie schien ihn gar nicht wahrzunehmen. Es mußte etwas geschehen sein, das sie erschüttert hatte. Ihr Gesicht war wie eine Maske. Sie nickte nur unmerklich in Richtung Nebenzimmer. Das war ein kleiner Raum mit einem Tisch und drei Stühlen, wo sie meist etwas „schnabulierten“, wie Wilm sich ausdrückte, etwas, das er immer organisiert hatte. Manchmal waren es nur kalte gekochte Kartoffeln mit Wasserrüben, aber sie schmeckten köstlich.

Nun lag Wilm auf dem Tisch, langgestreckt, die Hände an der Seite neben dem Körper. Archie wußte sofort, daß da keine Hoffnung mehr war. Er hatte genug Tote gesehen, um zu erkennen, wenn einer tot war. „Mattel“, soll Wilm gesagt haben, „ich glaube, ich kratze ab. Daß Du mir ja nicht die Hände über dem Bauch faltest.“ Er hatte sich auf den Tisch gelegt, und da lag er nun. Die Mutter hatte ihm nicht mal die Augen schließen müssen. Er hatte sich hingelegt, um zu sterben, ohne jemand noch Arbeit zu machen. Die Mutter zog Archie von der Tür weg und schob ihn nach draußen, wo die Sonne schien. „Die Genossen holen ihn ab“, würgte sie heraus, als er sie fragend ansah. Sie ging einfach weg, ließ die Tür offen und war völlig fertig, was ihr anzusehen war, weshalb er auch kein Wort mehr wagte und nur so neben ihr hertrötete.

Die Genossen, die Wilm abholten, waren Kommunisten, aber Wilm war Sozialdemokrat. Wenig später auf der Beerdigung senkte ein Genosse die rote Fahne über das Grab, sie sangen gemeinsam die Internationale, faßten sich danach bei den Händen und schworen mit heiligem Ernst: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ Es sei Wilms Wunsch und Vermächtnis gewesen, hatte seine Mutter, die rote Martha, gesagt, die aus Schlesien kam und Wilm von Bautzen aus in seiner letzten Stunde beigestanden hatte.

Wilm hatte zunächst keinen Nachfolger als Bibliothekar, und so konnte Archie einstweilen keine Bücher mehr tauschen.

Leitsatz

**Fürcht nicht die Stunde, da du stirbst.
Die Welt, o glaub's nur, kann dich missen.
Kein Stern, um dessen Licht du wirbst,
wird mit dir in den Tod gerissen.**

**Solang du lebst, wirst du gebraucht.
Soll dich das Leben nicht vergessen,
sorg, daß die Tat nicht untertaucht,
an der du deine Kraft gemessen.**

**Leb, daß du stündlich sterben kannst,
in Pflicht und Freude stark und ehrlich.
Nicht dich – das Werk, das du begannst,
mach für die Menschheit unentbehrlich!**

ERICH MÜHSAM

In Bischofswerda sollte es erst viel später wieder eine ordentliche Leihbibliothek geben, vorerst hatte man andere Sorgen. Archie hielt die Bücher von Wilm in Ehren, die er damals im Rucksack trug. Es sollte der Anfang seiner Bibliomanie werden ... „Irgendwann fängt etwas immer an“, pflegte seine Mutter zu sagen, wenn er später Bücher ins Haus schleppte, wo immer sie auch wohnten. Bald hatten sie beim Umzug mehr Bücher als Möbel, vom Gewicht her. Eines der Bändchen, die er von Wilm übrigbehalten hatte, hieß „Opfergang“. Es handelte sich um eine Novellensammlung von Rudolf G. Binding, 1944 noch von Veit Harlan schwülstig in Agfacolor bei der Ufa verfilmt, ein todessüchtiges Melodram, vielleicht um die Volksgenossen auf ihr Ende vorzubereiten.

Wilms ganzes Leben war ein realer, todesmutiger Opfergang gewesen, für die Einheit der beiden großen Arbeiterparteien, könnte man mit Fug und Recht sagen. Ein nutzloser Opfergang, müßte man ein halbes Jahrhundert später fragen? Neonazis im Vormarsch, linke Maidemonstrationen verboten, Sozialdemokraten und Kommunisten wie Feuer und Wasser, die PDS, eine sozialistische Partei, hervorgegangen aus der SED, entschuldigt sich für den Zusammenschluß von KPD und SPD!

Neulich hat Archibald eine verwittrte Bibel gefunden. Das „Alte Testament“ war ihm buchstäblich von einem Container vor die Füße gefallen, das „Buch der Bücher“. Unser Bibliomane hob es auf und fand beim Aufschlagen zufällig jenen Text „über die Gefahren des Reichtums“ in Sirach 31,3: „Der Reiche müht sich ab mit dem Sammeln von Geld und Gut, und wenn er sich ausruht, genießt er seinen Reichtum. Der Arme müht sich ab, um schlecht und recht leben zu können, und wenn er sich ausruht, muß er hungern.“

Jedoch entschuldigt hat sich der liebe Gott, der alte Herr, noch nie dafür, daß er die Welt in arm und reich eingeteilt hat, sinnierte Archibald. **Manfred Hocke**

Große Ereignisse im Leben eines kleinen Jungen

Nachkriegserlebnisse

Hottenstein und Beckacker, Ortsteile von Wuppertal-Oberbarmen. Von Hottenstein/Post aus gingen die Schienen der Linie 2 ziemlich steil bergab. Mehr als einmal passierte es damals, daß beim Rangieren ein Straßenbahnanhänger zu Tal rollte und 300 Meter weiter unten in der Kurve aus den Schienen sprang. Es gab so gut wie keinen Straßenverkehr. Ab und zu nur schnaufte ein Holzvergaser rauf nach Haßlingen, deshalb gab es auch nie ein größeres Malheur bei diesen „Talfahrten“. Belgische Soldaten patrouillierten manchmal mit Jeeps den Berg hoch und winkten

mit einer Tafel Schokolade jungen Frauen zu ...

Einmal wurde ein Radfahrer von so einem losgekoppelten Anhänger erfaßt. Der Opa lag besinnungslos in Höhe der Schusterwerkstatt Gerlach. Sein Blut floß den Rinnstein runter. Wir Kinder drückten uns anfangs an eine Hauswand, standen nicht direkt um ihn rum; alle dachten: Der ist tot. Auch die Erwachsenen. Keiner traute sich an ihn ran, selbst ein Landser nicht, der noch seine abgeschabte Uniform trug. War wohl gerade aus der Gefangenschaft entlassen. Aber zwei junge Burschen

machten sich über das verbogene Fahrrad her, gingen damit im Laufschrift türmen. Der Verunglückte überlebte übrigens. Schwein gehabt!

Kurz darauf ging es wieder wie ein Lauffeuer über den Beckacker: „Da ist schon wieder ein Anhänger abgegangen. Eine Frau hat ein Bein verloren. Bevor die in der Klinik war, ist sie abgekratzt.“ Diesen Unfall habe ich nicht selbst erlebt. Aber das „verlorene Bein“ entdeckte ich auf dem Schulweg. Aus der Gummigalosche ragte ein Unterschenkel, an dem noch ein Damenstrumpf hing. Die Extremität hatte man einfach in den Schwarzbach geworfen. Einen Tag später war das Fleisch von den Wasserratten abgenagt. Mir fiel beim Anblick des kahlen Knochenstumpfes ein: Nach der Kapitulation lag hier direkt an der „Schwatten Beeke“ neben einem ausgebrannten Panzerspähwagen ein angesengtes Militärpferd, von dem man nur den nach oben gekehrten Hinterbollen abgesäbelt hatte. Der Zosse, von Schweißfliegen und Mücken umschwärmt, wollte einfach nicht verwesen. Das ist für mich bis heute ein Rätsel geblieben. Und: Warum gingen da die Ratten nicht ran?

Ja, so war das damals. Alle hatten nichts, außer Hunger. Eines Tages klebten Plakate an den ausgebrannten Häusern und zerbombten Betrieben; der Pieck und der Grotewohl aus der Sowjetzone wollten in Wuppertal zur Bevölkerung sprechen. Die beiden setzten sich dafür ein, daß sich die SPD und die KPD zu einer einzigen Arbeiterpartei vereinigten. Das hat der Kurt Schumacher mit Hilfe der Besatzungsmacht verhindert. Die Kundgebung wurde verboten.

Hans-Dieter Hesse

Arbeiterschriftsteller, Recklinghausen



„Ganz einfach: Wir sind die Guten, und wir dürfen Massenvernichtungswaffen besitzen.“ Aus „The Guardian“, Sydney

Linolschnitt: Klaus Parche



¡Presente!

■ Vor 50 Jahren – am 20. April 1953 – ist **Erich Weinert** in Berlin gestorben. Vor 25 Jahren erschien in Westdeutschland die Schallplatte „Der rote Feuerwehrmann. Eine Erich-Weinert-Revue“ in der zupackenden, überzeugenden Interpretation von Dietrich Kittner. Was Kittner damals über sein Weinert-Programm schrieb, erweist sich auch heute noch als lesens- und bedenkenswert – in diesem großen neuen, alten Deutschland: „Bei diesem Programm habe ich es schon -zimal auf Tournee oder im heimischen Theater erlebt, daß da einer kam und fragte: ‚Weinert? Wer ist das?‘ Verständlich. Erich Weinert wird in der BRD offiziell totgeschwiegen. Konsequenterweise in einem Staat, der den 8. Mai noch immer nicht als den Tag der Befreiung feiert, sondern als den Tag des Zusammenbruchs bejammert, denn Weinert hat stets auf der anderen, der richtigen Seite gestanden. Auf der Seite der Arbeiter, der Seite der Unterdrückten. Er hat geholfen, die spanische Republik zu verteidigen, und er hat vor Stalingrad im Schützengraben gelegen – gegen Hitler. Und folgerichtig ist der Freiheitskämpfer Erich Weinert hierzulande noch immer mit dem Ruch des ‚Landesverrats‘ behaftet. Es gibt keinen Bruch zwischen Weinerts Leben und seinen Texten, Satiren und Kampfliedern. Das macht ihn heute zum Vorbild für fortschrittliche Schriftsteller, für linke Liedermacher. Weinert weiß, wo er steht, und der Zuhörer merkt es auch. Weinert ist aktuell. Verwunderlich – möchte man meinen; schließlich stammen die Texte auf dieser Platte aus den Jahren 1922 bis 1946. Bloß: man könnte natürlich auch den Schluß daraus ziehen, daß die BRD 50 Jahre hinter ihrer Zeit zurück ist.

So gesehen, war die Arbeit mit den Weinert-Texten schlicht notwendig. Aber: sie hat auch Spaß gemacht. Das ist schon ein Vergnügen, wenn Weinert im ‚Akademokraten‘ dem Kleinbürger die revolutionäre Maske abschminkt, wenn er den ‚Führer‘ kübelweise mit Hohn und Spott übergießt. ... Das ist alles noch da: die ‚wertfreien‘ Philosophen, die Pressekonzentration à la Hugenberg, der Sensationsreporter und die Edelliteraten, die in einen ‚undogmatischen‘ Frühling latschen. Und wer angesichts der Neonaziwelle, angesichts des forcierten Antikommunismus das ‚Antisemeeting‘ oder den ‚Heimlichen Aufmarsch‘ in die historische Ecke stellen will, der sollte sich genauer in BRD-Landen umsehen. Natürlich geben Weinerts Texte auch einen Überblick über die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik, aber für mich bedeutet dieses Programm, diese Platte kein historisches Resümee, sondern tagespolitischen Kommentar. Mit Weinert kann man sich nicht so leicht aus der Verantwortung ziehen.“

LICHT IN DIE KÖPFE!

In der Straßenbahn, in der Mittagspause,
Abends im Bette, sonntags zu Hause
Nimmst du dir einen Schmöker zur Hand.
Den frißt du, wie du ein Gulasch frißt,
Und fragst nicht, wes Geistes Kind er ist:
Hauptsache: Er spannt!

Und wenn du deinen Roman gefressen,
Dann hast du auf einmal alles vergessen,
Die trockne Stulle, das kalte Ofenrohr;
Dann kommst du dir wie besoffen vor!

Du träumst dich in eine andere Welt hinüber,
Und freust dich, daß du dein Elend vergißt,
Weil es doch mal eine Ablenkung ist!
Aber das ist ja der Zweck der Übung, mein
Lieber!

Die wickeln dich ein mit phantastischem Zwirn
Und träufeln dir Opium in das Gehirn.

Da gibt es zum Beispiel nette Geschichten,
Wie die obern Zehntausend ihr Leben einrichten,
Wo man am Schluß die Überzeugung gewinnt,
Daß auch die Reichen nicht glücklich sind!

Oder sie schreiben Elendsromane
Und gießen über deine Misere
Ihrer letzten Weisheit tröstliche Sahne,
Daß die Armut ein Glanz nach innen wäre.

Oder sie geben dir Kriegsgeschichten.
Um Mord- und Blutinstinkte zu züchten,
Damit du die nötige Stimmung hast,
Wenn man dir wieder den Stahlhelm verpaßt.

Und so weiter. Das hat aber seinen Sinn!
Mein Junge, da liegt Methode drin!
Ja, die verstehen das Gifteinrühren,
Um dein Gehirn zu narkotisieren.
Die wollen die Gegensätze vermanschen,
Die wollen dein Klassenbewußtsein verpan-
schen.

Die nennen sich immer unpolitisch.
Damit vernebeln sie deinen Blick.
Laß dich nicht damit besabbern, sei kritisch!
Kopf klarhalten! Die Luft ist dick!

Ihr habt euch nicht mehr zu vertragen
Mit einer Klasse, die euch verblendet,
Damit sie ungestört eure Taschen umwendet!
Lest Bücher, die euch die Wahrheit sagen!
Erfüllt euch wieder mit Stolz und Kraft
Aus den Büchern der kämpfenden Arbeiter-
schaft!

Licht in die Köpfe! Erkennt das Ziel!
Genossen, macht eure Hirne mobil!

Erich Weinert, 1931

Ein sowjetischer Literaturkritiker schilderte Weinert sehr anschaulich: „Unser Erich‘ oder auch kurz und bündig Erich, wie einen nahen Freund und Genossen, nannten ihn die Arbeiter in Berlin und in Hamburg, in den rußigen Bergarbeitersiedlungen, in den billigen Kneipen, wo die Arbeitslosen zusammenkamen. Er erschien unter ihnen nicht wie eine Berühmtheit mit gewohntem Lächeln auf leutselig verkniffenen Lippen, nicht mit einstudierten Verbeugungen. Nein, zu alt und jung, zu ‚organisierten‘ und parteilosen Arbeitern kam Erich Weinert als guter alter Bekannter, als zu seinesgleichen. Er sprach ihre Sprache, er interessierte sich unaufdringlich lebhaft für ihre Angelegenheiten, er hörte ihnen mit konzentrierter Aufmerksamkeit zu. Dann stieg er selber auf die Tribüne, auf die Bretterbühne oder einfach auf einen Stuhl. Und dann, gleichviel ob auf einer weiten Wiese, überflutet von einer vieltausendköpfigen Menge, oder im verqualmten Raum einer Vorstadt-Bierkneipe oder in einem schmucken Zuschauerraum oder einer engen Behausung, ergriff Weinerts Stimme augenblicks alle Zuhörer. Diese Stimme konnte wie eine innige Liebeskosung und wie ein freundschaftlicher Scherz, wie ein Gewittergrollen und wie ein Fanfarenstoß sein. Er war Dichtertribun in des Wortes eigentlicher, exakter Bedeutung.“

Und Max Zimmering würdigte Weinert 1960 mit den Worten: „Den Gedanken Licht, den Herzen Feuer, den Fäusten Kraft!“ So lautete sein dichterischer Wahlspruch, den er in jedem seiner Verse wahr gemacht hat. Siebzig Jahre wäre er jetzt alt, hätte ihn nicht der Tod vor der Zeit hinweggerafft, ihn, den kämpfenden Dichter, ihn, den dichtenden Kämpfer der deutschen Arbeiterklasse, ihn, den Sänger der Partei Ernst Thälmanns, ihn, unseren Erich Weinert.

Erst die Lücke, die ein Mensch hinterläßt, macht uns dessen Bedeutung und Größe mit ganzer Deutlichkeit bewußt. Und die gewaltige Lücke, die er uns hinterlassen hat, ist bis zum heutigen Tag, sieben Jahre nach seinem Hinscheiden, nicht ausgefüllt worden ... Vielleicht wird sie auch nie ausgefüllt werden können, gehört doch Erich Weinert, der Tambour und Herold, der Kündler und Tribun, der Mahner und Rufer des deutschen Proletariats, zu jenen Erscheinungen der Literatur, die groß in ihrer Eigenart und Einmaligkeit und einmalig in ihrer Größe und Eigenart sind.“

Erich Weinert hat uns immer noch viel zu sagen, seine Verse rühren an Herz und Hirn, decken Zusammenhänge auf, wecken den Klassenstolz und den Haß auf die Ausbeuter – Kunst ist Waffe! **W. M.**

Buch-Tips: Erich Weinert erzählt. *Berichte und Bilder aus seinem Leben. Volk und Welt, Berlin 1955, 140 S.* Erich Weinert – *Bildbiografie. Henschelverlag, Berlin 1970, 152 S.*

Werner Preuß: *Erich Weinert. Sein Leben und Werk. Verlag Volk und Wissen, Berlin 1973, 148 S.*

Leserbriefe an RotFuchs



Bitte übermittelt allen Teilnehmern der „RotFuchs“-Leserkonferenz meinen tiefen und von Herzen empfundenen Dank für die Solidarität und Unterstützung, die sie mir mit ihrem Brief erwiesen haben. Ich schätze das persönlich, betrachte es aber auch als Widerspiegelung der Solidarität, die gebraucht wird, um die Anschläge auf die bürgerlichen Freiheiten in den Vereinigten Staaten und die politisch motivierten Anklagen gegen frühere DDR-Bürger in Deutschland zu überwinden.

In Eurem Brief habt Ihr darauf hingewiesen, daß diese Unterstützung aus dem Geburtsland meiner Eltern kommt. Das macht sie für mich besonders wertvoll. (...) Der Kampf gegen die Reaktion und den Militarismus in den USA reflektiert – wie einst der Kampf gegen den Faschismus in Deutschland – die Geltendmachung eines demokratischen, progressiven Erbes, das gegen die herrschenden Kreise gerichtet ist, die der Gesellschaft ihr enges Eigeninteresse aufzwingen wollen. Durch die Einheit unseres Handelns – in beiden Ländern wie rund um den Globus – kann der mit der USA-Aggression gegen Irak angestrebten „neuen Weltordnung“ entgegengewirkt werden. In Solidarität

Kurt Stand, Haftanstalt Virginia Hall, Petersburg, USA

Briefe an den zu 16 Jahren Haft verurteilten deutschamerikanischen politischen Gefangenen Kurt Stand können an folgende Adresse gerichtet werden:

42289-083 Virginia Hall,
FCC Petersburg Low
P. O. Box 1000
Petersburg, VA 23804
USA

Mit Beschluß vom 20. März 2003 hat die zuständige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Berlin den Antrag von Egon Krenz auf Aussetzung der Vollstreckung der Restfreiheitsstrafe zur Bewährung nach der Verbüßung der Hälfte der angeordneten Freiheitsstrafe abgelehnt – obwohl die Haftanstalt den Antrag befürwortete. Das ist wahrlich eher selten. (...)

Es kann dahinstehen, ob der Einzelrichter der Strafvollstreckungskammer noch im Geiste des „Kalten Krieges“ befangen war oder sich vor einer anderen Entscheidung scheute. Hätte er Egon Krenz freigelassen, wäre ihm eine gehörige Richterscheit von bestimmter Seite sicher gewesen. Mußte er sich diese einfangen?

Nachdem der „rot-rote“ Senat von Berlin im Gnadenverfahren sich gegen Egon Krenz entschieden hatte, könnte dem kleinen Einzelrichter der Strafvollstreckungskammer nachgesehen werden, daß er sich nicht „aus dem Fenster lehnte“. Jedenfalls fällt der „Schwarze Peter“ auf den Senat zurück. Bleibt abzuwarten, ob dieser Beschluß in Rechtskraft erwachsen wird.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin

(...) Wir nahmen am 21. und am 23. 3. an den Antikriegskundgebungen teil. (...) Vom Alexanderplatz aus fand am 2. Tag eine Demonstration zum Brandenburger Tor statt. Vom S-Bahnhof Friedrichstraße kommend, reihten wir uns Unter den Linden ein. Wir zwei Grauköpfe unterschieden uns von

den vielen jungen Leuten, den Menschen mittleren Alters. Wir lasen aufmerksam die vielen selbstgefertigten Transparente, Schilder, Aufdrucke auf T-Shirts usw. und waren begeistert vom Ideenreichtum, mit dem die Ablehnung des Krieges und die Bewertung der Bushisten zum Ausdruck kam. Das war für uns ein großes Erlebnis.

Oft hatten wir uns in der Vergangenheit gefragt, ob alles umsonst gewesen war, was wir viele Jahre als Propagandisten an einer Parteischule gelehrt hatten. Bei allen Mängeln und Schwächen unserer Arbeit, die wir heute zu begreifen beginnen, steht aber fest, daß Marx, Engels und Lenin nicht an Bedeutung verloren haben. Im Gegenteil, sie nimmt nahezu täglich zu.

Die Ereignisse der letzten Tage haben unsere Erkenntnis vertieft: Wir verstärken unsere Anstrengungen, um „RotFuchs“-Leser und Mitglieder für den Förderverein des RF zu gewinnen. Wir sehen in ihm ein Forum, in dem linke Kräfte zusammengeführt werden können, für eine friedliche Zukunft und gegen imperialistische Kriege.

Marianne u. Günther Blankenhagen, Berlin

Unüberhörbar erklangen Antikriegsparolen auch bei uns in Teterow, als am 6. März dreihundert bis vierhundert junge Leute in einem friedlichen Marsch durch die Stadt zogen. Die Protestaktion hatten Gymnasiasten der Klasse 9 b initiiert. „Bei uns ist fast jeder gegen den sogenannten Präventivkrieg der USA, in dem viele Unschuldige sterben müssen“, erklärte Dana Wahland aus der 9 b des Gymnasiums die Haltung der Schüler. Es handle sich nicht um eine Kundgebung gegen die Amerikaner, sondern gegen die Politik ihrer Regierung. „Sicher kann man mit solchen Demonstrationen den Krieg nicht verhindern, aber man weiß wenigstens, daß man etwas dagegen getan hat“, meinten die Gymnasiasten Alexander Jürgens und Marc Daniel Leicht. So hatten sich die Initiatoren mit Feuereifer in die Vorbereitung gestürzt. Auf selbstgefertigten Plakaten warben sie in der Stadt für ihre Aktion. Dem Aufruf folgten auch viele ältere Bürger. Auf dem Spruchband, das Genosse Hill von der PDS und ich als Mitglied der DKP gemeinsam trugen, konnte man lesen: „Krieg ist Terror. Unsere Kinder und Enkel dürfen nicht durch einen Krieg sterben!“

Diese Demonstration widerlegte auch in Teterow die oft von Älteren geäußerte Ansicht, Jugendliche würden sich nicht für Politik interessieren. (...)

Erwin Mitzkat, Teterow

Ich übermittle Euch einige Zeilen aus einem Brief an USA-Präsident Bush.

„Ihre völkerrechtswidrige Entscheidung, das Staatsgebiet Iraks erneut Ihren Bombardements auszusetzen, hat in mir unangenehmste Erinnerungen, welche ich bislang zu verdrängen geglaubt habe, mit aller Deutlichkeit wieder wachgerufen.“

Ich habe als 16jähriger erleben müssen, wie meine Heimatstadt Magdeburg systematisch von amerikanischen und britischen Bomberflotten in Schutt und Asche gelegt worden ist. Dabei blieben Gotteshäuser, Krankeneinrichtungen und kulturelle Stätten nicht verschont, aber Rüstungsbetriebe wie Krupp-Gruson und O. Wolff wurden nicht getroffen.

Im Oktober 1944 wurden transportfähige Schwerkranken per Eisenbahn in mit dem Roten-Kreuz-Zeichen markierten Waggonen von Magdeburg in ein Ausweichkrankenhaus verlegt. In der Nähe von Uchtspringe ist dieser gekennzeichnete Krankentrans-

port von anglo-amerikanischen Tieffliegern durch Bordwaffenbeschuß zerfetzt worden. Wie durch ein Wunder habe ich trotz zahlreicher Splitterverletzungen diesen heimatlichen Angriff überlebt. (...)

Während ich nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus geglaubt habe, eine friedliebende und demokratische Gesellschaft würde nunmehr die Geschicke der Welt in die Hand nehmen, haben Staaten des westlichen Imperiums diese Chance wieder und wieder vertan. Wie einst unter Hitler werden in manipulierten Staatsmedien persönliche Machtansprüche, Völkermord, Kampf um Rohstoffquellen in „notwendige, humanitäre Anliegen“ umgemünzt. Unter diesem „Deckmantel“ werden neue Waffensysteme an Menschen und Material getestet. (...)

Mit Ihrem jüngsten Befehl zur Bombardierung des irakischen Staatsgebietes haben Sie das Völkerrecht brutal gebrochen. Die Bombenangriffe stellen nicht nur einen traurigen Tag für die UNO dar, sie sind ein Akt des internationalen Terrorismus.“ (...)

Dr. rer. nat. Rudolf Drux, Dessau

(...) Werden die USA eines Tages gegen Europa Krieg führen, wenn wir nicht gehorsam sind? Wir müssen sie jetzt stoppen, sonst ist es zu spät!

Louise Stebler-Keller, Basel

(...) Gestern verurteilte Schröder den Krieg „ganz scharf“, vermied aber den Begriff „völkerrechtswidrig“. Hätte er ihn benutzt, könnte auch er belangt werden (nach dem Völkerrecht, dem Grundgesetz und § 80 StGB der BRD); dies weiß er als Jurist ganz genau. (...)

Heinz Denné, Berlin

Kriegsverbrecher wie Bush, Blair und deren in- und ausländische Helfershelfer müssen baldigst vor ein unabhängiges internationales Gericht („neues Nürnberg!“) gestellt werden – auch wenn dies nur, wie seinerzeit das „Russell-Tribunal“, symbolischen Charakter hat! (...)

Hansjörg Schupp, Appetshofen

(...) Die Ziele des völkerrechtswidrigen Aggressionsaktes sind klar: Nicht nur der Griff nach irakischem Öl, nicht allein das Streben nach Beseitigung Saddams waren für Bushs Handeln bestimmend. Die USA wollen ihre Arsenalen leeren und neue, noch furchtbarere Waffensysteme erproben. Zugleich möchte der US-Präsident aller Welt demonstrieren, was mit einem „Schurkenstaat“ geschieht. (...)

Ich bin nicht antiamerikanisch eingestellt, sondern verurteile nur das rechtswidrige Handeln der US-Regierung. Und wenn mir jemand einreden will, man könne dagegen nichts tun, so erinnere ich ihn an den Ausgang des mörderischen Vietnamkrieges. Er endete bekanntlich mit einer auch heute von den USA noch nicht verkrafteten Niederlage – auch deshalb, weil viele damals etwas gegen den Krieg taten. Bush hätte sicher schon viel früher losgeschlagen, wenn nicht Politiker und Staatsmänner dagegen aufgetreten und Millionen auf die Straße gegangen wären.

**Werner Jahr
Potsdam**

Kriegsverbrecher müssen isoliert und gerichtet werden! Aber solange die Amis die Welt mit Krieg überziehen können und sich einen Dreck um Menschenrechte scheren, bleibt das Tribunal nur ein Witz. (...) Wer glaubt noch an das Gequatsche vom Krieg gegen den Terrorismus? Hier geht es um Handfestes. Nicht um Menschen!

Peter Leder, Dresden

(...) Während ich diese Zeilen schreibe, setzt die Regierung unseres Landes trotz aller Pressionen, auch von den Medien auf einen Friedenskurs, oder besser gesagt, auf eine nichtaktive Mitwirkung. Aber wir sind eigentlich auch dabei: durch Hilfeleistung an die USA, mit denen es sich Deutschland nicht verscherzen will. Dabei werden völkerrechtliche Normen, die in den letzten Jahrhunderten erkämpft wurden, außer Kraft gesetzt. Wir nähern uns den Verhältnissen des Faustrechts. (...)

Jürgen Stage, Strausberg

Wir haben uns sehr gefreut, im Februar „RotFuchs“ etwas über Julius Fuciks „Reportage unter dem Strang geschrieben“ zu lesen. Angeregt durch die Prager Journalistin und Kommunistin Vera Pickova hat sich unsere SDAJ-Gruppe sehr aktiv mit dem Buch beschäftigt. Am Samstag, dem 15. 2. 03, fand in Dresden im Klub „Johannes R.“ (sprich: Johannes R. Becher) eine Lesung aus der „Reportage“ statt. Die Schauspielerin Irma Münch trug Texte von Fucik vor. (...)

Ein Gedankensprung. Gestern bekam ein 22jähriger Kommunist das Buch Fuciks zum ersten Mal in die Hand. Bis zum Abend hatte er es ausgelesen und schickte uns folgende Botschaft: „Ich finde keine Worte, mit denen ich ausdrücken könnte, wie sehr mich dieses Buch bewegt.“ (...)

Unsere SDAJ-Gruppe wird weiter daran arbeiten, daß Fuciks „Reportage“ unter die Jugend kommt. Beim UZ-Pressefest im Juni wird es eine Straße der linken Jugend Sachsens geben. Wir laden Vera Pickova als unseren Ehrengast ein.

Am 16. 2. 03 fand am Straßburger Platz, früher Fucikplatz, das Gedenkmeeting aus Anlaß des 100. Geburtstages des tschechischen Kommunisten statt. Es sprachen Prof. Dr. Horst Schneider (VVN/BdA Sachsen), Gerd Hommel, Vorsitzender des Revolutionären Freundschaftsbundes, und Genosse Jelinek von der Prager Fucik-Gesellschaft. Die SDAJ-Gruppe war durch Mandy als Rednerin vertreten.

Einige Tage später erfuhren wir, daß das Denkmal in der Nacht geschändet worden war. Alle Kränze und Blumen wurden gestohlen. In einem Flugblatt haben wir dagegen protestiert.

Am 20. 2. 03 haben Mitglieder unserer Gruppe an der Fucik-Ehrung in Prag teilgenommen. Dabei kam es zu einem Wiedersehen mit Vera Pickova.

**Anne Heinzig, SDAJ-Gruppe
Dresden/Freiberg**

Der 24. März war der 4. Jahrestag des NATO-Angriffs auf Jugoslawien, der auch unter der verlogenen Prämisse „Vermeidung eines Völkermordes“ geführt wurde (Entlarvung dieser Lüge im Buch von Bundeswehrgeneral a. D. Loquai „Wege in einen vermeidbaren Krieg“). Auf dem vor einigen Monaten in Athen veranstalteten Europäischen Friedensforum hieß es: Wer gegen den NATO-Krieg und den 48tägigen Bombenterror gegen Jugoslawien aufstanden war, kann zu seiner pseudojuristischen Fortsetzung im sogenannten Kriegsverbrechertribunal von Den Haag nicht schweigen.

Deshalb sollten die Friedenskräfte gerade jetzt die sofortige Einstellung des Prozesses gegen Slobodan Milosevic und die anderen jugoslawischen Beschuldigten sowie deren umgehende bedingungslose Freilassung fordern. Das unter Bruch der UNO-Charta installierte Straftribunal muß aufgelöst werden. Es geht um die Ahndung der auf dem Territorium Jugoslawiens un-

ter Verantwortung der USA und der NATO begangenen Verbrechen sowie um die Zahlung von Kriegsreparationen für den durch die Opfer der Aggression erlittenen moralischen und materiellen Schaden. Meine Bitte an alle Friedenskräfte angesichts der erneuten völkerrechtswidrigen Aggression gegen Irak: Vergeßt nicht die Opfer vergangener Kriege!

Brigitte Queck, Potsdam

(...) Ein Wort zur großangekündigten „Kanzlerrede“. Was war dieser Auftritt Schröders anderes als eine Kampfreden gegen die angeblich Millionen Arbeitsunwilligen, Krank- und Blaumacher, Besitzstandwahrer und Schmarotzer der Sozialsysteme in unserem Land? Dieser Kanzler hatte vor einiger Zeit den Spruch verkündet: „Es gibt kein Recht auf Faulheit.“ Wen er damit gemeint hat, das wissen wir nun zweifelsfrei, und er ist gewillt, rigorosen Sozialabbau noch schneller, gründlicher und tiefgreifender zu betreiben. All das dann noch in die Begriffe „Umbau“, „Reform“ und „Modernisierung“ zu bringen – dazu gehört schon ein großes Maß an Unverschämtheit. (...)

Roland Winkler, Remseck

Am 22. 3. 2003 führte die DKP-Gruppe Leipzig eine öffentliche Mitgliederversammlung durch, an der auch Genossen der KPD und der PDS sowie Parteilose teilnahmen. Als Gesprächspartner hatten wir Patrik Köbele, Mitglied des PV und der Programmkommission der DKP, eingeladen. Mit Genugtuung stellten wir fest, daß er im Klartext und mit voller Überzeugung davon sprach, die DDR sei die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse gewesen. Patrik Köbele setzte sich für die Zusammenführung ost- und westdeutscher Kommunisten zu einer „neuen Legierung“ ein. Nur eine Partei im Leninschen Sinne könne ihrer historischen Verantwortung gerecht werden. Auch Fehler und Versäumnisse beim Aufbau des Sozialismus wurden zur Sprache gebracht. (...)

Den Darlegungen des Genossen Köbele kann ich nur zustimmen. Wir brauchen mehr Kommunisten mit solchem marxistisch-leninistischen Bewußtsein in der Programmkommission. (...)

Genosse Köbele, wir danken Dir auf diesem Weg nochmals herzlichst und würden uns freuen, wenn dies nicht Dein letzter Besuch bei uns gewesen wäre.

Manfred Schmidt, Nauenhof

Wir danken Euch für den solidarisch-ankennenden Brief und die Besprechung unserer letzten Zeitungsausgabe. Wir haben uns über beides sehr gefreut, zumal wir aus der „Linken“ sonst relativ wenig Anerkennung finden, weil unser Blatt in keine „linke“ Norm paßt. Natürlich ist es nicht für organisierte Linke gedacht, sondern für unzufriedene, konfliktbereite Menschen aus dem nichtprivilegierten Teil der Bevölkerung. Wir bedauern, daß viele „Linke“ nicht verstehen, daß wir damit aus dem Ghetto der isolierten Linken herauskommen (unser „kumm erus“) und den Vereinzelt ein Überwinden der Vereinzelung erleichtern (deren „kumm erus“) wollen. Bei Euch ist das anders, Ihr habt offensichtlich die Massen-Zielorientierung erkannt und anerkannt. Angesichts unserer marginalen Position und gegenwärtig geringer Rückkoppelung tut uns das gut. (...)

Wir fühlen unsere Arbeit von Euch gut verstanden. Das einzige, was mich etwas gestört hat, war die Erwähnung meines Namens (... „die Redaktion um ...) Ich halte einfach meinen Kopf hin als V.i.S.d.P.

(...) Ich mache Layout der „kumm erus“, Straßenverkauf in proletarischen Stadtteilen, Ladendienst, Umzugsschlepperei und handwerkliche Arbeit in unseren wirtschaftlichen Projekten, die das Minus der Zeitung ausgleichen, und nehme als „Bürohexe“ Texte der mir bekannten und unbekanntem Autor/inn/en entgegen. (...)

Wir wollen keine Zeitung um der Zeitung willen, sondern Zeitung als Ausdruck politischer Bewegung sein. (...) Insofern kann man die Zeitung eigentlich auch nicht unter „journalistischem“ Gesichtspunkt betrachten, schwankt sie bezüglich der Relevanz der Inhalte und der Qualität der Ausdrucksformen. Sie ist so gut bzw. schlecht wie das Bewußtsein, das Engagement und die Gestaltungskraft der jeweiligen Mitmachenden. Das heißt, sie ist Spiegel des Standes von Massenbewußtsein, Bewegung und Vernetzungsbereitschaft. (...)

Wir machen absichtlich ein lokales Blatt, damit das Schreiben/Lesen möglichst oft in Handeln münden kann, weil die beschriebenen Mißstände unmittelbar vor unserer Haustür liegen. Daß diese auch Symptome des Kapitalismus sind, daß wir Bruchstücke dieser Symptomatik sammeln, ist unsere Sicht der Dinge, ohne daß wir das (zu oft) ausdrücklich sagen. (...)

So, wie Klaus Steiniger Euch in dem lieben Brief an uns vorgestellt hat, erweckt das meine Unsympathie. Das mit den „kolonialen Zuständen“ bei Euch kann ich mir gut vorstellen, obwohl ich natürlich die Detailauswirkungen nicht mitbekomme. (...) Daß die DDR soziale Errungenschaften hatte, die durch die kapitalistische Annexion zerstört wurden, weiß ich. Diesbezüglich könnte ich sicherlich auch noch einiges dazulernen, denn allzu intensiv habe ich mich mit dem „real existierenden Sozialismus“ nicht auseinandergesetzt, da ich sicher war, daß das nicht „mein“ Sozialismus ist, nicht der, den ich anstrebe. Ich lebte bei Zusammenbruch der DDR seit etwa 30 Jahren mit der Vorstellung, daß in beiden deutschen Staaten bzw. Gesellschaften Revolution nötig sei. Daß es allerdings in der DDR eine sein könne, die – trotz gegenteiliger Ziele vieler Aktiver – zurück zum Kapitalismus führt, hatte ich nicht in Betracht gezogen. (...)

Eure Nichtanpassung an Kapitalismus und Pseudodemokratie ist natürlich eine positive Gemeinsamkeit zwischen uns in dieser Zeit, in der es nicht leicht ist, revolutionäre Zielsetzungen und diesbezügliche Alltagspraxis weiter zu entfalten. (...) Wenn Ihr bereit seid, unser Selbstverständnis und unsere Aufgabe zu respektieren, müssen wir auch bei Euch und Eurer Aufgabe dazu fähig sein. (...) Mit Bemühungen um Widerstand und Freiheit grüße ich Euch

Birgit Netschert, „kumm erus“, Köln

Ich danke Euch für Eure lieben Worte zum Tode von Heinz. Bei der Trauerfeier wurde am Anfang „Suliko“, gesungen von einem sowjetischen Chor, aufgelegt. Und zum Abschluß erklang die Internationale in der Interpretation eines DDR-Chors. Viele sangen den Refrain stehend und mit geballter Faust mit. Das war etwas ganz Ungewöhnliches für Nordhorn.

Lisel Deymann, Nordhorn

(...) Nur noch wenige Wochen werden vergehen, dann bricht wieder eine Verleumdungskampagne der Medien gegen die DDR los, dann spuckt man Gift und Galle und popularisiert den „Arbeiteraufstand“ anläßlich seines 50. Jahrestages. Verglichen mit der Gesamtzahl der Arbeiter der DDR waren es in den VEB nur wenige, die kurzzeitig die Arbeit niederlegten und

ihrem Herzen Luft machten. Es ging ihnen um konkrete Forderungen.

Eingeschleuste und ferngesteuerte Provokateure erreichten damals nicht ihr Ziel – den Sieg einer Konterrevolution und den Sturz des Sozialismus. Als Angehöriger der bewaffneten Organe habe ich diese Leute selbst kennengelernt. Es waren keine Bauarbeiter von der Stalinallee, die in der Leipziger Straße Berlins die HO-Läden ausräumten und alles auf die Straße warfen, die im Columbus-Haus am Potsdamer Platz die Hausmeisterwohnung anbrannten ... Es waren auch keine Arbeiter aus Betrieben, die in Halle die Nazi-Verbrecher aus dem Gefängnis befreiten; es waren gelenkte Elemente, die auch vor Mord und Totschlag nicht zurückschreckten.

Wir verdanken es den Sowjetsoldaten und eigenen Sicherheitsorganen, daß nichts Schlimmeres passierte. Vom RIAS und der Laufschriftreklame auf dem Springer-Verlagshaus kamen die Anweisungen.

Wenn Frau Birthler mal in ihren Archiven nachsehen würde, könnte sie sicher einiges darüber finden und einen nützlichen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte leisten.

Da der Konterrevolution eine Abfuhr erteilt wurde, fand sie jedenfalls noch nicht 1953 statt. Eine ganze Generation konnte so in der DDR unter Bedingungen sozialer Sicherheit, mit Arbeit und in Frieden leben. Ich bin froh und dankbar dafür, daß ich zu ihr gehöre.

Wolfgang Müller, Bad Dübén

Eben habe ich den „RotFuchs“ Nr. 61 gelesen, mit Interesse. Bei einigen Artikeln mit zwiespältigen Gefühlen, weniger wegen des eigentlichen Inhalts als vielmehr wegen bestimmter Eigenheiten ihres politischen Stils. (...) (Mir scheint, wir Linken sollten uns des Abstempelns, der suggestiven Bewertungen und Abwertungen usw. ganz konsequent enthalten und stets nachvollziehbar argumentativ, also mit Gründen und konkret zur Sache reden.)

Aber das ist nicht der Grund meiner Mail, sondern die Mitteilung „Ein Auftakt“ über ein, wie es heißt, „Treffen der Chefredakteure sozialistischer, kommunistischer und antiimperialistischer Publikationen Deutschlands“ oder, noch allgemeiner, über eine Beratung der Chefs „linker Publikationen der BRD“. Das klingt nicht schlecht. Die Liste ist respektabel, nur, so frage ich mich und Euch: Wo ist „Neues Deutschland“? War es nicht eingeladen? War es nicht gekommen? Gilt es nicht mehr als sozialistisch, nicht mehr als antiimperialistisch, noch nicht einmal als links? Sehr merkwürdig.

Wolfgang Hartmann, E-Mail

Bemerkung der Redaktion

Bei der Aufzählung wurde übrigens die Zeitschrift „Ossietzky“ durch ein bedauerliches Versehen „unterschlagen“. Wir bitten um Entschuldigung. Das ND, das jetzt in der Frage von Krieg und Frieden eindeutig antiimperialistische Positionen bezogen hat, wurde aufgrund seiner Gesamthaltung offensichtlich nicht als eine im engeren Sinne linke Publikation verstanden.

Postscriptum zum Leserbrief von Dr. Manfred Höfer, Leipzig: Niemand mit gesunden Sinnen wird außer im Suff oder im Scherz seine Kuh Molkerei, sein Schwein Wurstfabrik, seine angetraute Gattin Vergnügungspark, seine Wohnung, wenn sie von Wanzen und Schaben wimmelt, Zoologischen Garten nennen. Aber den Kapitalismus titulieren mittlerweile sogar die Sprachwissenschaftler Marktwirtschaft, ohne sich der Begriffsfälschung zu schämen. Märkten und Wirtschaften sind zwei von mehreren Wesenszügen des Kapitalismus. Alle Organisation der Menschheit begann mit Märkten und Wirtschaften, und selbst der sozialistischste Sozialismus wird Märkten und Wirtschaften müssen. Normale Logik und gesundes Denken veralbernd, könnte sich jedes Gesellschaftssystem vom Feudalismus an bis zum Kommunismus bei Löschung aller anderen Bestandteile Marktwirtschaft nennen. Märkten und Wirtschaften sind für die soziale Organisation jeder Gesellschaft notwendig und charakteristisch. Die Frage ist, ob Wirtschaft und Handel mit politischer Beihilfe des jeweiligen Regimes für den Profit einer herrschenden Klasse getätigt werden oder in einer Assoziation freier und gleicher Bürger zum Nutzen für die Allgemeinheit.

Karl Mundstock, Berlin

Den Beitrag „In schwerer Zeit“ im RF Nr. 61 las ich mit großem Interesse. Er widerspiegelt sehr nachdenkenswert einen historischen Zeitabschnitt, in welchem meine Generation ihren politischen Standort suchte und fand. Der Autor hat sicher in vielem recht. (...) Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, heißt radikale Aufdeckung aller Fehler und Schwächen. Da hatten wir u. a. die Bürokratisierung ... Das drückte sich schon in der Wortwahl aus. Die Parteinstanzen besaßen „Büros“ und „Sekretäre“. Wie gut man sich mit den Organen

des Kreises oder des Bezirkes stand, das war für einen Leiter mindestens genauso wichtig wie sein Verhältnis zum eigenen Kollektiv. Denn der ökonomische Erfolg war infolge der staatlichen Planvorgaben, die die betrieblichen Bedingungen oft kaum berücksichtigten, bei weitem nicht nur von ihm abhängig. Es gehörte schon ein gerüttelt Maß an Idealismus dazu, unter solchen Bedingungen das Arbeitskollektiv mitzureißen, das sich oft genug gefesselt vorkommen mußte. (...) Die „wachsende Rolle des Staates“ verurteilte uns unten an der Basis jedenfalls zunehmend zu einem Gefühl der Machtlosigkeit. Dabei hatten wir in den Genossenschaften immer noch mehr Spielraum als ein VEB. (...)

Werner Döring, Hohnstein

Seit März 2001 bekomme ich in zuverlässiger Pünktlichkeit den „RotFuchs“ ins Haus, wofür ich mich recht herzlich bedanken möchte. Für mich ist der RF nicht nur eine politische Zeitung, sondern auch eine wichtige Orientierungshilfe beim besseren Durchdringen der gegenwärtigen Prozesse im Weltgeschehen und im engeren Umfeld. (...) Ich wünsche ihm, seinen Herstellern und Herausgebern sowie allen an seiner monatlichen Geburt Beteiligten auch künftig viel Erfolg. Möge er allzeit seine brillante Schärfe und seinen klaren Kurs beibehalten.

Rolf Kasper, Leipzig

Von Eurer Nr. 62, die mir mit anderer Post in die Reha-Klinik gebracht wurde, gefallen mir u. a. die Worte im Leitartikel ... „Zu den wichtigsten Lehren des Widerstandes gegen die Zünder von gestern gehört das Vermächtnis der Antihitlerkoalition. Einer ihrer Architekten war der Amerikaner Franklin Delano Roosevelt. In seinem Geiste zu handeln heißt heute, eine mächtige Koalition von Staaten und Völkern gegen jene zu formen, die die Welt in den Abgrund des Infernos reißen wollen. Man könnte sie – bei aller Unvergleichbarkeit von Situationen und Akteuren – als ‚neue Antihitlerkoalition‘ gegen die Achse der Aggressoren bezeichnen.“ (...)

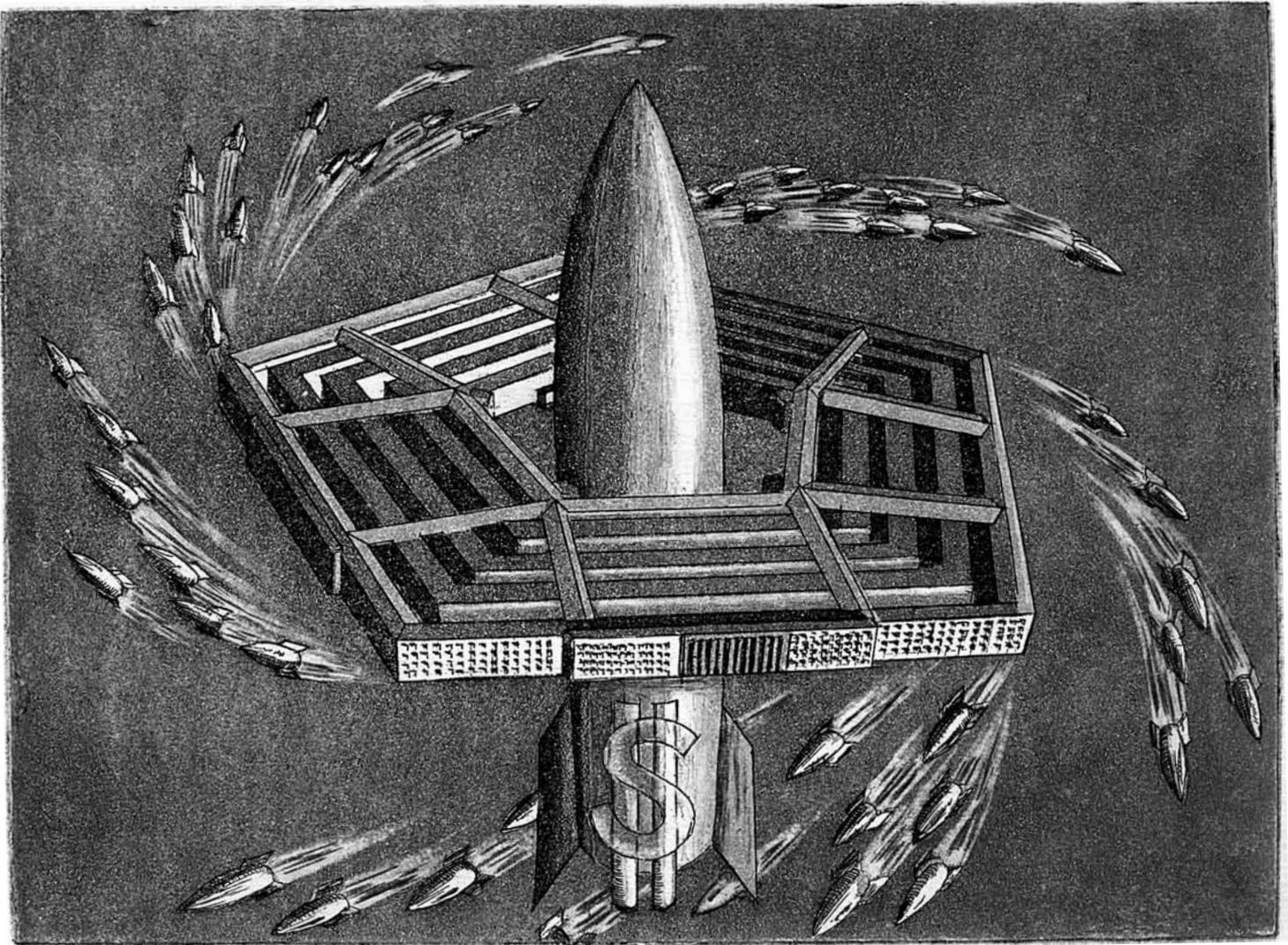
Die Behauptung des von mir als Autor geschätzten Karl Mundstock, daß „die Armut nicht Nährboden oder Motiv des Terrorismus ist“, relativiere ich dahin gehend: Nicht die Armut an sich, sondern das isolierte Handeln begrenzter Gruppen Armer veranlaßt diese, mangelnde Stärke und Kleinheit durch Terror zu ersetzen, wobei sie sich durch Reiche wie Osama bin Laden aufstacheln lassen. Ich las m. W. nie, daß Selbstmordattentäter reich sind, sondern Menschen, die sich auf spektakuläre Weise aufopfern wollen oder blind an ein nicht nachprüfbares Paradies nach dem Tode glauben. (...) Millionenfaches Aufstacheln Armer gegeneinander durch reiche Konkurrenten waren beide Weltkriege, sieht man vom Verteidigungskrieg der Sowjetunion ab. (...)

Karl-Fritz Zillmann, z. Z. Chemnitz

Im Februar-RF erschien Dieter Itzerotts Artikel unter der Überschrift „Wer polarisiert?“. Der Autor meint, der RF sei aus der DKP „hinausgemobbt“ worden. Der ganze Beitrag bezieht sich sehr sachlich auf Vorstellungen im Parteivorstand der DKP, wo sich nach Itzerotts Schilderung „die Quelle der Polarisierung“ befindet. Die Basis der DKP sollte sich näher damit beschäftigen, um Klarheit zu schaffen. Denn gespalten sind die linken Kräfte im „vereinigten Deutschland“ m. E. schon genug.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf





„Achse des Bösen“. Grafik: Klaus Parche

**Am 27. April 2003
findet um 15.00 Uhr
im Saal des Stadtteilzentrums „Lisa“
in Jena-Lobeda/West
Werner-Seelenbinder-Straße 28 a
die erste Thüringer Leserkonferenz
unserer Zeitschrift statt.**

Zugleich wird sich die Regionalgruppe des
RF-Fördervereins konstituieren.

An der Veranstaltung unter dem Motto
„Der, RotFuchs“ stellt sich vor“ nehmen
Dr. Klaus Steiniger, Chefredakteur, und
Armin Neumann, Vertriebsleiter, teil. ■

Die Regionalgruppe Berlin des RF-Fördervereins

lädt erneut zum Themen-Nachmittag mit dem
Historiker und Publizisten

Dr. Norbert Podewin ein.

Er spricht zu der Frage

**„Wie stand die SPD 1946
zur Arbeitereinheit?“**

Termin: 29. April 2003, 16.30 Uhr

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität
Berlin, Torstraße 203–205

Stuhlgeld: 1 Euro

Schon jetzt machen wir auf eine weitere
interessante Veranstaltung
der Berliner Regionalgruppe aufmerksam.

**Am Dienstag,
dem 20. Mai 2003,
um 16.30 Uhr**

spricht am selben Ort der bekannte
Rechtswissenschaftler

RA Prof. Dr. Erich Buchholz

zu dem Thema

**„Als Strafverteidiger
in politischen Prozessen“**

I M P R E S S U M

**Gegründet im Februar 1998
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost
der Deutschen Kommunistischen Partei**

Herausgeber:
RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de
Redaktionsschluß ist am 1. jedes Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhrer (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph

Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Bernd Koletzki